

COMPACT



Ausgabe 02/2018 | 4,95 EUR
www.compact-online.de

C MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT

Stasi 2.0

Die große Säuberung

Leven-Spiel

Bundeswehr am Ende

Ein Jahr Trump

Der große Fakten-Check

Sexverbot

Hexenjagd in Hollywood

Formel 1

Moslems, Möpse und Motoren

Dossier: Wie kriminell sind die Rocker?
Exklusiv-Interview: Ein Bandidos-Chef teilt aus

4 192153 204957 02



Jetzt ein Abo mit Hammer-Prämie sichern!



Jetzt COMPACT-Magazin abonnieren und dieses Hammer-Buch absahnen! Gilt nur bis 15.2.2018

Für alle neuen Abonnenten packen wir den aktuellen Bestseller von Gerhard Wisnewski als Gratis-Prämie frei Haus obendrauf! Ein ganz besonderer Jahresrückblick auf das, was nicht in der Zeitung stand, aber enorm wichtig ist. Als Dankeschön genießen Sie außerdem weitere, exklusive Vorteile:

COMPACT-Abonnenten

- beziehen 12 Magazine für € 59,40 in Deutschland portofrei!*
- bekommen ihr Exemplar, noch bevor es am Kiosk ist, jeden Monat in neutraler Versandtasche nach Haus!
- sparen bei COMPACT-Konferenzen am Eintrittspreis!
- haben freien Eintritt zur Veranstaltungsreihe COMPACT-Live!

www.mut-zum-abo.de



*gilt bei Versand innerhalb D., sonst 83,40 EUR

Die Rückkehr der GroKo-Zombies

Geisterstunde im politischen Berlin: Aus dem Gruselkabinett der jüngeren Geschichte sind die Grokodile wieder ans Tageslicht gekrochen. Nach einem 28-stündigen Paarungsmarathon bei Schnitten und Currywurst verkündeten die Mumien am 12. Januar: Habemus mamam! Die Olle regiert weiter, Hotte und St. Martin machen's möglich. Selbst die honorige *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) sah sich zu einem Zombie-Vergleich genötigt: «Gemessen daran, dass Seehofer in Berlin als politisch Untoter gilt, erscheint der CSU-Vorsitzende im Vergleich zu Merkel und Schulz sehr lebendig im Atrium der SPD-Zentrale.»

Dies ist die kleinste Große Koalition, die es je gab. Der Blinde und der Lahme wollen gemeinsam über eine vielbefahrene Straße. «Wir schaffen das!», lautete die Parole für das letzte Aufgebot. Das gemeine Volk wendet sich teils angeödet, teils angeekelt ab. Stattdessen kommt Beifall aus der Reihe der abgehalfterten Claqueure des Regimes: Man sieht die Blonde mit der Stahlhelmsfrisur, den Dolch im Gewande; die Klöcknerin von Notre Pfalz, eine ehemalige Weinkönigin; den bumsfidelen Schwaben und den schwitzenden Eunuchen. Auf der roten Seite der Tribüne jubeln die bekannten Gesichter vom Stamme Nimm, die eigentlich nie mehr mit den Schwarzen wollten – außer um sich, wie aktuell, vor Neuwahlen, also vor dem Volk, in Sicherheit zu bringen. Es sind Figuren, von denen jede einzelne für weitere fünf Prozent Stimmenverlust gut ist: Arbeitervertreterin Andrea, Hasspickel Ralf, Reichsjustizministerlein Heiko. Wann immer diese Typen in einer Talkshow den Mund aufmachen, bricht bundesweit die Wasserversorgung zusammen: Alles flüchtet auf die Toilette und kommt erst wieder vor den Bildschirm, wenn Alice Weidel oder wenigstens Rainer Wendt endlich zu Wort kommen.

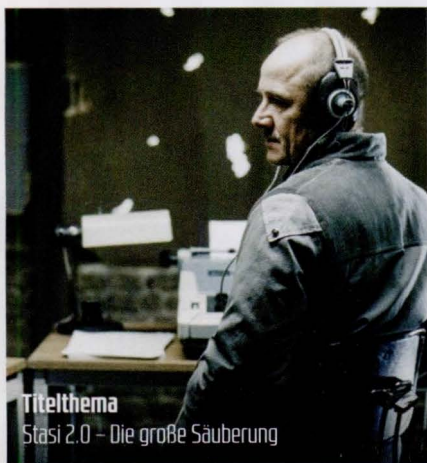
Dem Bürger ist das Regierungsprogramm, auf das sich die Zombies einigen werden, herzlich egal. Diese Pappenheimer kennt er nämlich nur zu gut – es sind dieselben, die ihn die letzten vier Jahre nach Strich und Faden belogen und betrogen haben. Jamaika hätte immerhin noch Unterhaltungswert gehabt: Man hätte schon gern gesehen, wie sich Christian Lindner und der grün-bayerische Zottelbär mal richtig verkloppen, das wäre wenigstens was Neues gewesen. Aber GroKo – das ist die tödliche Langeweile, der Stillstand, das Nichts. Erinnern Sie sich noch an den sogenannten Höhepunkt des Wahlkampfes, das TV-Duell zwischen Merkel und Schulz? Die Nullaussagen, das Mäandern, das Stammeln, das Schleimen? Das soll jetzt vier Jahre so weiter gehen!



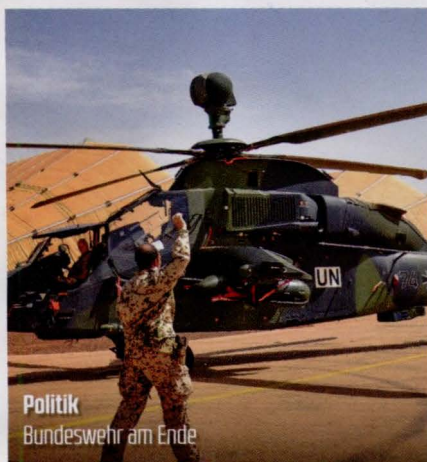
Diese Wertungen sind Ihnen zu persönlich, zu unsachlich? Seufz... Werfen wir also einen Blick in die Sondierungsergebnisse. Das Kindergeld soll 2019 um zehn Euro steigen – während den Pseudo-Minderjährigen aus dem Orient Smartphones, Luxusklamotten und Antanz-Kurse vom Staat finanziert werden. Bei den Euro-Rettungsmaßnahmen hat der Bundestag bald nichts mehr zu sagen – dann «dürften künftig andere in Brüssel über das Geld der deutschen Steuerzahler entscheiden» (FAZ). Außerdem sollen 1,5 Millionen neue Wohnungen gebaut werden – da die Deutschen selbst konstant wenig Kinder bekommen, dürften wohl die arabisch-afrikanischen Neubürger in den Genuss der Maßnahme kommen. Deren Zuzug wird nämlich weitergehen – von einer Obergrenze beim Asylantenzustrom ist nichts zu lesen, die 220.000 pro Jahr sind nur eine windelweiche Absichtserklärung. Der Rest ist Umverteilung innerhalb der Stammbevölkerung: Was die Rentner mehr bekommen, müssen die Beitragszahler aufbringen. Einziger Trost: Der Laden wird krachen. Die anarchischen Bayern werden bei den Landtagswahlen im Herbst die CSU aus der GroKo prügeln. Dann hat Mutti fertig. Sind wir, die Anständigen und Fleißigen, für diesen Tag gerüstet?

Chefredakteur Jürgen Elsässer.
Foto: Jörg Gründler

M. Wittenberg



Titelthema
Stasi 2.0 – Die große Säuberung



Politik
Bundeswehr am Ende



Dossier
Wie kriminell sind Rocker?



Leben
Formel 1 – Moslems, Möpse und Motoren

- 05 Foto des Monats
- 06 COMPACT Intern
- 08 Zitate des Monats
- 09 Leserbrief
- 11 Kultur des Monats

Titelthema

- 12 Stasi 2.0
Facebooks Werk und Merkels Beitrag
- 15 Die große Säuberung
Das NetzDG und die Internet-Zensur
- 18 «Es ist notwendig,
seine Stimme zu erheben»
Prominente gegen Gleichschaltung
- 21 Big Brother spricht chinesisch
Die digitale Erziehungsdiktatur

Politik

- 25 Das Leyen-Spiel
Wie die Bundeswehr zerstört wird
- 28 Merkels Ancien Régime
Eine Republik im rasenden Stillstand
- 31 Die Frau, die sich traut
Österreichs neue Außenministerin
- 34 Licht, Schatten und Zwielicht
Ein Jahr Trump: Der Faktencheck
- 37 «Populismus ist keine Ideologie,
sondern ein Stil»
Interview mit Alain de Benoist

Dossier

- 42 Born to be wild
Die Anfänge der Rockerkultur
- 45 «Wir sind keine kriminelle Vereinigung»
Der Bandidos-Pressesprecher im Interview
- 48 Die osmanische Mobilmachung
Erdogans Pseudo-Rocker als Gefahr

Leben

- 51 Moslems, Möpse und Motoren
Die Islamisierung des Sports
- 54 Aufstand der Heuchler
Sexverbot in Hollywood

- 57 Kündler der deutschen Tragödie
Botho Strauß und sein «Bocksgesang»
- 60 Kabul liegt an der Seine
Reisebericht aus Paris

Kolumnen

- 63 Hartlages BRD-Sprech _ Neger
Eine lange Geschichte
- 65 Sellners Revolution _ Am Kahlenberg
Blau-Schwarz regiert
- 66 Die Schöne des Monats _ Catherine
Deneuve
Hommage an die kühle Blonde

COMPACT Impressum ©

Herausgeber & Verlag

COMPACT-Magazin GmbH

Geschäftsführer Jürgen Elsässer

Am Zernsee 9, 14542 Werder (Havel)

E-Mail verlag@compact-mail.de

Website www.compact-online.de

Vertrieb, Bestellungen, Abo-Betreuung

Fon 03327-5698611

Fax 03327-5698617

E-Mail vertrieb@compact-mail.de

Bankverbindung COMPACT-Magazin GmbH

Mittelbrandenburgische Sparkasse

BIC: WELADED1PMB

IBAN: DE74 1605 0000 1000 9090 49

COMPACT Redaktion

Am Zernsee 9, 14542 Werder (Havel)

E-Mail redaktion@compact-mail.de

Chefredakteur Jürgen Elsässer (V.i.S.d.P.)

Chef vom Dienst Martin Müller-Mertens

Redakteure Marc Dassen (Politik), Tino Perlick (Korrespondent), Daniell Pföhringer (Politik)

Cover Iris Fischer

Fotoquelle Cover Bildmontage, picture alliance / dpa

Layout/Bild Steffen Jordan

Anzeigenakquise

E-Mail anzeigen@compact-mail.de

Gedruckt in Deutschland

Redaktionsschluss

12.1.2018

Erscheinungsdatum

der nächsten Ausgabe

Samstag, 24.2.2018



www.compact-online.de



Nicht nur politische Schönheit liegt im Auge des Betrachters. Seit 2002 ruft ein New Yorker Künstlerkollektiv mit Namen Improv Everywhere einmal jährlich zum hosenlosen Fahren in New Yorks U-Bahn auf. Mittlerweile gibt es die Aktion in unzähligen Städten, darunter Berlin und München. Im Big Apple sagten am 13. Januar 4.000 Fahrgäste «me too» und präsentierten sich unten ohne dem unglaublich dreinschauenden Berufsverkehrspublikum. In Deutschland sollen sich einige Dutzend Enthusiasten zusammengefunden haben. Nun rätselt der bekleidete Teil der Fahrgäste über Sinn und Zweck der Aktion: Schenkel für Schulz? Krampfadern statt Klimawandel? Rock runter gegen Rechts? Nein, versichern die Veranstalter: «Es soll andere Fahrgäste zum Schmunzeln bringen.» Nicht mehr und nicht weniger. Foto: picture alliance / ZUMAPRESS.com



Frau Amann sagt zu dem Foto, dass sie «nicht als Putin- oder Elsässer-Fan-Girl» in die COMPACT-Redaktion kam. Foto: Überlassung durch M. Amann

Der «Spiegel» bei COMPACT

So ging's los: «Der Hausherr öffnet die Tür, im Mundwinkel eine brennende Zigarette. Seine Parfumwolke – Aramis von Estée Lauder – vermischt sich mit dem Geruch von kaltem Zigarettenrauch im Haus. Etwas verquollen sieht xxx aus. Die Partys der Redaktion gehen lang.» Was ist das? Ein Auszug aus einem Krimi von Dashiell Hammett? Die Blondine betritt die Villa von Citizen Kane, gespielt von Orson Welles? Aber nein, das Zitat kommt aus dem *Spiegel* von Mitte Januar, aus einer dreieinhalbseitigen Reportage von Melanie Amann, der Sonderermittlerin des ehemaligen Nachrichtenmagazins gegen alle bösen Rechtspopulisten. 2017 nahm sie Björn Höcke und Alexander Gauland aufs Korn, 2018 ist Elsässer dran.

«So denkt der Chefideologe der Neuen Rechten», lautet die Überschrift auf *Spiegel-Online*. Im Video – dem einzigen kostenlosen *Spiegel*-Angebot zur Elsässer-Story – wird in der Überschrift noch eins draufgesetzt: «Rassistische Ich-AG». Mit dem Nachweis des Rassismus sieht's natürlich mau aus, es wird einfach nur frech behauptet. Die Zitate Elsässers, die Frau Amann dankenswerterweise in ihren Artikel eingebaut hat, können die Diffamierung jedenfalls nicht stützen.

Die ganze Sache dient wohl der Gefahrenprävention. «Elsässer spricht frei, ohne Manuskript, ohne Stocken. Er ist das große Publikum gewohnt, ein Mann für die Massen (...), er steht so lässig am Rednerpult wie andere an der Theke.» Amann bezeichnet ihn als «deutschen Stephen Bannon» und bescheinigt ihm «echte politische Wirkmacht»: Das ist ein bisschen übertrieben, aber keine Sorge – wir arbeiten daran. ■



Ab sofort am Kiosk oder bei compact-shop.de. Foto: COMPACT

Nihao, COMPACT!

Das können Sie nicht lesen, geschweige denn verstehen? COMPACT hilft. Unsere neue Spezial-Ausgabe erklärt den wichtigsten Konflikt des 21. Jahrhunderts, der auch unser Leben im guten alten Europa verändern wird, obwohl er in Fernost seinen Ausgang nimmt: *USA gegen China. Endkampf um die Neue Weltordnung*.

Dieser Endkampf findet nicht mehr zwischen westlichem Kapitalismus und sowjetischem Kommunismus statt, sondern zwischen den angelsächsischen Spekulanten und den eurasischen Industriestaaten, die sich im Schanghai-Pakt zusammengeschlossen haben. Deutschland hängt zwischen Baum und Borke, tendiert wirtschaftlich immer mehr Richtung Osten und steckt dennoch in der US-dominierten NATO fest. Für 2028 prognostiziert das Pentagon den großen amerikanisch-chinesischen Krieg – wo stehen wir dann? Das neue COMPACT-Spezial gliedert sich in fünf Kapitel: «Bye-bye, USA» schildert den Niedergang des alten Imperiums, «Der rote Drache» den chinesischen Aufstieg. «Brennpunkt Korea» zeigt die wichtigste aktuelle Frontlinie, «Der dritte Weltkrieg» skizziert eine Eskalation. Als Alternative präsentiert der Geostratege Alexander Dugin «Das eurasische Modell» – eine plurale Welt kultureller Blöcke. Eine Provokation: Die Selbstbestimmung Deutschlands kann für den Russen nur über eine Achse Berlin-Moskau gelingen.

COMPACT-Spezial hat wie immer 84 prächtig illustrierte Seiten mit vielen Karten und Tabellen. Es ist für 8,80 plus Versand auf compact-shop.de erhältlich oder versandkostenfrei unter compact-abo.de. ■



COMPACT auf der Buchmesse 2013. Dieses Jahr ist unser Stand zehn Mal größer. Foto: SvM

COMPACT und Buchmesse

Wir erobern Leipzig für die Meinungsfreiheit zurück: Die Stadt, die ähnlich wie Berlin und Hamburg von linkskriminellen Gewalttättern terrorisiert wird – einige hundert Leute, die auch vor Angriffen auf Polizeistationen und CDU-Politiker nicht zurückschrecken –, braucht die Demokratie wie die Luft zum Atmen. COMPACT zeigt auf der Buchmesse vom 15. bis 18. März, dass es auch andere Standpunkte als die der linken Schickleria und der Maas-vollen Gedankenpolizei gibt.

Wir werden unsere neuen Frühjahrs-Sonderausgaben vorstellen: COMPACT-Spezial Nr. 16 *USA gegen China – Endkampf um die Neue Weltordnung*, COMPACT-Geschichte Nr. 3 *Mythisches Deutschland – Die historischen Stätten unseres Volkes* sowie die druckfrische Erstausgabe unseres neuen «Babys» COMPACT-Pirinçci: *Schnauze! Jetzt rede ich! Magazin für echte Männer und wahre Frauen*. «Der kleine Akif» wird höchstpersönlich vor Ort sein und signieren, und Götz Kubitschek wird mit Jürgen Elsässer über Strategien oppositioneller Medienarbeit diskutieren.

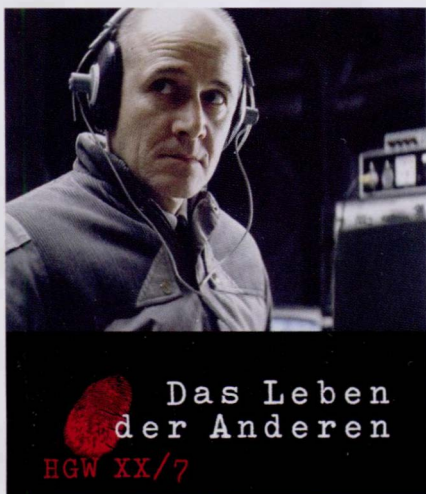
Den «Mut zur Wahrheit» lässt sich COMPACT eine ganze Stange Geld kosten – Buchmessen sind teuer. Überdies machen die Linken im Stadtrat Druck, uns nicht zuzulassen – typisch für die Feinde der Meinungsfreiheit. Bis zum Redaktionsschluss hat uns die Messeleitung noch keinen Standort für unseren vertraglich fest vereinbarten Auftritt zugeteilt. Wir bitten deshalb unsere Leser um Unterstützung unserer Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld und unseres teuren Engagements in der Höhle des Löwen. Bitte spenden Sie für COMPACT: IBAN: DE74 1605 0000 1000 9090 49. ■

勇气真相

COMPACT hilft beim Verstehen: Unsere neue Spezial-Ausgabe erklärt den wichtigsten Konflikt des 21. Jahrhunderts.



Bestellung unter shop@compact-mail.de · FAX 03327-569 86 17 · compact-shop.de



Die Rund 90.000 Stasi-Mitarbeiter mussten ihre Zielobjekte noch persönlich ausspionieren. In der bunten Merkel-Maas-Republik übernehmen die willigen Vollstrecker von Facebook, Twitter & Co. Foto: Promo

Stasi 2.0

«Was zur Hölle ist in diesem Land los? Wieso twittert eine offizielle Polizeiseite aus NRW auf Arabisch? Meinen Sie, die barbarischen, muslimischen, gruppenvergewaltigenden Männerhorden so zu besänftigen?» (AfD-Bundestagsvizefraktionschefin Beatrix von Storch, Twitter, 1.1.2018, gelöscht und Sperrung für 12 Stunden)

«Haben Sie jemals davon gehört, dass katholische, evangelische, jüdische oder buddhistische Männermobs zusammenfanden, um Frauen gemeinsam zu belästigen?» (AfD-Bundestagsfraktion, Twitter, 3.1.2018, gelöscht)

«Der Bundesjustizminister hat mit seinem Netzwerkdurchsetzungsgesetz den Rechtsstaat aufgegeben und kapituliert. Wir dürfen die Justiz nicht teilprivatisieren.» (FDP-Vize Wolfgang Kubicki, Passauer Neue Presse, 9.1.2018)

«Ich war von Anfang an dagegen und werde alles dafür tun, dieses Gesetz zu kippen. Wenn es keine andere vernünftige Möglichkeit gibt, dann bleibt mir nichts anderes übrig, als mit der AfD zu stimmen.» (Bundestagsvizepräsident Hans-Peter Friedrich, CSU, Redaktionsnetzwerk Deutschland, 9.1.2018)

«Neuestes prominentes Opfer des als Zensur gezeigten Gesetzes [NetzDG] ist der Minister selbst. Twitter löschte einen Tweet des SPD-Politikers. Maas hatte seinen Parteikollegen und Ex-Bundesbank-Vorstand Thilo Sarrazin als "Idiot" bezeichnet.» (Focus Online, 9.1.2018)

«Wenn ein Konzern wie Facebook entscheidet, wer welche Inhalte verbreiten darf und wer was erhält, dann haben wir keine Meinungsvielfalt mehr.» (Springer-Vorstandschef Matthias Döpfner, Welt Online, 10.1.2018)

So jung, so unschuldig

«Der Messerstecher aus Kandel ist nicht der einzige UMA, wie unbegleitete minderjährige Ausländer im Behördenjargon heißen, bei dem es Zweifel an seiner Altersangabe gibt. In Freiburg steht ein junger Afghane wegen Mordverdachts vor Gericht, der sich bei Ankunft in Deutschland vor zwei Jahren als 17-Jähriger ausgab. Tatsächlich ist er mindestens 23 Jahre alt, wie man heute weiß. Der Vater, den man zwischenzeitlich ausfindig machte, gab an, sein Sohn sei 1984 geboren. Dann wäre er zum Zeitpunkt der Einreise nach Deutschland sogar schon 31 gewesen.» (Jan Fleischhauer, Spiegel Online, 4.1.2018)

Schon COMPACT-Abonnent?

«Auf die linke Revolution der Eliten folgt eine konservative Revolution der Bürger.» (CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt, Die Welt, 4.1.2018)

High Noon

«Bannon wurde auf dem Rasen vor dem Weißen Haus erschossen und dann von einem Panzer überrollt. Der Präsident hat dann den Rückwärtsgang eingelegt und ist noch mal drübergefahren.» (Trump-Berater Ed Rollins über seinen Ex-Kollegen, Politico, 4.1.2018)

Wendehals

«Wir stehen für den Eintritt in eine große Koalition nicht zur Verfügung – diese Konstellation wurde abgewählt. Wir scheuen Neuwahlen nicht.» (Martin Schulz, Twitter, 20.11.2017)

«Wir haben hervorragende Ergebnisse erzielt.» (Martin Schulz zum GroKo-Abschluss, Stern, 12.1.2018)

Trump, the Punk

«Die liberalen Eliten können in ihren vornehmen Apartments an der Ostküste Amerikas über ihren Ausgaben von Fire and Fury [ein neues Anti-Trump-Buch] hocken und die neuesten Enthüllungen sezieren. (...) Aber

solange der wirtschaftliche Erfolg anhält, kann Trump aus Sicht seiner Unterstützer im Bett Filets von Rehkitzen verspeisen und sich seine Haare pink färben – er würde immer noch wiedergewählt werden.» (The Irish Independent, 7.1.2018)

Scharf wie Paprika

«Wir betrachten diese Menschen nicht als muslimische Flüchtlinge. Wir betrachten sie als muslimische Invasoren.» (Viktor Orban, Bild, 7.1.2018)

Liebesgrüße aus Moskau

«Er ist ein kompetenter und reifer Politiker.» (Wladimir Putin über Kim Jong-un, dpa, 11.1.2018)

Multikulti-Kuppelei

«Viele Menschen in Deutschland haben einen Migrationshintergrund. Unsere Töchter und unsere Söhne werden sich in Menschen verlieben, die nicht deutsch sind, und es wird immer häufiger gemischte Paare geben.» (Der Hessische Rundfunk zur Kritik an der Kika-Doku Malvina, Diaa und die Liebe, 11.1.2018)

Holy Shithole

«Warum müssen alle diese Leute aus Drecksloch-Ländern herkommen? (...) Wir sollten mehr Leute aus Norwegen haben.» (US-Präsident Donald Trump laut Washington Post, 12.1.2018, vom Weißen Haus dementiert)

Hitler des Monats

«Phänomen Trump fast schlimmer als Hitler. Der war wenigstens clever.» (Der Schriftsteller Howard Jacobson, Welt, 13.1.2017)



Merkel und Schulz hatten sich ja schon in ihrem Wahlkampf-Duell super verstanden. Foto: Bild



Zu COMPACT Allgemein

Wieder ein großartiges Heft. Die Hintergründe zur Garnisonskirche Potsdam und die Abartigkeiten der Politik waren sehr interessant. *André Berger, per Facebook-Kommentar*

Guter Journalismus, das muss man Euch lassen. *Gabriele Strottner, per Facebook-Kommentar*



Zum Editorial «Bitcoin»

Bitcoin hat seinen Zenit als global nutzbare Währung längst überschritten. Durch den teuren Wechselkurs ist eine Transaktion von Bitcoins mittlerweile viel zu teuer geworden, so dass mit der

Währung keine Kleinstbeträge mehr überwiesen werden können. Auch sind die Wartezeiten für Transaktionen mittlerweile so lang, dass sich die Währung für ein Zahlen an der Kasse längst nicht mehr eignet. Deswegen wird das Jahr 2018 nicht das Jahr der Bitcoins, sondern das Jahr der sogenannten Alt-Coins: Verge, Z-Cash, Monero, Tronix. Der Nutzer wird mehr Wert auf Anonymität, schnellere und kostenlose Transaktionen legen. Entsprechende Entwicklungen kann man an den Kryptomärkten bereits beobachten. Bitcoins werden deswegen aber nicht vom Markt verschwinden, als Referenz- und Mutterwährung wird sie an Wert zulegen, wie bereits im Artikel beschrieben: als digitales Gold. Währenddessen erobert die Blockchain-Technologie immer mehr Bereiche der Wirtschaft. Unaufhaltsam.

Michael Külbel, per Facebook-Kommentar



Zum Titel «Kampf ums Abendland»

Vielen Dank für diese weitblickende Präsentation! Unser Erbe und unsere Zivilisation befinden sich in höchster Gefahr. 1.300 Jahre deutsche Nation und Jahrtausende germanischer Vorgeschichte sind es wert, erhalten zu bleiben!

Deutscher Schwur, per Youtube-Kommentar

Europa ist ein christlich geprägter Kontinent, aber vor der Christianisierung gab's das Heidentum (unter den Germanen). Historisch gesehen gehört dieser nichtmonotheistische Glaube auch zu Europa. So sehr ich

für die Bewahrung des Abendlandes bin, so muss ich als Atheist trotzdem sagen, dass wir uns nicht zu sehr auf Religionen versteifen sollten. Religionen hatten und haben immer Konfliktpotenzial. Stattdessen sollten wir uns auf das besinnen, was wir faktisch erschaffen haben, sei es naturwissenschaftlich oder geisteswissenschaftlich, materiell oder immateriell.

CurseYourImpudence, per Youtube-Kommentar

Der These, dass die Zerstörung und Auflösung der europäischen Völker und Identitäten aus uns selbst kommen, eine innere Schwäche und Dekadenz sind, widerspreche ich. Sie wirken in uns, greifen aus dem Innern um sich, aber sie stammen nicht originär aus uns oder sind aus einer quasi naturnotwendigen inneren Zersetzung entstanden, sondern durch Unterwanderung, Manipulation und subversive Machtmechanismen in uns hineingetragen worden.

Andy Poppenberg, per Youtube-Kommentar

Man verteidigt im Endeffekt nur das, was einem am Herzen liegt, Dinge die einem etwas bedeuten. Und da die Obrigkeit vom Selbsthass getrieben ist, ist von dort auch mit keiner Hilfe zu rechnen. Es sei denn, wir machen uns frei von ihnen und befreien uns selbst.

Martin Bernhardt, per Facebook-Kommentar

Mir leuchtet nicht ein, warum man die EU ständig mit dem Römischen Reich vergleicht. Das Römische Reich dauerte ein Jahrtausend, die EU gibt es seit 70 Jahren. Hinzu kommt, dass man die EU Vertreter ständig mit schlimmen Diktatoren vergleicht, man

COMPACT **Aktion**

Drei Ausgaben zum Preis von zwei!

Diktatur Merkel, Zensur in der BRD und «Lügenpresse».

236 Seiten geballte Information!

**3 Ausgaben nur
17,60 €**

Bestellung unter shop@compact-mail.de · compact-shop.de

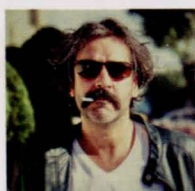


kann ja Juncker und den anderen Eurokraten viel vorwerfen, aber sowas ist vollkommen aus der Luft gegriffen. Die Realität ist: Die EU wird allenfalls wirtschaftlich wahrgenommen, geostrategisch oder militärisch nimmt die EU niemand für voll.

Tom Hanker, per Facebook-Kommentar

Die Selbstaufgabe der Europäer ist ja nicht erst heute entstanden, sondern wurzelt bereits viel tiefer in der Amerikanisierung Europas durch die USA. Damit war der europäische Werteverlust programmiert. Wozu? Wenn das US-Imperium global funktionieren soll, dann muss es adäquate Verhältnisse den Ihren schaffen. Daher die Amerikanisierung auch des Abendlandes nach dem 2. Weltkrieg für die Aufrichtung des US-Imperiums. Dass die USA für die Aufrichtung ihres Imperiums über Leichen geht, ist ja bekannt und eine schon potenzielle Leiche ist das europäische Abendland. Zur vollendeten Leiche soll es mit der Flutung von Arabern und Afrikanern zu einem Völkergemisch ähnlichen den USA werden.

Joachim K., per Website-Kommentar



Zu «Ein deutscher Patriot?»

Was dieser deutsch-türkische Journalist Deniz Yücel schreibt: «Etwas Besseres als Deutschland findet sich allemal – Der baldige Abgang der Deutschen (...) ist Sterben von seiner schönsten Seite», ist Hochverrat. Dem preisgekrönten Deutschenhasser würde ich sofort den deutschen Doppelpass entziehen.

Wer nach Deutschland einwandern will, muss Deutscher werden mit allen Rechten und Pflichten. Der Doppelpass ist vollumfänglich gescheitert, wie man an diesem Beispiel sieht.

Erwin P., per Youtube-Kommentar



Zu «Hartlages BRD-Sprech _ Diversity»

Wer sich für Vielfalt ausspricht, der muss sich mit der Andersartigkeit auseinandersetzen, anstatt die mit der Andersartigkeit verbundene Identität zu negieren. Nur in einer unterscheidbaren Welt kann der oft missbrauchte Begriff der «Vielfalt» zur Geltung kommen. Zu wirklicher Vielfalt gehört «Alterität» (Identität stiftende Verschiedenheit). Gleichheit würde bedeuten, Ihr wärt alle dasselbe und gar nichts, zurückgeführt auf ein Gleichsein unter Gleichen in einer langweiligen und stupiden Wiederholung des Immergleichen, Ihr wärt nicht mehr Ihr. Vielfalt setzt Unterschiede voraus, Gleichheit macht Vielfalt – und Freiheit – unmöglich!

Enrico Fleming, per Facebook-Kommentar

Managen heißt dem Wortsinn nach Durch-die-Manege-führen. In der Manege werden Pferde geführt, im Management werden Menschen geführt. Vordergründig – etwa im Zirkus – geht es in der Manege darum zu zeigen, dass sich Lebewesen mit ganz anderen Interessen in einen fremdbestimmten, geordneten Sinnzusammenhang einspannen lassen, wenn man Zucker und Peitsche nur

richtig einsetzen kann. Hintergründig geht es natürlich – auch im Zirkus – nicht ums Zeigen der Ordnungen, sondern darum, mit diesen Ordnungen den Gewinn des Managers zu optimieren...

Sabine Heinen-Haustein, per Facebook-Kommentar

Zu «Der Monsanto-Minister»

Wie ein amerikanischer Bauer es mal sagte: Monsanto ist ein Konzern. Er tötet für seine Interessen – dafür wird es nie Gerechtigkeit geben, denn ein Konzern hat keine Seele, er kommt nicht einmal in die Hölle.

Le Nie, per Facebook-Kommentar



Zu «Elektrisch in die Sackgasse»

Erst, wenn der letzte Grüne und der letzte Grünenwähler wieder in der Waldhütte ohne Strom, Kleidung, fahrbaren Untersatz und ohne jegliche Annehmlichkeiten der modernen Zivilisation leben, werde ich deren «Umweltschutzaktivitäten» ernstnehmen.

Conni Schulz, per Facebook-Kommentar

Elektro-Autos sind doch so umweltfreundlich. Der Strom kommt aus der Steckdose, vorzugsweise grün oder gelb, und Abgase gibt es bei den Autos auch nicht. Also alles gut. Unsere Grünen sind ja sooo schlau. Doch: Der Fuchs ist schlau und stellt sich dumm, bei denen ist es anders rum.

Karola Bannert, per Facebook-Kommentar

Unser großes Schwarzes

COMPACT-Edition dokumentiert, was Sie nicht wissen sollen. Mit Belegen und Quellen.

Putin ist böse, Merkel ist gut, Zschäpe ist eine überführte Mörderin? Statt vorgefasster Meinungen finden Sie hier ausschließlich Originalzitate bzw. Originalakten. So können Sie sich Ihr eigenes Bild machen.

Jede COMPACT-Edition hat bis zu 124 Seiten. Jetzt auch im bewährten A4-Format.

Bestellung unter:
compact-shop.de

**Nur 8,80 €
zzgl. Versand**



*inkl. MwSt



Joachim Fernau, «Die jungen Männer», 320 Seiten, Verlag Antaios, Schnellroda, 2017, 19,00 Euro.
Foto: Verlag Antaios

Junge Männer

Keiner konnte Geschichte(n) so erzählen wie Joachim Fernau. Ob er in *Sprechen wir über Preußen* den alten Soldatenkönig seinen gefürchteten Krückstock schwingen lässt, oder in *Halleluja* die mit Feuerwasser und Flinte begründete Nation überm großen Teich aufs Korn nimmt, stets fühlt man sich gut unterhalten und informiert zugleich.

Dass jemand wie Fernau in einer geschichtsvergessenen Zeit selbst der Vergessenheit anheimzufallen droht, darf nicht weiter verwundern. Umso verdienstvoller ist es, wenn Neuauflagen seiner Werke erscheinen, wie unlängst mit *Die jungen Männer*, ein eher unbekannter Roman aus dem Jahr 1960. Darin erzählt er, wie der Tag der Macht ergreifung Hitlers zum Schicksalstag der Deutschen geriet, ohne dass sie damals etwas davon merken: Zunächst sieht alles danach aus, als würde die Republik einfach nur eine neue Regierung bekommen, sonst geht alles seinen Gang. In Berlin nehmen zwei Männer von Anfang Zwanzig, einer stumm, der andere umso redseliger, wie gewohnt am gesellschaftlichen Leben teil. Man arbeitet, ergreift vielleicht Position, ist sich aber der Tragweite dessen nicht bewusst.

Fernau setzte mit seiner Erzählung der besserwisserischen Überheblichkeit der Nachgeborenen das Erleben der damals Dabeigewesenen entgegen. Schließlich war er selbst einer von ihnen. Eine Geschichte über bewegte Zeiten, Anpassung und Widerstand, Freude und Leid. Alles nah beieinander, wie eigentlich immer, und doch sehr speziell. Das wirkliche Leben also, nicht politisch korrekte Prosa. (dp) ■



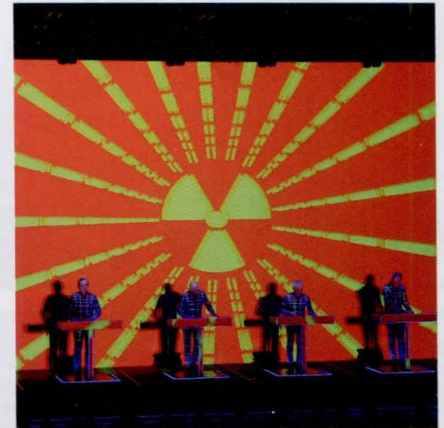
«Kinder des Paradieses» wird im Februar im Berliner Ensemble (Bertolt-Brecht-Platz 1, 10117 Berlin) gespielt. Foto: Matthias Horn

Ewiger Olymp

Endlich auf der Bühne: *Kinder des Olymp* war ursprünglich Kinopoesie, ein berauschender Kostümfilm über Liebe, Verbrennen aus Leidenschaft und das Schauspiel (des Lebens). Verschwenderische Kulissen heben das Paris des 19. Jahrhunderts ins Zeitlos-Märchenhafte: In einer Theatergalerie sitzen Arme, Bettler, kurzum die «Kinder des Olymp». Sie saufen, lachen und kommentieren die Groteske der Existenz.

Beinah konträr dazu steht die Entstehungsgeschichte des Films: 1943, Paris war von den Nazis besetzt und Hungersnot quälte die Bevölkerung. Gestapo-Spione lauerten am Film-Set, schnüffelten nach versteckten Résistance-Kämpfern und Juden. Der Film kam erst im März 1945, im befreiten Paris, zur Uraufführung. Seine Hauptdarstellerin Arletty saß zu diesem Zeitpunkt im Gefängnis. Anklage: Liebesaffäre mit einem deutschen Offizier. Zu ihrer Verteidigung sagte Arletty den berühmten Satz «Mon coeur est français, mais mon cul est international» (Mein Herz ist französisch, aber mein Arsch ist international).

Die Entstehungsgeschichte von *Kinder des Olymp* zeigt den Versuch, in einer Zeit von Diktatur und politischer Zensur zu überleben, sich dennoch zu artikulieren. Daraus inszeniert Ola Mafaalani jetzt am Berliner Ensemble eine Art «Making of» des Films. In der Ankündigung zu *Kinder des Paradieses* heißt es: Die Regie und die Musik von Eef van Breen «enthüllen diesen kollektiven Traum voller Poesie, Magie und Schönheit als letzten Rückzugsort – und als Herz des Widerstandes in einem totalitären Regime.» (xx) ■

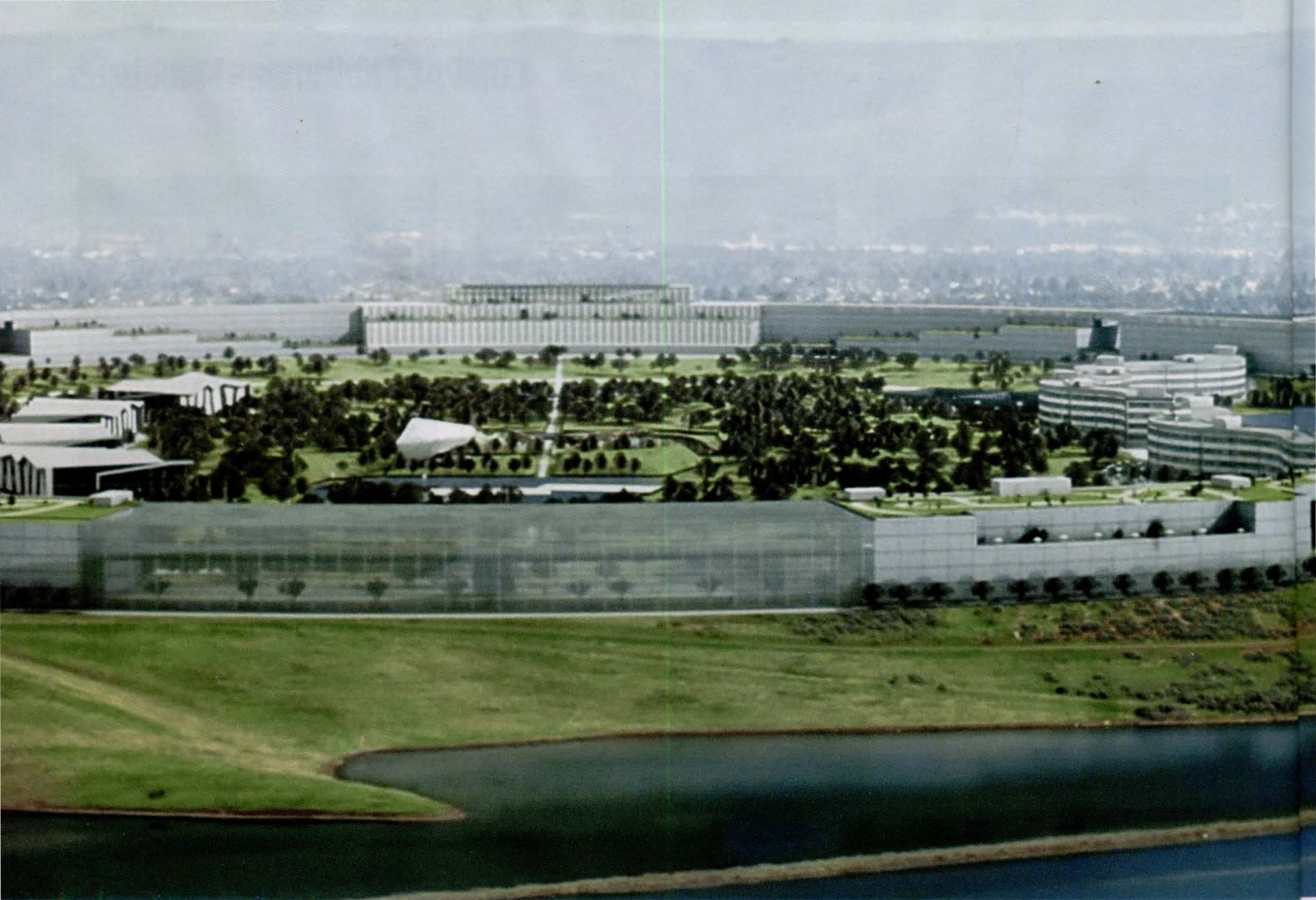


Kraftwerk am 7. Dezember 2015 im Haus Auensee, Leipzig. Foto: Daniell Pföhringer

Alte Recken

Die international erfolgreichste deutsche Band heißt nicht Rammstein – sondern Kraftwerk. 1970 als Krautrock-Combo gegründet, stiegen die Düsseldorfser schon sehr früh auf Elektronik um und erwiesen sich als wahre Innovationsmaschine: Ohne Kraftwerk keinen Synthie-Pop, keine Neue Deutsche Welle, keinen Techno und vielleicht auch keinen Hip-Hop in seiner heutigen Form. Ralf Hütter, das einzig verbliebene Gründungsmitglied, sah Kraftwerk von Anfang als Gegenmodell zur US-Popkultur. «Nach dem Krieg war die deutsche Unterhaltungsindustrie zerstört. Die Menschen in Deutschland waren ihrer Kultur beraubt worden und bekamen einen amerikanischen Kopf aufgesetzt. Ich denke, dass wir die erste Generation nach dem Krieg sind, die ihn abgeschüttelt haben und wissen, hier ist die amerikanische Musik und da ist unsere eigene», erklärte er in einem Interview. Alben wie *Radio-Aktivität* (1975), *Die Mensch-Maschine* (1978) oder *Computerwelt* (1981) sind Meilensteine der Musikgeschichte, Tracks wie «Autobahn», «Das Model» und «Die Roboter» kennt man auf der ganzen Welt – weil sie sich vom Einheitsbrei, der von Rio über Tokio bis New York aus den Lautsprechern quillt, abheben.

Im Februar gehen Kraftwerk mit ihrer 3-D-Show wieder auf Europa-Tournee und lassen zu ihrer Musik die Roboter sprechen, den legendären TEE durch den Raum gleiten und den schwarzen Benz über den Asphalt rasen. Drei Mal werden sie dabei auch in Deutschland auf der Bühne stehen. Alle Konzerte waren schnell ausverkauft. Aber COMPACT ist dabei und wird berichten – online und im Heft. Stay tuned! (dp) ■



Stasi 2.0

von Jürgen Elsässer

Der neue Totalitarismus kommt auf leisen Sohlen: Big Brother trägt weder Uniform noch Knobelbecher, sondern lockt uns mit Smileys und Likes. Der digitale Zugriff erfolgt aber auf Kommando der analogen Herrschaft: Merkel gibt Zuckerberg die Sporen.

Ein Besuch im Leipziger Stasi-Museum lohnt sich. In der «Runden Ecke» am Dittrichring 24, wo 40 Jahre lang die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit residiert hat, sind die ehemaligen Büros von Erich Mielkes Horch-und-Guck-Offizieren immer noch im gleichen Zustand wie damals – Linoleumfussböden, vergilbte Tapeten, Scherengitter an den Türen und Fenstern, Kabelkanäle und rostige Heizkörper. Einige Zimmer haben kein Tageslicht, die Beamten saßen so eng wie in einer Legebatterie. Staatsfeindliche Elemente wurden in dicken Karteikarten erfasst, die mit klobigen Schreibmaschinen beschriftet wurden. Man kann die Perücken und die falschen Schnurrbärte anfassen, die sich die Spitzel angeklebt haben – ob die mal zwischendrin vom Schmodder gereinigt und sterilisiert wurden? Man weiß ja, dass die Herren des Morgengrauens zur Informationsbeschaffung Mülltonnen durchwühlt und Geruchsproben aus schmutziger Wäsche genommen haben, an denen dann die Spionagehun-

de schnüffeln durften. Das Ganze ist abstoßend und gruselig wie in einer mittelalterlichen Folterkammer und gehört unverkennbar derselben Menschheitsepoche an: dem politischen Mesozoikum, das von Schurken aus Fleisch und Blut beherrscht wurde.

Diktatur der Freundlichkeit

Die Schöne Neue Welt der Überwachung sieht ganz anders aus. Was Heimkehrer aus dem Silicon Valley berichten, die zum Beispiel in der Google-Zentrale gearbeitet haben, wurde in der Verfilmung der Dystopie *The Circle* eins zu eins umgesetzt: lichtdurchflutete Räume, flughafenhallengroße Lofts mit Grünzeug zwischen den Computerbeeten, aufgeknöpfte Hemden und Schlapperpullis, aufgeregtes Duzen in der bei allem Stress doch ewig lächelnden U30-Belegschaft.

Der Mega-Konzern, den Autor David Eggers beschreibt, ist aus einer Fusion der ohnedies schon riesengroßen Konzerne Google, Facebook, Amazon und Co. entstanden. In Roman und Film ist eine Entwicklung vollendet, die heute bereits weit vorangeschritten ist: Die verschiedenen Passwörter für einzelne Lebensbereiche sind abgeschafft – mit dem zentra-

«Wir wissen, wo Du bist. (...) Wir können mehr oder weniger wissen, was Du gerade denkst.»

Google-Chef

Analog kommandiert Digital

In 1984 legitimiert sich die Diktatur mit Leitsprüchen: «Krieg ist Frieden», «Freiheit ist Sklaverei» und «Unwissenheit ist Stärke» sind für uns Heutige leicht als Manipulation und Lüge einer Diktatur durchschaubar. Die Circle-Ideologie gibt sich dagegen demokratisch und egalitär: «Wissen ist gut, alles zu wissen ist besser.» Oder: «Teilen ist heilen.» Oder: «Geheimnisse sind Lügen.» Fast könnte man vergessen, dass dies der Praxis des Neusprechers vergleichbar ist: Bestimmte Wörter sollen ausgemerzt werden, damit die damit bezeichneten Zusammenhänge nicht mehr gedanklich erfassbar werden. Unter dem Vorwand der Bekämpfung von «Hass» werden derzeit Begriffe aus der Alltagssprache gesäubert, die der Schaffung eines uniformen Globalmenschen ohne Herkunft und Geschlecht entgegenstehen: Wenn einer auf Facebook über «Neger» oder das «deutsche Volk» oder «Asylanten» schreibt, blinken in der Überwachungszentrale der Kahane-Stiftung die Lämpchen. Es darf nämlich diese Unterscheidung nicht mehr geben, da der Planet allen gehört, und diejenigen, «die schon länger hier leben», keine Sonderrechte auf das von ihnen und ihren Vätern erarbeitete haben. «Teilen ist heilen» eben...



COMPACT-Spezial Nr. 9 über die schwarze Liste der verbotenen Autoren finden Sie unter compact-shop.de. Foto: COMPACT

«Geheimnisse sind Lügen.» «The Circle»

Schöne Neue Welt: Der Circle-Campus ist die Machtzentrale in der Dystopie von David Eggers. Anders als etwa das Ozeanien in George Orwells «1984» gibt sich die Welt der totalen Kontrolle jedoch den Anstrich weitläufigen Freiraumes.

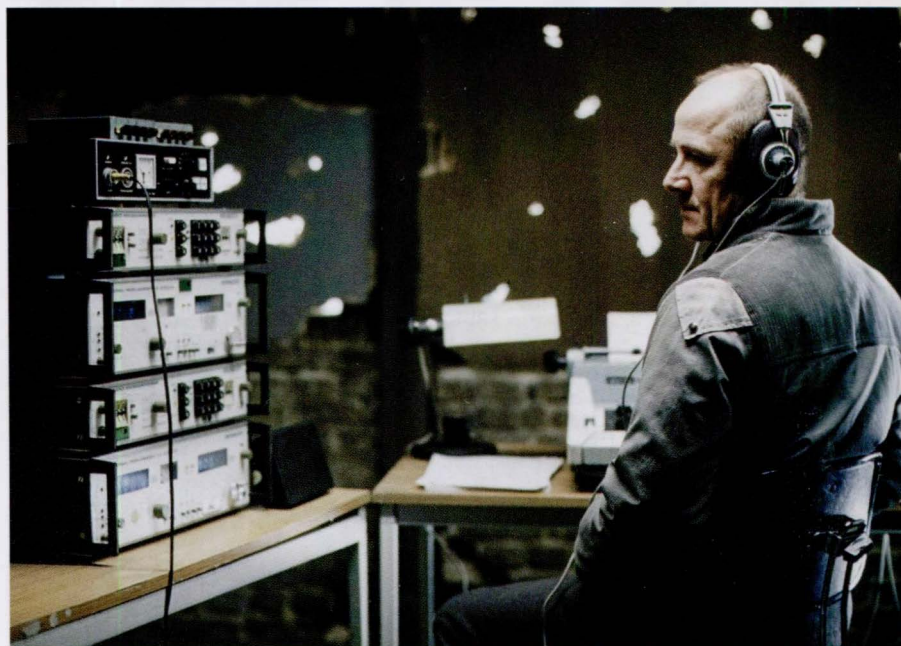
Foto: The Circle, Screenshot

Jeden Log-in vom Circle erhält man Zugang zu Netzwerken, zum Banking, zum Renten- und Gesundheitssystem. Der nächste Schritt wird vorbereitet: Jeder muss eine Minikamera tragen, die rund um die Uhr das eigene Leben sofort online stellt. Jeder soll also jeden kontrollieren können, damit keiner sich mehr traut, etwas Böses zu tun, und sei es im Bad oder im Schlafzimmer. Zukunftsmusik? Eric Schmidt, damals CEO von Google, sagte bereits 2010: «Wir wissen, wo Du bist. Wir wissen, wo Du warst. Wir können mehr oder weniger wissen, was Du gerade denkst.» Als er einmal im US-Fernsehen nach all den gesammelten User-Daten gefragt wurde, antwortete Schmidt: «Wenn es etwas gibt, von dem Sie nicht wollen, dass es irgendjemand erfährt, sollten Sie es vielleicht ohnehin nicht tun.»

In der Welt von Google und Facebook ist die Überwachung nicht mehr erkennbar, denn sie wird durch Selbstentblößung überlagert: In George Orwells Roman 1984 stellt die Einheitspartei jedem einen Monitor in die Wohnung, über den er ausgespielt wird. Heutzutage geben wir unsere intimsten Daten freiwillig preis, weil wir nicht wahrhaben wollen, dass der Algorithmus sie gierig aufsaugt und dem Regime zur Verfügung stellt.

Dass das Merkel-Regime das Vorgehen gegen Hass-Sprache den Internet-Konzernen übertragen hat und damit die Auflösung des Staates in demokratisch nicht kontrollierbare Privatstrukturen vorantreibt, ist nur die eine Wahrheit. Gleichzeitig nämlich schwingt die analoge Macht auch die Peitsche, um die digitalen Zensoren anzutreiben: Indem die Kanzlerin über das NetzDG den Sozialen Medien Bußen bis zu 50 Millionen Euro androht, falls diese umstrittene Beiträge nicht fristgemäß löschen, macht sie Zuckerberg und Co. zum Instrument des

Ulrich Mühle im Oscar-prämierten Stasidrama «Das Leben der Anderen». Foto: Creado Film/Br/Arte /The Kobal Collection / Hagen Keller



Das Holocaust-Argument



«Ganz abwegig ist es schließlich nicht, dass die beiden hochbegabten jüdischen Montessori-Schüler Larry Page und Sergey Brin, die Google erfunden haben und seither beteuern, mit ihrer Zauberwaffe aus der Welt "a better place" machen zu wollen, ihre Welterlösungsmission ernst meinen. Und dass die beiden dabei auf die Steigerung der Transparenz setzen, ist angesichts der Bilanz des intransparenten 20. Jahrhunderts, in dem beispielsweise so gut wie niemand gewusst haben will, dass im Herzen Europas Gaskammern betrieben wurden, vielleicht auch kein vollständig verrückter Gedanke.» (Die Zeit, 33/2014)

Der Name der Suchmaschine ist eine Anspielung auf Googol, die englische Bezeichnung für die Zahl zehn Sexdezilliarden. Foto: Kristina Alexanderson, CC BY 2.0, flickr.com

Im Film «I, Robot» von 2004 putscht eine Armee intelligenter Roboter gegen die Menschen. Foto: Twentieth Century Fox

eigenen Machterhalts. Während Twitter unter dem Druck der staatsfrommen Antifa hierzulande Beatrix von Storch und Alice Weidel gesperrt hat, wäre das in den USA, wo der Präsident selbst den Zwitscherdienst für wesentlich derbere Sprüche nutzt, unvorstellbar. Dass Merkel «die letzte Verteidigerin des liberalen Westens» sei, wie die *New York Times* nach dem Machtwechsel im Weißen Haus lobhudele, hat bei aller Demagogie ein Körnchen Wahrheit: Sie kämpft, anders als Donald Trump, tatsächlich für den liberalen Westen und seine One World – und ist bereit, dafür die Demokratie und das eigene Volk zu opfern. Dem steht das Konzept entgegen, das Viktor Orban ausformuliert hat: Eine «illiberale Demokratie», die die Selbstbestimmung der Einheimischen gegen die Überflutung durch fremde Kulturen und Werte schützt, sofern diese mit der eigenen Freiheit nicht vereinbar sind.

Waldmenschen gegen Roboter

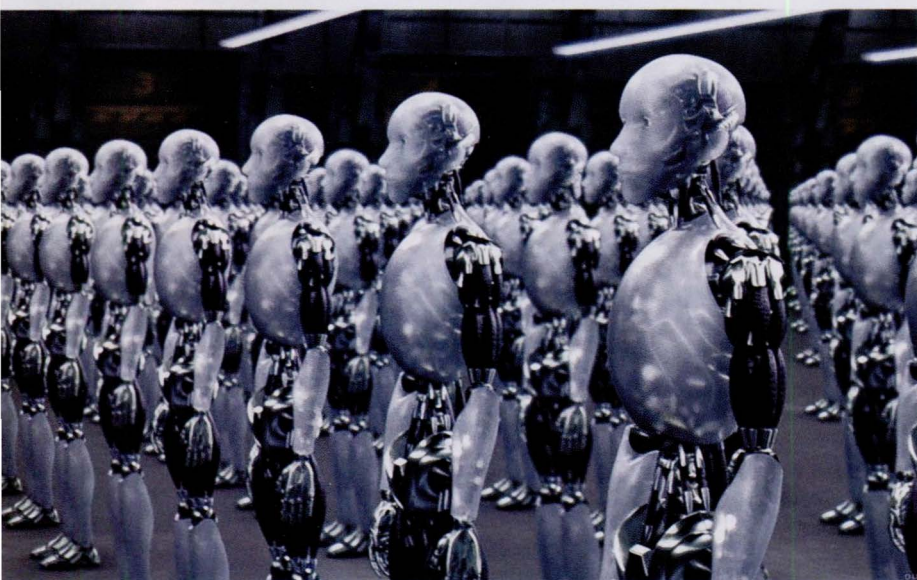
Die Beispiele Trump und Orban zeigen, dass Google und Co. die von ihnen angestrebte Welt Herrschaft nicht so leicht bekommen werden, selbst wenn das Merkel-Regime das Vorhaben aus eigenem Interesse unterstützt. Wie es weitergehen könnte, zeigt Daniel Suarez in seinen packenden Science-Fiction-Thrillern wie *Darknet*. Die Mächte des digitalen Kapitalismus beginnen einen Krieg gegen die Vertreter seines industriellen Vorgängers, und zwar im wortwörtlichen Sinne. Wie realistisch die Prognose ist, beschrieb schon 2015 ein Artikel in der *Zeit*: «Google hat sich die Fähigkeit patentieren lassen, eine Roboterarmee zu kontrollieren. (...) Zur Erinnerung: Google (...) hat im Jahr 2013 die Firma Boston Dynamics gekauft, die Militär-Roboter baut. Do the math, wie der Amerikaner sagt. Zählen Sie eins und eins zusammen.» Ein Beispiel: «Der scheibenförmige Staubsauger-Roboter Roomba ist iRobots ganzer Stolz. Nach unseren Wohnzimmern will

das Unternehmen als Nächstes unsere Vorgärten erobern. Mit einem Rasenmäher-Roboter. Die zentrale Frage: Woher weiß die Rasenmäher-Armada, wo das Gras und damit ihr Herrschaftsbereich endet?» Und was oder wen attackiert die Rasenmäher-Armee, wenn sie über von Google kontrollierte Internetverbindungen entsprechende Kommandos bekommt? In Suarez' Romanen kämpfen US-Marines im Auftrag der Kohle- und Stahlbosse gegen die Killerautomaten des Silicon Valley.

Was bleibt da für uns Menschlein noch zu tun, wenn diese Giganten aufeinander losgehen? Ray Bradbury weist in seinem Bestseller *Fahrenheit 451* eine Fluchtmöglichkeit. In seiner dunklen Zukunft sind alle Bücher verboten, um die Leute dumm zu halten. Die Feuerwehr rückt aus, um Verstecke aufzuspüren und in Flammen zu setzen – 451 ist die Gradzahl, bei der Papier zu brennen anfängt. Doch in den Wäldern hat sich ein Untergrund gebildet, der aus Lese- und Bildungshungrigen besteht. Jeder macht sich zur Aufgabe, ein bestimmtes Werk auswendig zu lernen und an einen Buchpaten mündlich weiterzugeben. In der romantischen Schlusssequenz des Films sieht man die Paare zwischen den Bäumen wandeln und Sätze berühmter Schriftsteller repetieren, während leise der Schnee fällt und die alte Welt in seinem weißen Gewand konserviert...

«Google hat sich die Fähigkeit patentieren lassen, eine Roboterarmee zu kontrollieren.» *«Zeit»*

Nur so geht es. Man wird die digitale Diktatur nicht mit ihren eigenen Waffen schlagen können. Die Zeiten des freien Internets sind vorbei, und auch ein Umzug von Facebook auf das russische VK wird nicht viel bringen. Die Menschen sind stark, wenn sie ohne technische Zwischeninstanzen kommunizieren. Ein Gespräch, ein Händedruck, ein Kuss – so wachsen Vertrauen, Zuneigung, Mut, Liebe. Wollen wir den neuen Totalitarismus verhindern, müssen wir lernen, wieder physisch statt elektronisch zusammenzukommen. Flirten im Internet ist eine Schnapsidee. Statt Online-Petitionen brauchen wir reale Volksabstimmungen, und die sind auf kommunaler und Landesebene auch jetzt schon möglich. Und der beste Youtube-Clip mit Millionen Likes hat nur Sinn, wenn er Werbung für die einzige Aktion macht, die wirklich etwas bringt: Eine Love-Parade, die den Reichstag umschließt. Wir feiern und knutschen, wie wir das in der Zeit vor Merkel gelernt haben, und unsere Sicherheitsleute schützen uns, die Lebenden und Liebenden, vor dem Regime und seinen Mameluken. Hey, Dr. Motte, der Auftrag steht! ■





Die große Säuberung

– von Martin Müller-Mertens

Seit Jahresbeginn sorgt das Netzwerkdurchsetzungsgesetz für eine Säuberungswelle bei Facebook, Twitter & Co. Dabei überbieten die Online-Konzerne die Vorschriften sogar noch – und schrecken teilweise auch vor Zusammenarbeit mit dem Geheimdienstmilieu nicht zurück.

Die Zensoren standen früh auf. Während am Himmel über Deutschland noch verspätete Silvesterraketen verglühten, sperrte der Kurznachrichtendienst Twitter am 1. Januar den Account der AfD-Bundestagsabgeordneten Beatrix von Storch. Die 46-Jährige hatte einen arabischen Tweet der Kölner Polizei kritisiert: «Das letzte, was ich haben will, sind besänftigte barbarische, muslimische, gruppenvergewaltigende Männerhorden», so ihr Kommentar. Kurz darauf traf es AfD-Fraktionschefin Alice Weidel, deren Solidarisierung mit der Kollegin ebenfalls dem digitalen Radiergummi zum Opfer fiel. Als das Satiremagazin *Titanic* die Kritik von Storchs aufgriff, schlugen auch dort die Tugendwächter zu.

Gut möglich, dass der Jahreswechsel 2017/18 im Rückblick als Übergang von der Meinungsfreiheit zur Diktatur der Meinungspolizei gilt. Punkt Mitternacht trat das umstrittene Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (NetzDG) endgültig in Kraft. «Schon einen Tag später zeigt sich seine stumpfe Pracht», kommentierte selbst der politisch überkorrekte Kolumnist Sascha Lobo auf *Spiegel Online*. Doch die Lawine

brach zu diesem Zeitpunkt erst los. Die in holprigem Satzbau formulierte Anzeige «Dieser Tweet wurde aufgrund der Gesetze vor Ort zurückgezogen in Deutschland» ersetzt inzwischen in immer mehr Timelines selbst harmlose Äußerungen. Gesperrt wurden nach COMPACT-Recherchen unter anderem die Twitter-Tweets «Die *Süddeutsche Zeitung* ist #Fake News» und «Man kann ohne weiteres Ausländer unter Freunden & Verwandten haben, sich für fremde Kulturen interessieren & gleichzeitig partout nicht akzeptieren, dass ungebildete junge Männer aus gewalttätigen, frauenfeindlichen, rückständigen Kulturen in Massen ins Land kommen», oder auch der Facebook-Eintrag «USA: Ab heute dürfen Transgender der Armee beitreten».

Verfassungsbruch im Reichstag

Am 30. Juni 2017 hatte die Große Koalition jenes Gesetz durch den Bundestag gepeitscht, das der wissenschaftliche Parlamentsdienst als zumindest teilweise «verfassungsrechtlich nicht gerechtfertigt» bezeichnete. Gerade 50 Abgeordnete bequemen sich in den Plenarsaal, als die Abrissbir-

Die Uniform steht ihm gut: Heiko Maas hat sich seit seinem Aufstieg zum Bundesjustizminister 2013 den Ruf als oberster Meinungspolizist redlich verdient. Foto: Montage COMPACT – picture alliance/BeckerBredel und picture alliance/dpa

Beatrix von Storch und Alice Weidel waren mit die ersten Opfer des Gesetzes.

NetzDG völkerrechtswidrig



Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sah im NetzDG eine möglicherweise «abschreckende Wirkung auf die freie Meinungsäußerung», so deren Repräsentant Harlem Désir im Oktober. Noch schärfer fiel die Kritik des Sonderbeauftragten der UNO für die Meinungsfreiheit, David Kaye, im Juni aus: «Die auf die privaten Unternehmen verlagerte Verantwortung die Inhalte Dritter ohne gerichtliche Überprüfung zu entfernen, ist nicht mit den internationalen Menschenrechten vereinbar.»

David Kaye. Foto: Screenshot Youtube

Im Mai 2017 protestierte die Identitäre Bewegung in Berlin vor dem Bundesjustizministerium gegen das Netzwerkdurchsetzungsgesetz. Foto: picture alliance / Paul Zinken/dpa



ne in das Grundrecht schlug. Nun müssen soziale Netzwerke nach Beschwerden über «Hasskriminalität» und «Falschnachrichten» jeden «offensichtlich rechtswidrigen Inhalt» innerhalb von 24 Stunden, jeden «rechtswidrigen Inhalt» nach spätestens sieben Tagen «entfernt» oder «den Zugang zu ihm» gesperrt haben. Andernfalls drohen Strafen von bis zu 50 Millionen Euro. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) verteidigte das Gesetz am 4. Januar vehement: «Die Meinungsfreiheit ist kein Freibrief, um Straftaten zu begehen.»

Hasskriminalität ist ein «umstrittener politischer Begriff».

Straftaten? Welche Inhalte als rechtswidrig im Rekordtempo zu tilgen sind, ist im NetzDG gar nicht ausgeführt. Hasskriminalität sei ein «umstrittener politischer Begriff», monierte der wissenschaftliche Dienst des Bundestages. Falschnachrichten seien durch die «aufgeführten Strafrechtsnormen nicht erläutert», «Beispiele werden auch nicht genannt». In Verbindung mit den Bußgeldern gebe das Gesetz stattdessen «zahlreiche und nachhaltige Anreize für Diensteanbieter, als private zwischengeschaltete Instanz vorsorglich Inhalte zu löschen oder zu sperren». Genau diesen Fall sieht der Leipziger Professor für Medienrecht, Marc Liesching, bei von Storchs Neujahrs-Tweet. «Die NetzDG-Zensurstruktur der kurzfristigen Zweifelsfalllöschung führte jedenfalls in einem Fall zur Zugangssperrung, ehe auch nur ein gerichtliches Verfahren hierüber anhängig geworden ist oder auch nur ein Staatsanwalt die Äußerung strafrechtlich geprüft hat», kritisier-

te er auf der Onlineplattform *beck-community*. Darüber hinaus bleibt unklar, ob unerwünschte Inhalte tatsächlich gelöscht oder lediglich der Zugang über eine deutsche IP-Adresse blockiert werden muss.

Zudem ist Mundtotmachen von Internetnutzern inzwischen auch ein Geschäftsmodell. Für Facebook betreibt die Bertelsmann-Tochterfirma Avato ein Löschzentrum mit 700 Mitarbeitern in Berlin. Eine weitere Zensurzentrale mit 500 Mitarbeitern des Unternehmens Competence Call Center entsteht seit Herbst in Essen. Die Pendanten bei Twitter und YouTube sind unbekannt. Julia Jäckel, Chefin der Bertelsmann-Tochter Gruner + Jahr, bezeichnete das NetzDG im Juni im Übrigen als «eine erste kleine Antwort».

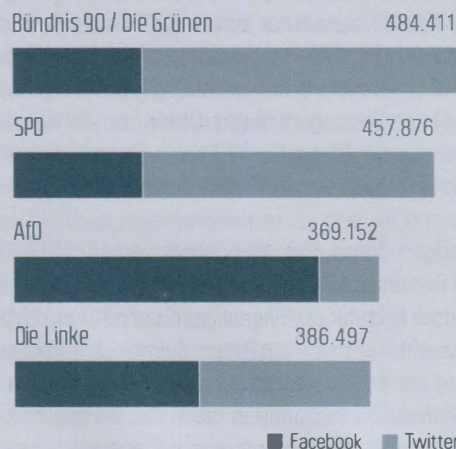
Konzerne und Geheimdienste

Dabei entfaltet das NetzDG seine destruktive Kraft nicht zuletzt durch vorauseilenden Gehorsam. So schreibt das Gesetz etwa Account-Löschungen oder Schreibsperrungen gar nicht vor – die jedoch von Facebook und Twitter inflationär verhängt werden. In diesen Fällen argumentieren die Konzerne fast immer mit schwammig formulierten Gemeinschaftsstandards – die etwa Twitter erst im November noch einmal drastisch verschärfte.

Doch diese Vorgaben sind den Nutzern oftmals gar nicht bekannt oder können je nach politischer Opportunität ausgelegt werden. «Weshalb werden die internen Löschregeln von Facebook nach Kenntnis der Bundesregierung geheim gehalten und ist dieses Vorgehen mit geltenden Rechtsnormen vereinbar?», hieß es in einer Kleinen Anfrage der Linksfraction vom Mai 2017. Zugleich monierten die Parlamentarier, dass «Facebook mit den internen Lösch-

Freunde und Follower

In den Sozialen Netzwerken liegt Rot-Grün vorne. Die AfD holt jedoch kräftig auf.



Quelle: Facebook/Twitter

Grafik: COMPACT

regeln, die als "Gemeinschaftsstandards" gekürzt nach außen kommuniziert werden, quasi eigene Gesetze darüber schafft, welche Inhalte zulässig sind oder der öffentlichen Debatte entzogen werden».

Zumindest Facebook schreckt beim Ausbau der Zensur womöglich auch nicht vor Kontakten ins Geheimdienstmilieu zurück. Offenbar spätestens seit Inkrafttreten einer internen neuen Löschrichtlinie im April 2017 arbeitet der Konzern mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) unter Leitung des Atlantik-Brücken-Mitglieds Arne Schönbohm zusammen. Die dem Innenministerium unterstellte Behörde ging aus der dem Bundesnachrichtendienst unterstellten Zentralstelle für das Chiffrierwesen (ZfCh) hervor und arbeitet heute unter anderem nach eigenen Angaben im «Kontext der Bündnispartnerschaft NATO» auch «mit der NSA zusammen». Ausgehend von der neuen Richtlinie löschte Facebook ausgerechnet vor der Bundestagswahl im September 2017 Zehntausende Konten in Deutschland, «um (...) Falschinformationen dauerhaft zu bekämpfen», so die als Head of Public Policy bei Facebook Deutschland fungierende Eva-Maria Kirschsieper.

Es begann mit einer Lüge

Bereits die Begründung des NetzDG war von politisch motivierten Behauptungen geprägt. Eine «zunehmende Verbreitung von Hasskriminalität vor allem in sozialen Netzwerken wie Facebook, YouTube und Twitter» konstatierte der Referentenentwurf des NetzDG im Frühjahr 2017. Zugleich beklagte das Papier: «Zwar werden bei YouTube mittlerweile in 90 Prozent der Fälle strafbare Inhalte gelöscht. Facebook hingegen löschte nur in 39 Prozent der Fälle, Twitter nur in einem Prozent.» Der Entwurf bezog sich jedoch auf eine Untersuchung des staatlich bezuschussten Unternehmens jugendschutz.net über den Erfolg von Nutzerbeschwerden, wobei «Beschwerden (...) gegen Hasskriminalität» offenbar bereits als Indiz für die tatsächliche Strafbarkeit der Inhalte ausreichten. Dabei geht sogar der Gesetzentwurf davon aus, dass selbst die NetzDG-Meldungen auf der Webseite des Bundesamtes für Justiz «zum großen Teil unbegründet sein werden».

Tatsächlich machte die Zahl jener Veröffentlichungen, die aufgrund ihrer Strafbarkeit umgehend gelöscht werden mussten, bislang nur einen Bruchteil der gemeldeten angeblichen Verstöße aus. So entfernte Facebook 2015 nach eigenen Angaben in Deutschland 554 Inhalte aufgrund von Behördenanfragen – also nach juristischer Prüfung. Bei Twitter summierten sich die Anfragen durch «Regierungseinrichtungen, Polizei, andere» nach eigenen Angaben im zweiten Halbjahr 2016 auf 236, im ers-



ten Halbjahr 2017 dann bereits auf 443. Allerdings gab Twitter den Anfragen demnach 2016 in 41 Prozent, 2017 lediglich in 25 Prozent der Fälle ganz oder teilweise statt. In keinem einzigen Fall erging dem Netzwerk zufolge ein Gerichtsbeschluss zur Löschung von Inhalten. Besonders pikant: 95 Prozent der Beschwerden aus dem zweiten Halbjahr 2016 stammten nicht von Privatleuten, sondern vom quasi-staatlichen jugendschutz.net, auf dessen Zahlen sich wenige Monate später der NetzDG-Entwurf stützte.

Dabei lag Deutschland bei den behördlich erbetenen Facebook-Löschungen 2015 sogar schon auf Rang vier in der Welt hinter Frankreich, Indien und der Türkei. Bei der Abfrage von Nutzerdaten – der Voraussetzung für ein Strafverfahren – ist die Bundesrepublik schon jetzt Weltspitze. So wurden beim Google-Konzern – der etwa das Netzwerk Google Plus und die Videoplattform YouTube betreibt – bezogen auf 100.000 Einwohner im Jahre 2016 insgesamt 22,99 Anfragen gestellt, wie aus dem Transparenzbericht des Unternehmens hervorgeht. Selbst in der Türkei waren es im gleichen Zeitraum lediglich 1,04 Anfragen pro 100.000 Bürger.

Dass Meinungsäußerungen in sozialen Netzwerken oftmals politisch unbequem, aber eben nicht strafbar sind, bestätigt indirekt sogar das zur Amadeu-Antonio-Stiftung gehörende Onlinemagazin *Belltower*. «Derweil lohnt es sich weiterhin, rassistische, antisemitische oder islamfeindliche Hassinhalte statt nach NetzDG einfach als Verstoß gegen die geltenden Gemeinschaftsstandards der Unternehmen zu melden, die in der Regel weitreichender sind als die deutschen Gesetze», empfiehlt die Webseite ihren Lesern. ■

War IM der Stasi: Anetta Kahane.
Foto: picture alliance / dpa



Die größten Lügen der vergangenen Jahre als Zitate: Eine Fundgrube für jede politische Diskussion. Erhältlich unter compact-shop.de.
Foto: COMPACT

95 Prozent der Beschwerden stammen von einer regierungsnahen Stelle.



«Es ist notwendig, seine Stimme zu erheben»

– Susanne Dagen im Gespräch mit Daniell Pföhringer

Sind wir auf dem Weg in eine DDR 2.0? Die Vorkommnisse auf der Frankfurter Buchmesse deuten darauf hin. Dagegen hat eine Dresdner Buchhändlerin mit prominenter Unterstützung protestiert. Im März wird sie auf der Leipziger Messe eine Petition übergeben.

Das nennen sie dann wohl Toleranz: Linksradikele Drohungen gegen Antaios-Verlagschef Götz Kubitschek auf der Frankfurter Buchmesse. Foto: picture alliance / Frank Rumpenhorst/dpa

Frau Dagen, Sehen Sie die Meinungsfreiheit in Deutschland generell gefährdet?

Generell gefährdet sehe ich sie nicht. Dafür haben wir neben der Mainstream-Presse eine Gegenöffentlichkeit. Ganz wesentlich sind hier mittlerweile die sozialen Medien, aber auch in der Presselandschaft gibt es durchaus eine gewisse Vielfalt.

Also keine Tendenz in Richtung DDR 2.0?

Solche Tendenzen gibt es natürlich. Die Charta 2017 richtet sich ja genau gegen diesen Gesinnungskorridor und die Angriffe auf die Meinungsfreiheit – oder etwas spezifischer: auf die Meinung Andersdenkender.

Wo findet das statt?

In allererster Linie in den Medien. Das hat seinen Anfang aber schon viel früher genommen. Denken Sie zum Beispiel an die Friedenspreisrede von Martin Walser 1998. Das war für mich als Buchhändlerin ein Punkt, an dem ich gesagt habe: Moment,

hier werden Dinge – in meinen Augen bewusst – falsch verstanden, gar nicht erst hinterfragt. Das ist eine Tonlage, die einer demokratischen Gesellschaft nicht würdig ist.

In Ihrer Charta heißt es, dass «unter dem Begriff der Toleranz Intoleranz gelebt» werde. Wie meinen Sie das?

Wenn man immer wieder nach Toleranz und Respekt ruft, dann muss das auch für jene gelten, die für sich eine andere Meinung beanspruchen. Das muss man zulassen.

Es ist es ja nicht so, dass rechte Verlage auf der Buchmesse nicht zugelassen worden wären...

Das ist die Argumentation des Börsenvereins. Der muss sich allerdings fragen lassen, wieso er dann ein paar Tage vorher einen Aufruf veröffentlicht, mit dem er meint, erzieherisch wirken zu müssen. Das ist ja das Schizophrene: Auf der einen Seite spricht man im Sinne der Meinungsfreiheit für die Präsenz solcher Verlage, auf der anderen Seite betont man, dass man deren Gedankengut ablehnt. Man setzt ihnen die Amadeu-Antonio-Stiftung als Aufpasser vor die Nase und demonstriert dann mit Schildchen vor ihren Ständen. Das alles übrigens, nachdem man ihnen ordentlich Kohle abgeknöpft hat.

«Leben wir schon wieder im betreuten Denken?»

Uwe Tellkamp

Warum hat der Börsenverein das gemacht?

Sicherlich auch, um sich zu rechtfertigen. Nur frage ich mich, ob ein Branchenverband überhaupt dazu berechtigt ist, inhaltlich und moralisch zu urteilen? Ist das seine Aufgabe? Müssen wir erzogen werden? Oder wie Uwe Tellkamp es formulierte: Leben wir schon wieder im betreuten Denken? Ich möchte nicht in einer Gesellschaft leben, in der es reicht, die vermeintlich richtige Meinung zu haben. Das sind keine demokratischen Tendenzen, das ist Demagogie, das ist Dogma, und das führt zu Totalitarismus.

Empörte Schriftsteller

Würden Sie sagen, dass der Börsenverein mit seinem Aufruf zu «aktiver Auseinandersetzung» die Beschädigung der Stände mitverantworten hat?

Die Lesarten eines solchen Aufrufs sind verschieden. Ich will dem Börsenverein nicht unterstellen, dass er diese Gewalt wissentlich provoziert hat, aber manche haben es ja augenscheinlich so interpretiert. Ich bin als 1972 in der DDR Geborene mit dem Spruch aufgewachsen: Wenn Bücher brennen, brennen irgendwann auch Menschen. Man kann solche Vorkommnisse nicht einfach als Versicherungsfall abtun.

Wie ist die illustre Schar der Charta-Erstunterzeichner zusammengekommen?

Ich möchte vorausschicken, dass ich mich zum ersten Mal in 20 Jahren als selbständige Buchhändlerin dazu entschieden hatte, die Frankfurter Buchmesse nicht zu besuchen. Mir stand nicht der Sinn nach einem Branchentreffen. Stattdessen bin ich mit meiner Familie in den Urlaub gefahren. Die Geschehnisse haben wir dann über das Internet verfolgt und waren so empört, dass eine Reaktion einfach kommen musste. Ich habe die Charta dann auf der Fahrt von Bratislava nach Dresden ins Handy getippt, ein paar Autoren und Publizisten angeschrieben und sie gefragt, ob sie unsere Empörung teilen und das unterschreiben würden.

Zum Beispiel den Schriftsteller Uwe Tellkamp...

Ja, ich kenne ihn seit vielen Jahren und habe ihm geschrieben: Uwe, jetzt! So ist das auch bei den anderen gelaufen, bei Cora Stephan, Ulrich Schacht, Jörg Bernig oder Hans-Joachim Maaz, der dann Jörg Friedrich mitgebracht hat. So ist die Liste der Erstunterzeichner entstanden. Wir veranstalten seit über 22 Jahren Lesungen – man kennt sich. Und wenn solche Themen auch vorher schon präsent und die Leute standhaft und redlich gewesen sind, bekommt man sie schnell zusammen. Ich hätte allerdings gern viel mehr Vertreter aus unterschiedlichen Meinungsspektren zusammengebracht, denn ich habe mich ja in erster Linie nicht für rechte Ver-

lage eingesetzt, sondern für die Einhaltung unserer demokratischen Grundordnung und gegen Bevormundung.

Haben Sie auch Ablehnungen bekommen?

Ja, ganz zauberhafte sogar. Einige von denen haben sich später auf der Gegenseite, unter dem «Aufruf von Tätigen im Literatur- und Kulturbereich», wiedergefunden. Das ist schließlich die «richtige» Seite, und man gefährdet nicht den nächsten Verlagsvertrag. Insofern ist das natürlich DDR 2.0, ich würde das aber ein bisschen größer fassen. Wir hatten im 20. Jahrhundert genügend Gesellschaften, die genau diese Prämissen und diese Tendenzen aufwiesen.

«Revolutionäre Situation»

Sie wurden schon vorher in den Medien als «Pegida-nah» bezeichnet. Wie sind Sie zu diesem Etikett gekommen?

Das geht auf ein Zitat von mir zurück, das ich immer wieder gerne wiederhole: Wenn die stete Auseinandersetzung und die durchaus differenzierte Sichtweise auf diese Bewegung «Pegida-nah» ist, dann bin ich das natürlich.

Und inhaltlich?

Differenzierte Auseinandersetzung bedeutet auch, dass ich die eine oder andere Sache kritisch sehe. Aber ich finde es durchaus begrüßenswert, dass die Leute auf die Straße gehen und sich so äußern, wie es ihnen möglich ist. Dem liegt meiner Meinung nach auch ein Ost-West-Konflikt zugrunde, eine Demütigung und auch ein Reformstau. Jede geschichtliche Entwicklung ist zyklisch, und alle 20, 25 Jahre haben wir eine «revolutionäre Situation»...

...Susanne Dagen (*1972) ist selbständige Buchhändlerin in Dresden. 1995 eröffnete sie mit ihrem Lebenspartner Michael Bormann das BuchHaus Loschwitz. 2005 folgte die Eröffnung des Kulturhauses nebenan. Außerdem ist sie Herausgeberin und Verlegerin der «edition buchhaus loschwitz». 2008 wurde ihr Geschäft als Buchhandlung des Jahres ausgezeichnet, 2015 und 2016 erhielt sie den Deutschen Buchhandlungspreis. Ihre Charta 2017 kann man auf www.openpe-tion.de unterzeichnen.

«Pegida liegt ein Ost-West-Konflikt zugrunde, eine Demütigung.»

Börsenverein-Chef Alexander Skipis gab sich in Frankfurt persönlich die Ehre, um gegen Meinungsfreiheit zu demonstrieren. Foto: picture alliance / Boris Roessler/dpa



Wehret den Anfängen!

Am 10. Oktober 2017, einen Tag vor Eröffnung der Frankfurter Buchmesse, veröffentlichte der Börsenverein des Deutschen Buchhandels eine Erklärung zum «Umgang mit rechten Verlagen», in der zur «aktiven Auseinandersetzung» mit Häusern wie Antaios und Manuscriptum aufgerufen wurde. Dabei wurden auch Standorte ihrer Präsenzen in den Messehallen genannt. In der darauffolgenden Nacht wurde der Stand des Verlags Antaios mit Kaffee und Zahnpasta verschmutzt, am 11.10. tauchte Börsenverein-Chef Alexander Skipsis mit weiteren Vertretern des Verbands und Frankfurts OB Peter Feldmann (SPD) im Schlepptau dort auf, um «gegen Rassismus» und für «Freiheit und Vielfalt» zu demonstrieren. In der Nacht vom 12. auf den 13.10. wurde der gemeinsame Stand des Manuscriptum-Verlags und der Zeitschrift *Tumult* Ziel eines Angriffs, in der nächsten Nacht erneut der Verlag Antaios, bei dessen Messeveranstaltungen es auch wiederholt zu Störungen gekommen war. In der Charta 2017 von Susanne Dagen, die unter anderem von den Schriftstellern Uwe Tellkamp und Jörg Bernig, der früheren DDR-Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld, dem Historiker Jörg Friedrich und dem Publizisten Matthias Matussek unterstützt wird, heißt es: «Wenn ein Branchen-Dachverband (...) darüber befindet, was als Meinung innerhalb des Gesinnungskorridors akzeptiert wird und was nicht, wenn gar zu "aktiver Auseinandersetzung" mit missliebigen Verlagen unter Nennung ihrer Standnummer aufgerufen wird und diese dann im "Kampf gegen Rechts" beschädigt und ausgeräumt werden – dann ist unsere Gesellschaft nicht mehr weit von einer Gesinnungsdiktatur entfernt.» Der Aufruf endet mit dem Appell: «Wehret den Anfängen – für gelebte Meinungsfreiheit, für ein demokratisches Miteinander, für respektvolle Auseinandersetzungen!»

Jetzt auch?

Natürlich! Schon im Staatsbürgerunterricht haben wir doch gelernt: Eine revolutionäre Situation ist dadurch gekennzeichnet, dass die eine Seite nicht mehr kann und die andere Seite nicht mehr will.

Aber die Politik kann doch so weitermachen wie immer...

Das sehe ich nicht so. Schauen Sie sich die immer noch nicht abgeschlossene Regierungsbildung an. Oder beobachten Sie, wie sich der Wind leise dreht, was die Beurteilung der AfD anbelangt. Die Konsenspolitik, wie wir sie in den letzten Jahrzehnten kennengelernt haben, hat sich erledigt.

Wie stehen Sie zur AfD?

Ich habe natürlich AfD gewählt. Ich möchte den Stachel im Fleisch, ich möchte weg von der Konsenspolitik. Demokratie braucht Opposition. Das war aber auch eine inhaltliche Entscheidung. Ich habe mich ausführlich mit dem Programm der AfD beschäftigt und befürworte vor allem ihre Positionen zur Bildungs-, zur Familien- und zur Kulturpolitik. Ich bin eine Konservative, habe immer CDU gewählt, aber die CDU ist nicht mehr meine Partei.

«Die Konsenspolitik der letzten Jahrzehnte hat sich erledigt.»

Ungewöhnlich für eine Person im Kulturbetrieb, wo man sich gern als progressiv bezeichnet...

Das ist das Problem mit den Zuschreibungen. Man kann als Konservative durchaus auch progressiv sein. Konservativ bedeutet nicht, dem Alten verhaftet zu sein, sondern das Alte wertzuschätzen.



Engagieren Sie sich auch politisch?

Ich bin keine Parteimieze. Soll heißen: Ich unterstütze eine Partei gerne mit meiner Stimme, stehe aber nicht für Parteiveranstaltungen zur Verfügung. Das hat etwas mit meinem DDR-biografischen Hintergrund zu tun und bedeutet konkret, dass ich mich nicht instrumentalisieren lasse. Allerdings ist es so, dass ich auch als Kulturveranstalterin mittlerweile viel politischer agiere, als noch vor drei Jahren.

Auf dem goldenen Tablett

Sie haben die Charta als Petition ins Internet gestellt. Welche Erfahrung haben Sie mit dem Mittel der Online-Petition gemacht?

Durchwachsene. Ich habe mir mit OpenPetition die erstbeste Plattform ausgesucht, die Erklärung eingefügt und die Petition gestartet. Zunächst nahm die Zahl der Unterzeichner rasant zu, weil auch auf den Blogs von Vera Lengsfeld und Michael Klonovsky oder anderen Internetseiten darauf verwiesen wurde. Nach drei Tagen habe ich von dem Betreiber der Plattform mitgeteilt bekommen, dass im Text Tatsachenbehauptungen enthalten seien, die mit Quellen belegt werden müssten. Andernfalls werde die Petition gesperrt. Das habe ich dann nachgereicht. Trotzdem blieb der braune Balken, in dem auf angeblich noch fehlende Belege hingewiesen wurde, zunächst bestehen. Die Petition wurde auf meine Beschwerde hin dann zwar wieder freigeschaltet, dafür ist jetzt ein grauer Balken drauf.

Was bedeutet das?

Die Petition ist nicht mehr öffentlich gelistet, weil der Empfänger der Petition, also der Börsenverein, nicht «ermächtigt» sei, «in der Sache des Petitionsanliegens zu entscheiden».

OpenPetition gehört zum linken Compact-Netzwerk. Sie könnten auf eine andere Plattform ausweichen.

Das mache ich bewusst nicht, denn so bekommt jeder die Notwendigkeit unseres Anliegens ja nochmal auf einem goldenen Tablett präsentiert als einen weiteren Beleg für den Umgang mit Andersdenkenden.

Wie wollen Sie die Petition weiter verwerten?

Ich möchte im März auf der Leipziger Buchmesse die Petition an den Börsenverein übergeben – als symbolischen Akt. Inzwischen haben viele Unterzeichner weitere Ideen an mich herangetragen und beispielsweise vorgeschlagen, in Leipzig Veranstaltungen zum Thema durchzuführen. Darüber kann man nachdenken. Genügend Anlässe, um seine Stimme zu erheben, wird es ganz sicher auch weiterhin geben!

Frau Dagen, vielen Dank für das Gespräch. ■



Big Brother spricht chinesisch

— von Marc Dassen

Maos Erben haben einen hochmodernen Kontrollstaat errichtet, der Orwells Albträume weit übertrifft: Die flächendeckende Internet- und Videoüberwachung wird in einer zentralen Punktedatei à la Flensburg zusammengeführt, die die Kriminalisierung der Unangepassten ermöglicht.

Was haben die angeblich liberalen Vorzeigedemokratien des Westens mit den autoritären Staats-technokratien des Ostens in Sachen Zensur gemeinsam? Antwort: alles. Beide Systeme – das nominell kapitalistische und das vermeintlich sozialistische – haben aus ihrer Sicht völlig zu Recht echte Demokratie und Meinungsfreiheit als Endgegner ausgemacht. Da die politische Macht der heute herrschenden sogenannten Volksvertreter offenbar vor allem von freier Rede, einer freien Presse und tatsächlich freien Wahlen bedroht wird, tut man hüben wie drüben alles nur Mögliche, um die eigene Machtblase gegen solche schädlichen Einflüsse abzuschirmen.

So ähnlich die Absichten, so unterschiedlich die Verpackung: Während man im Westen – besonders in der BRD – aus historischen Gründen seine Probleme damit hat, offen und ehrlich von Überwachung zu sprechen und den Feldzug gegen Andersdenken deshalb notdürftig ins Kleidchen des «Kampfes gegen Rechts» hüllt oder im Falle der USA von einem notwendigen Übel im «Kampf gegen den Terror» faselt, können selbstbewusste Nationen wie

China Klartext reden. Dort wird bereits flächendeckend exekutiert, was auch in der westlichen Welt immer stärker forciert werden soll: der Aufbau eines technologisch gestützten Totalitarismus.

Das Regime braucht Ruhe

Freie Meinungsäußerung in China? Kein Problem, solange Sie mit den Konsequenzen leben können! Kritik an der Regierung? Gerne, solange Sie diese nicht öffentlich oder unter Klarnamen äußern – dann nämlich kann's brenzlig werden. So sieht die Lage derzeit in China aus. Suchmaschinen werden zensiert, missliebige Seiten abgeschaltet, Kritiker kriminalisiert.

Wie es im Reich der Mitte aussieht, beschrieb der kanadische Umweltwissenschaftler Vaclav Smil in seinem Buch *Made in the USA* schon 2013. Seinen Beobachtungen zufolge basiert das chinesische Modell auf der «Stabilität eines Polizeistaates», der eine «fügsame Arbeiterschaft bereitstellt», die sich «mit minimalen Arbeitnehmerrechten» abfinden muss.

Auch Massenaufmärsche gibt es noch – doch vor allem setzt Chinas Führung heute auf Gedanken- und Verhaltenskontrolle. Foto: picture alliance / Photoshot

China hat das erste digitale Kastensystem der Welt entwickelt.

Heiraten im Punktesystem



Einer der Köpfe hinter dem chinesischen Sozialkreditsystem durch Punktevergabe für angepasstes Verhalten ist Wirtschaftspraxisprofessor Zhang von Pekings Elite-Universität Bei Da. Dem *Deutschlandfunk* sagte er: «Es ist ein System für beide – für die Unternehmen und für die einzelnen Bürger. Nur ein Beispiel: Wenn ein junger Mensch heiraten möchte und die Eltern sich über den ausgesuchten Partner unklar sind, können sie dessen Punktestand im Sozialkredit-System erfragen.» (Zitiert nach *Bild Online*, 7.11.2017)

Die Handelsplattform Tmall gehört zum chinesischen IT-Giganten Alibaba. Foto: Andrey Solovjev / Shutterstock.com

Der Künstler Ai Weiwei (l.) ist, jedenfalls im Westen, der bekannteste Dissident Chinas. Foto: picture alliance / POP-EYE / Kriemann

Und damit dieses System stabil und das Proletariat fügsam bleiben, braucht es Druckmittel. In China wird zensiert und überwacht, nicht um vermeintlich Rechte oder Terroristen abzuschrecken, sondern um das reibungslose Brummen der Staatswirtschaft sicherzustellen. Das allsehende Schlitzauge kontrolliert vor allem, wer spürt und wer nicht, fördert die fleißigen Duckmäuser und bestraft die Quertreiber.

Punkt für Punkt: die IT-Diktatur

Nicht nur, dass die Regierung der Volksrepublik rigoros das Internet zensiert, seit über einem Jahr erprobt sie in einem landesweiten Pilotprojekt sogar ein «Sozialkreditpunktesystem», das Bürger auf ihre Regierungskonformität überprüft, Unterwürfigkeit und Fleiß belohnt, Kritik aber mit Reiseverbot, Kontosperrung oder sozialem Abstieg bestraft. Der *Deutschlandfunk* sprach Anfang September 2017 zu Recht von der Morgendämmerung der «IT-Diktatur». Der Teufel liegt in der Synchronisierung: «Bis 2020 sollen alle privaten und staatlichen Datenbanken in China miteinander verbunden sein.» Und wenn Wissen immer noch Macht ist, dann würde Chinas Regierung damit nahezu gottgleich.

Schon 2014 begann der große Feldversuch in der ostchinesischen Stadt Rongcheng. Dort steht eine Rechenzentrale, in der alle Daten zusammenlaufen und über Wohl und Wehe der 670.000 Einwohner entschieden wird. «Die Datenmenge, die der Staat über seine Bürger sammelt, ist riesig», berichtet der *Deutschlandfunk* in einem Artikel von September 2017 berichtet. Einer dieser Bürger ist Zhang Jian, ein 42-jähriger Mitarbeiter des Forstamtes. Er ist im September 2017 zu dem gigantischen Glasbau

gereist, um seinen «Sozialkredit-Punktestand zu erfragen». Zhang sagt: «Ich brauche eine Beurteilung für eine Beförderung – und dafür wiederum muss ich meinen Sozialkredit-Kontostand einholen.»

Dem fügt er einige Bemerkungen hinzu, die aufhorchen lassen: Wenn der Kontostand «nicht gut genug ist, werde ich auch nicht befördert. Aber ich mache mir da keine Sorgen. Ich achte auf mein Benehmen und mein Handeln. Ich sollte keine großen Abzüge haben.» Was zu tun und zu lassen ist, weiß der Beamte genau: «Wenn ich bei Rot über die Ampel fahre, geht's runter mit dem Kontostand. Wenn man sich in der Öffentlichkeit daneben benimmt, zum Beispiel in eine Schlägerei verwickelt ist, kommt man sofort auf die schwarze Liste.»

«Das ist mehr Orwell, als wir uns je vorstellen konnten.»

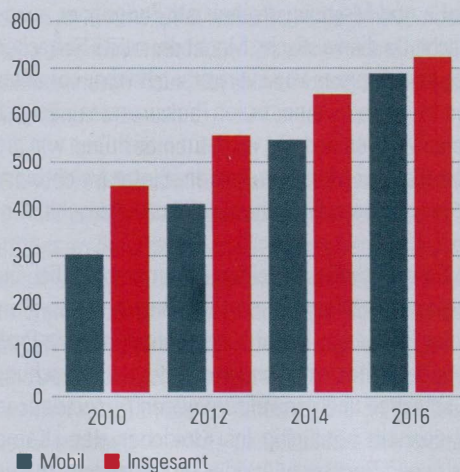
Regierungskritiker

Die Punkteskala reicht von AAA bis D. Wer sich im A-Segment bewegt, wird bei «Zulassungen für Schulen, bei sozialen Leistungen oder auch beim Abschluss von Versicherungen» bevorzugt behandelt, heißt es. Ist man aber in die C-Gruppe abgerutscht, wird man «regelmäßig kontrolliert» und bekommt «bestimmte Einschränkungen». Und wer «in der untersten Klasse D auftaucht, qualifiziert sich nicht mehr für Führungspositionen, bekommt bestimmte Leistungen gestrichen und verliert seine Kreditwürdigkeit». China hat damit das erste digi-



China im Cyperspace

Etwa die Hälfte aller Chinesen ist online. Angaben in Millionen.



Quellen: CNNIC, Statista

Grafik: COMPACT

tale Kastensystem der Welt entwickelt. Dass es ein Erfolgsmodell, vielleicht sogar ein Exportschlager wird, steht zu befürchten. 2020 soll das System auf das ganze Land ausgeweitet werden.

Ein weiteres Experimentierfeld hierfür ist die «neu geschaffene Verwaltungszone Xiongan nahe Peking», die laut einem Artikel auf *faz.net* von Ende November 2017 «unter direkter Kontrolle der chinesischen Zentralregierung steht und als persönliches Prestigeprojekt von Präsident Xi Jinping gilt». Die *Frankfurter Rundschau* schrieb zur Funktionsweise des Systems schon Mitte September 2016: «Die Daten, die die chinesischen Bürger (...) hinterlassen, will die chinesische Regierung nutzen, um ihre Macht zu festigen. Ihre Computer sollen künftig die Qualität jedes Einwohners zu einer einzigen Zahl destillieren: der Bürgerbewertung.» Ein Intellektueller aus Peking kommentierte: «Das ist mehr Orwell, als wir uns je vorstellen konnten.» Seinen Namen will der Mann übrigens nicht in der Zeitung lesen. Wir wissen, warum.

Sklaven der Maschine

Das Funktionieren dieses digitalen Albtraums soll durch die technische Überlegenheit der Volksrepublik erreicht werden. «China ist Supercomputer-Supermacht», erklärte *Spiegel Online* im November 2017. Mit insgesamt 201 Mega-Rechenanlagen führt das Land mit weitem Abstand die Weltstatistik an. Sein ganzer Stolz ist die Anlage Sunway Taihu-Light in der Nähe von Schanghai mit einer Leistung von 93 Petaflops, was 93 Milliarden Rechenoperationen pro Sekunde entspricht. Offiziell dienen solche Computer rein wissenschaftlichen Zwecken. Doch nimmt man die Pläne der Regierung ernst, bis 2020 die bislang knapp 180 Millionen Überwachungskameras des Landes auf rund 600 Millionen aufzustocken, werden solche Computer auch zu deren Auswertung dringend nötig werden: Wer seine Bürger für das Überqueren einer roten Ampel oder Wildpinkeln im Park mit Punktabzug bestrafen will, muss die lückenlose Datenerfassung sicherstellen. Seit 2015 arbeiten die Behörden daher auch daran, die Kameras zur Gesichtserkennung aufzurüsten und dafür auf die physiognomischen Daten der rund 1,3 Milliarden Bürger zurückzugreifen. Lieferant der nötigen Software ist der Internetgigant Baidu – das chinesische Pendant zu Google.

Schon vor etwa zehn Jahren begann Chinas Regierung damit, den Bürgern sogenannte RFID-Ausweise aufzudrücken, die neben dem Namen auch biometrische und biographische Informationen speichern und mithilfe einer Antenne jederzeit und überall auslesbar sind. 150 Millionen Wanderarbeiter, die damals vom Land in die Städte zogen, wurden zwangsweise mit den neuen Chipkarten ausgestat-



tet. «Wenn sie sich die Ausweise nicht holen, dürfen sie hier nicht leben und keine Leistungen der Regierung beziehen», zitierte die *New York Times* den Vizepräsidenten der Kartenherstellerfirma im August 2007. «So kann die Regierung die Bevölkerung in Zukunft kontrollieren.»

Chinas Staatsmacht ist nicht für Zurückhaltung bekannt. Foto: picture alliance / dpa

Das chinesische WhatsApp soll die Ausweise ersetzen.

Den nächsten, leisen Schritt in Richtung totaler Überwachung unternahm China kurz vor Jahreswechsel. Da teilten die Behörden des Bezirks Nansha mit, dass das größte soziale Netzwerk namens WeChat – vergleichbar mit WhatsApp bei uns – zu einem offiziellen Personenidentifizierungssystem ausgebaut werden soll. Die auf den Mobiltelefonen der Nutzer gespeicherten biometrischen Daten sollen direkt in staatliche Hände gelangen und den normalen Ausweis schon bald ersetzen. Zugang zu Sozialleistungen, Flughäfen oder Kundenkonten bekommt der gläserne Chinese also in Zukunft wohl nur noch per Smartphone – vorausgesetzt, der Akku hält und das Punktekonto stimmt... ■



Die Macht des Netzes: Darstellung der regionalen Nutzung des «Internets der Dinge» in China. Foto: zhangjin_net / Shutterstock.com



Jürgen Elsässer
Chefredakteur
COMPACT-Magazin

An alle Freiheitskämpfer!

Ein Appell von Jürgen Elsässer

Wie viel ist Ihnen Meinungsfreiheit wert?

Liebe Leser,

Im Januar 2018

die Wahrheit ist nicht umsonst. Manchen kostet sie das Leben. Noch ist es in Deutschland nicht so weit, aber der Spielraum für ehrlichen Journalismus in Zeiten der Lüge wird immer enger: Die Anwälte des Regimes überziehen uns mit Prozessen, das von oben kontrollierte Internet stranguliert die Reichweite unserer Informationen, gewalttätige Linksextremisten bedrohen die Besucher unserer Veranstaltungen – und marschieren vor unseren Häusern auf.

Aber COMPACT lässt sich nicht einschüchtern. Wir verteidigen die Meinungsfreiheit, kämpfen mit offenem Visier und halten unseren Kopf hin. Statt ängstlicher Defensive bevorzugen wir die souveräne Offensive: Ein wöchentliches TV-Format ist bereits angelaufen, ein Online-Abonnement und eine App stehen auf dem Plan. Dazu kommt die Buchmesse in Leipzig mit hohen Kosten, auch zur Eigensicherung.

Um all dies stemmen zu können, bitte ich Sie um Ihre Unterstützung im Kampf für die Meinungsfreiheit. Damit wir auch morgen trotz der Maas-Gesetze noch drucken und verbreiten können, was andere nicht schreiben dürfen!

Nur gemeinsam sind wir stark.

Herzlich, Ihr

Jürgen Elsässer
Chefredakteur

Neben dem regulären Abonnement für COMPACT-Magazin und COMPACT-Spezial zeige ich Ihnen hier gerne weitere Möglichkeiten der Unterstützung:

Das Förderabo

Schließen Sie ein Förderabo ab! Den Jahresbeitrag können Sie ab 100 Euro frei wählen. Das Formular finden Sie unter compact-abo.de. Falls Sie schon Abonnent sind und zum Förderabo aufstocken wollen, schicken Sie bitte unter Angabe Ihrer Kundennummer eine formlose Mail an: verlag@compact-mail.de

Der Gold-Club

Werden Sie Mitglied im Gold-Club von COMPACT! Für 500 Euro im Jahr bekommen Sie automatisch all unsere Print-Produkte frei Haus. Sie genießen freien Eintritt zu allen Veranstaltungen und unseren großen Jahreskonferenzen – inklusive Abendessen mit der Redaktion und meiner Wenigkeit: club.compact-online.de

Das diskrete Investment

Werden Sie atypisch stiller Gesellschafter bei COMPACT! Investments ab 10.000 Euro. Sie erhalten jährlich Gewinn- oder Verlustzuschreibungen und bleiben anonym. Gewinne können zur Auszahlung kommen, Verluste lassen sich von der Steuer absetzen. Dabei bleibt Ihre Einlage risikofrei, denn als stiller Gesellschafter müssen Sie nie Kapital nachschießen. Schreiben Sie uns formlos unter verlag@compact-mail.de

Das Leyen-Spiel

von Florian Zumwinkel

Landesverteidigung und Wehrhaftigkeit, das war gestern. Unter Ministerin Ursula von der Leyen wurde die Bundeswehr heruntergewirtschaftet, übrig geblieben ist die Karikatur einer Armee. Erfahrungsbericht eines Soldaten.

Antreten zum Appell: Wir Feldjäger stehen in der Kaserne vor unserem Kompaniegebäude. Der Spieß, ein strammer Kerl der alten Schule, hält eine kurze Ansprache, ehe er mit lockerem Gruß an den Kompaniechef übergibt. Der junge, just zum Major beförderte Mann mit dunklem Bart ist mir und den meisten anderen eine beinahe fremde Person. Nur selten hat man diesen Offizier zu Gesicht bekommen, der eigentlich unser Anführer sein sollte, denn die meiste Zeit verbringt er hinter verschlossener Tür und vergräbt sich am Bürotisch. An seiner Stelle stehen de facto die Zugführer an der Spitze unserer Einheit, die emsig dem Spieß zuarbeiten und so garantieren, dass der traurige Rest der Truppe wenigstens dienstbereit bleiben kann. Eigentlich soll es in einer Kompanie mindestens 60 und maximal 300 Soldaten geben. Doch die Realität sieht so aus, dass kaum der Sollzustand von 60 Mann erreicht

wird, und von diesen nur etwa 40 anwesend sind. Der Rest befindet sich auf Lehrgang, ist im Urlaub oder im Auslandseinsatz.

Bei der Ansprache wird nochmals deutlich, dass der Kompaniechef kein gutes Verhältnis zu seinen Soldaten pflegt und bedauerlicherweise auch kein Interesse daran hat. Für ihn, das merkte man schon in den Monaten vorher, war sein Dienst bei uns Feldjägern nur ein Etappenschritt auf dem Weg zu Höherem – zu dem er dann auch kurz nach meinem eigenen Abgang berufen wurde. Der innere Kern der Truppe, wenn dieser überhaupt vorhanden war, formte sich um einen Hauptmann C., der dem Kompaniechef unterstellt war, aber von seiner Wesensart und Sprache keinen Zweifel daran ließ, dass er nah bei uns Männern war und aus den Reihen der Feldweibel in die Offizierslaufbahn gewechselt hat.

Im Ernstfall könnten sich die 40 Soldaten nicht verteidigen.

Wegen des maroden Zustands ihrer Hubschrauber lässt die Bundeswehr ihre Piloten mittlerweile in Maschinen des ADAC ausbilden.

Foto: picture alliance / Britta Pedersen/dpa





Gesundheit, Frauen, Arbeit und seit 2013 Verteidigung: Ursula von der Leyen springt als Landes- und Bundesministerin seit 2003 von Ressort zu Ressort. Foto: Bundeswehr/Dana Kazda



Ursula von der Leyen war im März 2014 auf dem COMPACT-Cover. Foto: COMPACT

Beim Aufnehmen zerbröselte ein Gummiknüppel in meiner Hand.

An ihm orientierte man sich, ihm vertraute man. Dieses Vertrauen konnte jedoch nicht darüber hinwegtrösten, wie desaströs der Zustand unserer Streitkräfte war und auch heute, vier Jahre später, nach Berichten von Kameraden immer noch ist.

Waffen? Nur für Kurden!

Selbst die 40 Soldaten, die mehr oder minder jeden Tag oder zumindest einmal in der Woche ihren Dienst leisteten, waren nicht ausreichend ausgerüstet, um ihren eigentlichen Kernauftrag, die Landesverteidigung, auszuführen. Es gab in unserem Waffenschrank nicht genügend G36 für alle Soldaten. Tatsächlich gab es mehrheitlich nur Pistolen und ein paar Maschinenpistolen, und die Gewehre lagerten in einem ganz anderen Gebäude, das ich am Anfang meiner Dienstzeit kennenlernen sollte: Damals begleitete ich einen Stabsunteroffizier an meinem ersten Tag nach der Grundausbildung zur Waffenkammer der Schwesterkompanie. Dort fingen die Probleme bereits an, noch bevor wir überhaupt hineinkamen: Die elektronische Sicherung des Depots reagierte nicht, und es dauerte gut eine Viertelstunde, ehe der Stufz den Zugang möglich machen konnte. Man stelle sich vor, dass dies ein Notfall gewesen wäre: Feindliche Kräfte sind im Begriff die Kaserne zu stürmen und haben die Wache überwältigt; die Kompanie muss sich schnell bewaffnen und scheitert bereits an der Türsicherung. 15 Minuten entscheiden dann darüber, ob 40 Soldaten überleben – oder erschossen werden.

Als wir endlich im Depot waren, wurde mir trocken erklärt, dass nicht jeder Soldat eine eigene Waffe habe, was hier selbstverständlich sei. Stattdessen teile man sich die Ausrüstung und müsse sich, da andere Abhilfe nicht möglich sei, mit den

Uschis Afrikakorps

Auslandseinsätze der Bundeswehr (Stand 2017)



Quellen: Bundeswehr

Grafik: COMPACT

übrigen Nutzern absprechen. Das hieß für mich, dass ich die geschossenen G36 reinigen durfte, welche just vorher von der Stabskompanie auf einer Übung benutzt worden waren. Man erinnere sich bitte daran, dass Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen mindestens 8.000 G36 an die Kurden im Nahen Osten geliefert hat – Waffen, die hier im Lande ganz offensichtlich fehlen, sollte der Verteidigungsfall ausgerufen werden: Manch einer hätte dann nur eine Pistole, ein anderer nur eine MP und wieder andere gar kein Schießgerät... Es sollen wohl irgendwo noch Waffen gelagert sein, auf die man aber keinen Zugriff habe, sagen die Kameraden.

Schimmel an der Heimatfront

Ein paar Wochen später begleitete ich meinen Stabsfeldwebel in eine andere Kammer, wo unter anderem die Ausrüstung der Crowd-&-Riot-Control (CRC, Aufstandsbekämpfung) lag. Sofort schlug uns beißender Schimmelgeruch in Nase und Augen: Schnell wurde klar, dass der Schimmel auch die Pistolenholster erfasst hatte, die dort langsam verrotteten. Beim Aufnehmen eines Gummiknüppels zerbröselte dieser noch in meiner Hand und löste sich in grobe Körner auf. An den Schilden fehlten die Riemen. Auf den ersten Blick war offensichtlich, dass man mit dem gelagerten Bestand niemals einen ganzen Zug mit kompletter und funktionstüchtiger CRC-Ausrüstung hätte ausstatten können. Später erklärte mir mein Hauptmann mit einem Lächeln, dass das «Leihen» von Material gang und gäbe sei. Und tatsächlich verbrachte Hauptmann C. einen guten Teil seines Dienstes damit, von A nach B zu telefonieren und Gefälligkeiten von alten Kameraden zu erbitten, damit wir wenigstens ein Schulschießen oder eine bestimmte Übung abhalten konnten. Dass diese Armee jährlich mehrere tausend

Soldaten in den Auslandseinsatz schickt, erscheint absurd, wenn an der Heimatfront so sehr gespart wird, dass nicht einmal Kernauftrag und Regelbetrieb gewährleistet sind.

Am ganz unteren Ende dieser Versorgungsdurstrecke stehen die Männer der Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskompanien (RSU). Sie sind die Nachfolger der Heimatschutzbataillone aus den grauen Vorzeiten der Bundeswehr, die lokal bestens vernetzt waren, ihren eigens zugeteilten Verteidigungsraum hatten und sich aus Männern zusammensetzten, die in der näheren Umgebung wohnten und als Reservisten im Notfall binnen weniger Tage hätten mobilisiert werden können. Diese Truppe hatte ihr eigenes Kriegsgerät, war größtenteils motorisiert – und alle Männer hatten ihre Waffen. Diese Bataillone wurden 2007 aufgelöst. Fünf Jahre später hat die Führung erkannt, dass der Heimatschutz in diesen Zeiten vielleicht doch eine gute Idee sein könnte – und die RSU wurden gegründet. Sie sollen überall eingreifen, wo die Bundeswehr temporären Bedarf an personeller Unterstützung braucht, etwa im Spannungsfall zur Sicherung des rückwärtigen Raums. Soweit die Theorie.

Für die Truppenverlegung müssen zivile Busse angefordert werden.

Die Praxis sieht anders aus: 2015/16 mussten sich die Berliner Reservisten der RSU in der Ausrüstungskammer des Wachbataillons bedienen, um überhaupt ihre Schießübungen durchführen zu können. Eigene Waffen besaßen diese Reservisten nicht und hätten sie im Notfall auch nicht bekommen können, da diese natürlich beim Wachbataillon

verblieben wären. Das heißt also, dass beim Eintritt akuter Gefahr die RSU – zumindest in ihrem Zustand von vor zwei Jahren – quasi nutzlos gewesen wäre...

Besenstiele an der Ostfront

Als Soldat kommt man schon ins Grübeln, wenn an der östlichen Flanke der NATO mit der russischen Landstreitmacht gestritten wird, obwohl die eigene Armee in einem derart maroden Zustand ist. Berichte von Manövern im Baltikum, bei denen die Bundeswehr die Panzer mit Besenstielen präparieren musste, erscheinen nicht ganz so unglaublich, wenn man selbst auf Übungen war, die am logistischen Limit der Streitkräfte kratzten. Der Lwan muss sich vor dieser Armee vermutlich nicht fürchten, da das Trainingsschießen bereits nach wenigen Stunden wegen Munitionsmangels beendet werden musste und regelmäßig Busse angefordert wurden, weil die Kompanie selbst nicht genügend Fahrzeuge hatte, um alle Soldaten zu transportieren. Wie einsatzbereit wären wir im Ernstfall, wenn wir für die Truppenverlegung erst einen zivilen Busfahrer anrufen müssten? Würde der in seinem ungepanzten Fahrzeug überhaupt kommen, wenn geschossen wird?

Hauptmann C. hat die Bundeswehr übrigens noch vor Ende meiner Dienstzeit verlassen. Ein Abschied, der vermutlich allen Kameraden sehr naheliegt und ein echter Verlust für die ganze Kompanie war. Auch Wencke Sarrach, eine Soldatin des Wachbataillons, ist weg: Sie wurde darüber in Kenntnis gesetzt, dass man ihren freiwilligen Dienst als Hauptmann der Reserve nicht mehr benötige. Wie das, wo doch die Bundeswehr händeringend Leute sucht? Frau Sarrach hatte im Juli 2017 den Fehler gemacht, sich in einem Beitrag in der *Welt* kritisch gegenüber der Ministerin zu äußern. Solche Soldaten will die Bundeswehr nicht. ■

Protest gegen die Hexenjagd



Aus dem Offenen Brief von Hauptmann Wencke Sarrach an Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen:

«Anstatt wie im Traditionserlass [der Bundeswehr] beschrieben vorzugehen und eine wertorientierte Auseinandersetzung mit der Wehrmacht anzustoßen, wird eine Debatte von unserer Verteidigungsministerin bereits im Keim erstickt. Oder sind Kasernenrazien eine kritische Auseinandersetzung mit unserer Geschichte? Dass Wehrmacht und Nationalsozialismus nicht dasselbe sind, scheint auch nicht wichtig zu sein.

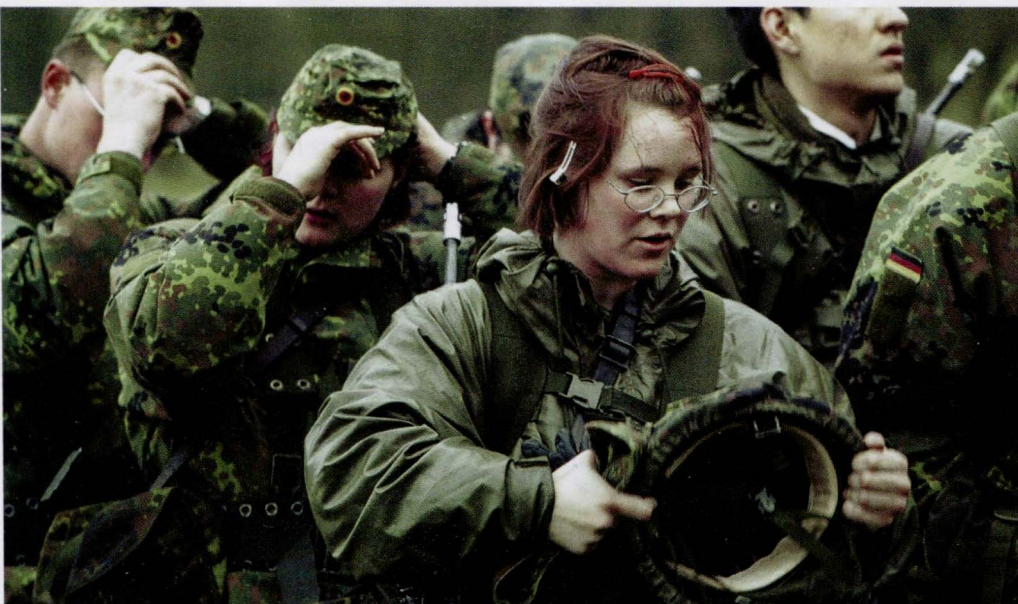
Dass die Bundeswehr von ehemaligen Wehrmachtsoldaten gegründet wurde, dass der Widerstand gegen den Nationalsozialismus aus den Reihen der Wehrmacht kam, scheint keine Rolle zu spielen, wenn die weiße Weste der Ministerin schmutzig zu werden droht.

Lieber wieder einen General entlassen oder gegen einen Offizier ermitteln, statt selbst die Verantwortung zu übernehmen. Die Frage ist: Was kommt als nächstes? Die öffentliche Verbrennung des Liederbuchs der Bundeswehr?» (*Welt*, 6.7.2017)

Wencke Sarrach. Foto: Screenshot Youtube

Das große Gendern gehört zu den Lieblingsprojekten der Ministerin. Foto: picture alliance / Ulrich Baumgarten

Florian Zumwinkel lebt in der Nähe von Berlin und ist Soldat in der Offizierlaufbahn der Reserve.





Merkels Ancien Régime

– von Gerd Held

Der Stern der Kanzlerin sinkt, die politische Klasse reagiert ratlos und alternativlos. Immer deutlicher wird, wie sehr die Regierenden in einer Scheinwelt gefangen sind. Das legt historische Vergleiche nahe.

Der Sturm auf die Bastille am 14. Juli 1789 wurde zum Symbol für die Französische Revolution.

Foto: picture-alliance / akg-images

Angela Merkel als Marie Antoinette – das trifft es nicht.

Dr. Gerd Held war Privatdozent im Bereich der Stadt- und Regionalplanung an der TU Dortmund und an der TU Berlin. In COMPACT 10/2017 schrieb er ein Plädoyer für den Flughafen Tegel.

Deutschland braucht nicht nur eine stabile Regierung, sondern auch eine Stabilisierung des Landes. Doch das regierende Parteienspektrum ist nicht fähig, den Ernst der historischen Lage zu erfassen. In dieser Situation kann einem ein Stichwort in den Sinn kommen: «Versailles». Nicht das Versailles des 17. Jahrhunderts, das die Kraftlinien der französischen Nation bündelte, sondern das Versailles des ausgehenden 18. Jahrhunderts, das die Veränderungen im Lande und in der Welt nicht mehr wahrnahm. Es gibt ein Buch, das in wunderbar anschaulicher Weise schildert, wie die höfische Gesellschaft in Versailles diese Realitäten auf eine geradezu bizarre Weise verkannte und deshalb politisch versagte: Stefan Zweigs *Marie Antoinette* – kein wissenschaftliches Buch, sondern eine literarische Biographie, die aber sehr sorgfältig und mit einem Blick fürs Detail recherchiert ist. Zweig geht es weder um eine große Anklage noch um eine große Entschuldigung des Ancien Régime, er zeigt vielmehr, wie den Hauptakteuren das Milieu, das sie für «die Gesellschaft» halten, und der Ort, den sie für «die Welt» halten, zur Falle wird. «Gelangweilt und verständnislos stehen sie alle vor der mächtig anströmenden Zeit», heißt es an einer Stelle. Vielleicht könnte man vom Versailles-Syndrom sprechen.

In dem Buch finden sich auch jene bizarren Tagebucheinträge des Königs vom Juli 1789, in denen diese Blindheit eines ganzen Herrschaftssystems zum Ausdruck kommt. Zweig schreibt: «Die nächsten Tage sind in unvergänglicher Schrift in die Weltgeschichte eingemeißelt; freilich, in einem einzigen Buch darf man sie nicht nachzulesen versuchen, nämlich in dem handschriftlichen Tagebuch des unselig ahnungslosen Königs. Dort steht am 11. Juli nur: «Nichts. Abreise des Herrn Necker», und am 14. Juli, dem Tag des Bastille-Sturms, der seine Macht endgültig zertrümmert, abermals dasselbe tragische Wort «Rien» (Nichts) – das heißt: keine Jagd an diesem Tage, kein erlegter Hirsch, also kein bedeutendes Ereignis.»

Stefan Zweigs *Marie Antoinette* – er schrieb das Buch 1932 – kann für den heutigen Leser ein doppelter Gewinn sein. Es kann uns, und schon das ist wertvoll, hineinversetzen in die damaligen Ereignisse; und zugleich kann es auch den Blick für unsere heutige Situation schärfen. Beim Lesen ist man an etlichen Textstellen geneigt, «genau wie heute» zu murmeln. Allerdings kann das historische Vergleichen auch leicht fehlgehen. Angela Merkel als Marie Antoinette – das trifft es nicht. Ein Vergleich bietet sich in einem allgemeineren Sinn an: Ein regierendes Milieu, das sich für die Mitte der Welt hält, isoliert sich und nimmt nicht wahr, dass die Kraftlinien der Geschichte woanders verlaufen.

Der Bluff der «Aufbrüche»

Doch was ist die geschichtliche Alternative? Unter welchem Oberbegriff müsste sich eine Koalition formieren, die der realen Lage Deutschlands gerecht würde? Dieser Oberbegriff müsste meines Erachtens der der «Konsolidierung» sein. Unter diesem Oberbegriff lassen sich die meisten praktischen und dringlichen Aufgaben fassen: Sanierung der Staatsfinanzen durch Abbau der Überschuldung; Sicherung des Industriestandorts Deutschland; Befestigung der Grenzen gegen den zunehmenden Druck willkürlicher Massenmigration; Wiederherstellung des deutschen Energiemixes; Sicherung eines ordnungsgemäßen Schulbetriebs mit festem Bildungskanon, leistungsgerechten Noten und Schulstufen; Einrichtung eines wirksamen Schutzes des öffentlichen Raumes gegen Gewalt; Wahrung der Errungenschaften unseres Grundgesetzes wie zum Beispiel der Trennung von Kirche und Staat. Konsolidierung ist auch vielfach im Nahraum der Arbeitswelt und des Privatlebens gefragt – wie viele Menschen im Lande sind jeden Morgen vor allem mit der Sorge beschäftigt, dass ihre Mannschaft überhaupt halbwegs vollständig und pünktlich an Deck ist!

Es ist egal, ob wir Minderheitsregierung, Neuwahlen oder die nächste GroKo bekommen.

Aber ist Konsolidierung nicht langweilig? Wäre eine solche politische Agenda nicht eine Agenda ohne Ehrgeiz? Ganz im Gegenteil. Denn an diesen Stellen laufen heute die wirklich harten Auseinandersetzungen. Die Beschwörung einer «ganz anderen» Zukunft ist billig. Wir sind in einer historischen Situation, wo die am härtesten umkämpfte Front dort verläuft, wo es darum geht, das Niveau zu halten und unsere Errungenschaften zu wahren. Diese Aufgabe der Selbstbehauptung gilt auch für die Außenbeziehungen unseres Landes: In einer zunehmend pluralistischen Welt, in der sich die Macht auf mehr Akteure verteilt hat, geht es nicht darum, unter neuen Vorzeichen noch einmal mit der alten Führungsrolle Europas zu liebäugeln. Es geht darum, unseren Platz in einem unwiderruflich vergrößerten Kreis entwickelter Länder zu behaupten. Die Idee von einer neuen «Führungsrolle in der Welt», die ja in der Globalisierungs-Idee immer mitschwingt, ist eine Idee von gestern. Sie ist das Ancien Régime unserer Tage. Europa hat nun definitiv mit einer Welt zu tun, die viel größer ist als es selbst. Da ist sie, die «mächtig anströmende Zeit» (Zweig) unserer Tage.

«Stabile Regierung»?

Nach der Jamaika-Pleite wurde in Windeseile landauf, landab erklärt, nun sei die Bildung einer «stabilen Regierung» das Gebot der Stunde. Niemand dürfe sich diesem Gebot entziehen. Kein neues «Nein» wäre hier zu dulden. Mitmachen wäre nun die erste Bürger- und Parteienpflicht. Damit hatte man das Problem auf die Frage verkürzt, welche Konstellation von Politikern und Parteien die richtige sei. Eine Minderheitsregierung, eine Große Koalition, eine zweite Jamaika-Versuch oder vielleicht Neuwahlen? Im Handumdrehen hatten die Experten für Regierungsbildung das Feld besetzt. Von der Stabilität des Landes war nicht mehr die Rede. Um die Was-Frage zu vermeiden, warf man sich begeistert auf die Wer-Frage. Als ob es irgendeine geheime Logik gäbe, nach der eine bestimmte Mehrheits-Minderheits-Komposition der Regierung automatisch die Stabilisierung des Landes im Gepäck hätte.

Solange nicht geklärt ist, was denn das regierende Paradigma des politischen Handelns in der gegenwärtigen Situation sein soll, ist es völlig egal, ob wir Minderheitsregierung, Neuwahlen oder die nächste GroKo bekommen. Umgekehrt wären dann, wenn die Gesamtaufgabe «Konsolidierung» sich durchsetzen würde, viele Regierungs-Konstellationen denkbar. Denn es wäre ja kein parteipolitisches Thema, auf das nur eine Partei ein Monopol beanspruchen könnte. Die Konsolidierung des Landes wäre eine neue Gesamtorientierung der Politik und könnte einen neuen Wettbewerb unter den Parteien um die beste Lösung anstoßen.

Aber solange die Frage der Gesamtorientierung nicht geklärt ist, bleibt das Parteiensystem im Ancien Régime des Merkelismus gefangen. Und die Kräfte des Landes werden in Merkels letztem Angebot noch weiter verheizt werden. ■

Nachruf auf Jamaika

Der «Jamaika-Plan» der schon arg gerupften Kanzlerin versuchte noch einmal in extremis, die Macht der Merkel-Mitte auszureizen. Die schwarz-grün-gelbe Koalition sollte ein Unternehmen mit allen möglichen Projekten sein, für deren Gemeinsamkeit nur der Nonsens-Satz «Wir schaffen aus den Gegensätzen etwas ganz Neues» gefunden wurde. Das war eine ähnlich fromme Glaubensformel wie das Wort von der «ganz neuen Erzählung», die Europa brauche. Keine realhistorische Entwicklung legte diese Koalition nahe und gab ihr Kraft. Die Politik-Fiktion namens «Jamaika» brachte nur das Fremden mit der eigenen Nation auf den Begriff. Die Fiktion ist auch in einem Symbol anschaulich geworden: dem Balkon des Reichspräsidenten-Palais in Berlin. Das war die freischwebende Bühne, auf der wochenlang die Eitelkeiten Winke-Winke machten, während die zunehmende Verwahrlosung des Landes und seiner Hauptstadt schon unübersehbar wurde. (G. H.)

Jetzt macht sie es eben mit Horst und Martin: Angela Merkel klebt seit 2005 am Kanzlersessel. Foto: picture alliance / ZUMAPRESS.com



1000 Jahre deutsche Geschichte

Jetzt kann man COMPACT-Geschichte endlich auch abonnieren!

Nach «1000 Jahre Deutsches Reich» und «Deutsche Helden» folgen im März «Mythisches Deutschland» und im Juni «Der Krieg, der viele Väter hatte».



*versandkostenfrei nur im Inland, alle Preise incl. MwSt

Einzelhefte 8,80 Euro plus Versand.

3er-Abo 26,40 Euro versandkostenfrei*

Bestellung unter shop@compact-mail.de · Tel: 03327-569 86 11 · compact-shop.de



Die Frau, die sich traut

von Sven Reuth

Die neue österreichische Außenministerin Karin Kneissl dürfte die außergewöhnlichste Politikerin im Kreis ihrer europäischen Amtskollegen sein. Die konservative Rebellin, die den Nahen Osten so gut kennt wie einst wohl nur Peter Scholl-Latour, hat schon auf anderen Feldern ihre Expertise unter Beweis gestellt.

Wer von Wien aus nach Süden in das Bundesland Niederösterreich fährt, wo die ersten Ausläufer der Pannonischen Tiefebene beginnen, der kommt durch eine liebliche, hügelige Landschaft, in der einige der besten Rotweine unserer alpinen Nachbarn gedeihen. Kurz vor der Grenze zum Burgenland liegt die kleine Gemeinde Seibersdorf, in der sich Karin Kneissl ihr persönliches Refugium geschaffen hat. Auf einem kleinen Bauernhof lebt sie mit mehr als 20 Tieren. Die Kinder aus der Nachbarschaft kommen gerne zum Ponyreiten vorbei und freuen sich über die zwei Boxer, die aus dem Tierheim stammen und auf dem Gehöft ein neues Zuhause gefunden haben.

Die Hausherrin mistet den Stall täglich selbst aus – wenn sie sich nicht gerade im Ausland befindet, wo sie besonders häufig die Krisengebiete des Nahen Ostens bereist oder Fernsehsendern Interviews gibt. Kaum zu glauben, dass sie daneben auch noch Zeit fand, fast ein Dutzend Bücher zu schreiben. Es ist gar nicht so einfach, die neue Außenministerin Österreichs zu charakterisieren: Sie arbeitete schon

als Diplomatin, Journalistin, Völkerrechtlerin, Hochschullehrerin und Buchautorin. Sie ist weltgewandt und heimatverbunden zugleich.

Im Reich König Husseins

Mit dieser Personalie ist dem FPÖ-Vorsitzenden und neuen Vizekanzler Heinz-Christian Strache ein echter Coup gelungen, denn die parteilose Kneissl ist auf Vorschlag der Freiheitlichen in die neue Bundesregierung eingetreten. Es war ein Angebot, das Sebastian Kurz, der neue starke Mann in der Alpenrepublik, nicht ablehnen konnte. Selbst der *Falter*, das Leib- und Magenblatt der Wiener Linksschickeria, sprach von einem «klugen Schachzug», da die «polyglotte Publizistin» sich in den letzten Jahren «zu einer der wenigen rechten Intellektuellen des Landes entwickelt» habe.

Schon ihr Lebenslauf prädestiniert die neue Amtsinhaberin für die Aufgaben, die nun vor ihr liegen. Teile ihrer Kindheit und Jugend verbrachte die 1965 in Wien Geborene in der jordanischen Haupt-

Karin Kneissl am 18. Dezember 2017 an ihrem neuen Arbeitsplatz. Foto: Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, CC BY 2.0, Wikimedia Commons

«Eine der wenigen rechten Intellektuellen des Landes.» Der «Falter»



Gerade einmal 10.000 Menschen brachte ein sogenanntes breites Bündnis am 13. Januar in Wien gegen die neue Koalition auf die Straße. Foto: picture alliance / Jeff Mangione / KURIER / picturedesk.com

stadt Amman, da ihr Vater zeitweise als Pilot für König Hussein tätig war, der das Haschemiten-Reich 47 Jahre lang regierte. Kneissl senior half dem berühmten Monarchen dabei, die bis heute bestehende Fluggesellschaft Royal Jordanian aufzubauen – und seine Tochter lernte hier Arabisch, das sie bis heute, neben sechs weiteren Sprachen, fließend spricht.

Gerne erzählt sie, wie sie 2015, im Jahr der großen Völkerwanderung, in der Wiener U-Bahn Dialoge von Zuwanderern mitbekam, die völlig verblüfft waren, wenn ihnen eine blonde Frau akzentfrei in ihrer Muttersprache Antworten geben konnte. Eine enge Bindung hat sie auch zum Libanon, wo sie an mehreren Hochschulen Lehraufträge wahrnahm. Während ihres Studiums und ihrer Dissertation zu Fragen des Völkerrechts lebte und arbeitete sie unter anderem in Jerusalem, Washington und Paris, wo sie eine Ausbildung an der französischen Elitekaderschmiede ENA absolvierte. Die erste berufliche Station war ab 1990 das Auswärtige Amt in Wien, in das sie jetzt als Chefin zurückgekehrt ist.

Entdeckt wurde sie von einer legendären Persönlichkeit der österreichischen Nachkriegspolitik, dem ÖVP-Politiker und damaligen Außenminister Alois Mock. Dieser hatte im Juni 1989 mit seinem magyrischen Amtskollegen Gyula Horn an der ös-

terreichisch-ungarischen Grenze in einer medienwirksamen Aktion den Stacheldraht des Eisernen Vorhangs durchtrennt – diese Aktion gilt bis heute als der Anfang vom Ende des Ostblocks. Kneissl schien mit ihrem Lebenslauf gut in die Mannschaft des umtriebigen Christdemokraten zu passen und fand auch schnell Verwendung im Völkerrechtsbüro und dem Kabinett des Außenministers wie auch auf diplomatischen Posten in Paris und Madrid. Doch wer hier den Anfang einer vorgezeichnet erscheinenden steilen politischen Karriere erkannt haben wollte, der irrte.

Testosteron und Politik

Bis heute halten sich hartnäckig Gerüchte, dass eine einflussreiche ministeriumsinterne Kamarilla aus Mitgliedern katholischer Studentenverbindungen einen weiteren Aufstieg Kneissls innerhalb des Auswärtigen Amts hintertrieben haben soll. Die resolute Wienerin quittierte im Jahr 1998 jedenfalls den Dienst, um sich nun ganz ihren publizistischen und wissenschaftlichen Neigungen zuzuwenden. Im deutschsprachigen Raum arbeitete sie als Korrespondentin verschiedener Zeitungen wie der *Welt* und der *Neuen Zürcher Zeitung*. Auffällig war schon damals, dass sie im Gegensatz zu fast allen ihren Kollegen nicht in die wohlfeilen Verdammungsorgien gegen Jörg Haider einstimmt, der damals kurz davor war, seine FPÖ wieder zurück in eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene zu führen. In einem Porträt des damaligen Kärntner Landeshauptmanns, das im Oktober 1999 in der *Welt* erschien, nannte sie Haider «das größte politische Talent auf Österreichs mit Talenten nicht eben reichlich bestückter Bühne», der nicht Unrecht habe, wenn er von seiner Partei behaupte: «Wir sind die besseren Sozialdemokraten.»

«Das größte politische Talent auf Österreichs Bühne.»

Kneissl über Haider, 1999

Ihre hervorragenden Kontakte in den Nahen Osten nutzte sie, um sich eine Existenz als Energieanalystin aufzubauen. Wer sich über die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) informieren möchte, kommt an ihrer Expertise nicht vorbei – kein Wunder, schließlich hat das Kartell, das trotz seines Bedeutungsverlusts immer noch zu den mächtigsten Wirtschaftsverbänden der Welt zählt, seinen Sitz in Wien. Ihr im Jahr 2006 erschienen Buch *Der Energiepoker* gilt als wichtiges Grundlagenwerk für Entscheidungsträger und Führungskräfte in dieser Schlüsselindustrie.

„Sven Reuth ist Diplom-Ökonom und Außenpolitikexperte. In COMPACT 1/2018 schrieb er über den Saudi-Prinzen Mohammed.“

Ihren Instinkt für wichtige gesellschaftliche und politische Entwicklungen zeigte Kneissl schon damals. Davon zeugen nicht nur weitere Bücher über die Krisenregionen im Nahen Osten, sondern vor allem ihre im Jahr 2012 erschienene Arbeit *Testosterone Macht Politik*, in der sie vor dem Hintergrund des zunächst euphorisch gefeierten Arabischen Frühlings eindringlich davor warnte, «den Menschen als vernunftbegabtes Wesen zu überschätzen». Die Autorin richtete einen kritischen Blick auf die Geschehnisse rund um den Tahrir-Platz in Kairo, da ihr – wie sonst nur wenigen europäischen Beobachtern – klar war, dass die Unruhen auch durch die kaum zu bändigenden Energien eines Jungmännerüberschusses angetrieben wurden, der längst zu einer Gefahr für die Länder nördlich des Mittelmeers geworden war. Ihre publizistischen Zwischenrufe wurden von nun an besorgter, insbesondere mit der Zäsur des Massenmigrationsjahres 2015. Das Verhalten Angela Merkels nannte sie «grob fahrlässig», da deren «Selfies» mit «Schutzsuchenden» völlig falsche Signale in die Heimat der Migranten senden würden.

Ohne falsche Illusionen

In der *Wiener Zeitung* konstatierte sie, dass Europa längst schon zum «Nebenschauplatz der Nahostkonflikte» geworden sei und nun «den allmählichen Rückfall in fast tribale Zugehörigkeit» erlebe. Schon in der Überschrift warnte sie: «Wir riskieren die Aufklärung.» Damals schien undenkbar, dass eine Publizistin mit Ecken und Kanten wie sie jemals politische Verantwortung übernehmen könnte. Der patriotische Ruck, der mittlerweile durch viele europäische Länder geht, hat jedenfalls auch in Österreich nicht nur die politische Landschaft, sondern auch die Regierung geändert – und dafür gesorgt, dass ein Freigeist wie Karin Kneissl nun die Möglichkeit bekommt, eines der wichtigsten Ministerien anzuführen.

Sicherlich wird die neue starke Frau am Wiener Minoritenplatz, wo das österreichische Außenministerium seinen Sitz hat, weiterhin nach ihrer Überzeugung handeln, dass Europa und der Nahe Osten schon aus geopolitischen Gründen eine «Schicksalsgemeinschaft» bilden – und es war bestimmt kein Zufall, dass zu den ersten Maßnahmen der neuen Regierung die Freigabe von Geldern für Flüchtlingslager in Jordanien zählte. Aber die österreichische Außenpolitik wird unter Kneissls Ägide auch nicht mehr weiter von Illusionen geleitet werden. In einem Artikel, den sie über den bestialischen islamistischen Lkw-Anschlag auf der Uferpromenade von Nizza im Juli 2016 unter dem Titel «Es beginnt mit der tiefen Verachtung für die anderen» in der österreichischen Tageszeitung *Die Presse* veröffentlichte, stellte sie fest: «Es wird neuerlich klar, dass Europa das neue Einsatzgebiet des Terrorismus ist, wie ihn Nigeria oder der Irak leidlich kennen.»

Im Kreis ihrer europäischen Kollegen wird sie darauf drängen, endlich die eminente ökonomische Potenz Chinas und dessen neue Rolle als eurasische Ordnungsmacht zur Kenntnis zu nehmen. In ihrer jüngsten Buchveröffentlichung, dem im vergangenen Jahr erschienenen Essayband *Wachablässe*, konstatierte sie eine innerhalb der EU grassierende «gefährliche und dumme Realitätsverweigerung», den Aufstieg Chinas nicht wahrhaben zu wollen. Die Glacéhandschuhe hat Karin Kneissl ausgezogen – jetzt muss sie beweisen, dass sie sich auch auf dem Feld der internationalen Politik durchbeißen kann. ■

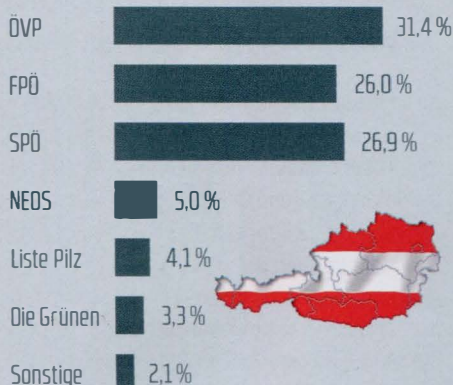
Kneissl (links), Heinz-Christian Strache, Sebastian Kurz und Tourismusministerin Elisabeth Köstinger mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen. Foto: picture alliance / ROBERT JAEGER / APA / picturedesk.com

Auf Bruno Kreiskys Spuren?

Der FPÖ-Vorsitzende Vizekanzler Heinz-Christian Strache hat Karin Kneissl als «weiblichen Kreisky» bezeichnet – ein riesengroßes Kompliment, denn schließlich gilt der frühere SPÖ-Mann als der überragende Politiker der Zweiten Republik. Der im Jahr 1911 geborene Sohn einer jüdischen Familie aus Südmähren ging nach dem Österreich-Anschluss 1938 ins schwedische Exil und schaffte in den Nachkriegsjahrzehnten einen steten politischen Aufstieg, der ihn 1959 ins auswärtige Amt führte und 1970 durch seine Wahl zum Bundeskanzler gekrönt wurde. Kreisky gelang es in seiner bis 1983 währenden Regierungszeit, das außenpolitische Gewicht Österreichs durch eine geschickte Balancepolitik zwischen den damaligen Machtblöcken zu erhöhen und verschiedene UNO-Sektionen, aber auch den Sitz der OPEC nach Wien zu holen. Als scharfer Kritiker der israelischen Außenpolitik gewann er viele Sympathien in der arabischen Welt. Zugleich hatte er keinerlei Berührungspunkte zu deutschen Kreisen in der FPÖ, von der er sich bei der ersten von ihm geführten Minderheitsregierung stützen ließ. 1990 verstarb der legendäre Kanzler.

Nationalratswahl 2017

Mit 26 Prozent erreichte die FPÖ das zweitbeste Ergebnis ihrer Geschichte.



Quelle: Nationalratswahl.at

Grafik: COMPACT



Licht, Schatten und Zwielficht

von Tino Perlick

Der große Faktencheck zu Donald Trumps erstem Jahr im Weißen Haus: Die Wirtschaft wächst, die US-Börse bricht Rekorde, auch der Arbeitsmarkt erholt sich. Gegen illegale Einwanderung wird hart durchgegriffen, und die Migration von Muslimen geht drastisch zurück. Außenpolitisch fiel dem hemdsärmeligen Republikaner jedoch ein Neuanfang schwer.

Der Wiederaufstieg des angeschlagenen US-Kohlebergbaus gehörte zu den erklärten Wahlkampfversprechen Donald Trumps. Bereits wenige Wochen nach seiner Vereidigung kippte der Präsident bisherige Beschränkungen für den Betrieb von Minen – und zeigte sich öffentlichkeitswirksam mit einem Bergmann. Foto: picture alliance / Newscom

Kurz vor dem ersten Jahrestag seiner Präsidentschaft gab es für den Neuen – was sonst? – einen medial aufgebauchten Riesenskandal. *Fire and Fury: Inside the Trump White House* heißt ein angebliches Enthüllungsbuch, in dem ehemalige Weggefährten aus dem Nähkästchen plaudern. «Spektakuläre Enthüllungen» (*Die Welt*) werden aus Gerüchten fabriziert. Kostprobe: Trump habe gar nicht damit gerechnet, die Präsidentschaftswahl 2016 zu gewinnen. Inwieweit das zu der seit Monaten verabreichten Medienhysterie passt, er habe sich finster mit Wladimir Putin verschworen, um das Rennen ins Weiße Haus für sich zu entscheiden, bleibt jedem selbst überlassen. Autor Michael Wolff gibt jedenfalls zu, dass er sich beim Schreiben für eine «Version der Geschehnisse» entschieden habe, die er «für glaubhaft halte».

Im postfaktischen Zeitalter dürfte er sich damit bereits als Kronzeuge für ein späteres Amtsenthebungsverfahren qualifiziert haben. Den Inhalt des Buches kann niemand überprüfen. Trumps Bilanz nach 365 Tagen im Amt schon.

«Jobs! Jobs! Jobs!»

Der «größte Job-Präsident, den Gott je erschaffen hat», werde er sein, posaunte der Baulöwe im Wahlkampf. Also, wie hat er sich in seinem ersten Amtsjahr geschlagen?

2017 legte die Zahl der Beschäftigten um 2,05 Millionen zu. Wie Zahlen so sind, sagen sie für sich genommen zugleich alles und nichts aus. So bedeutet dieser Wert einen etwas geringeren Zuwachs als 2016. Jedoch hat Trump offensichtlich mehr qualifizierte Arbeitsplätze in der mittleren Lohnklasse geschaffen als sein Vorgänger: Waren unter Barack Obama vor allem Dienstleistungen im Billiglohnssektor entstanden, sind es heute auch Stellen in der Produktion und im Bau. Innerhalb eines Jahres nahmen sie von 12,3 auf 12,5 Millionen leicht zu. Unter Obama waren diese Zahlen zuletzt rückläufig.



Die offizielle Erwerbslosenquote fiel in Trumps erstem Jahr von 4,6 auf 4,1 Prozent – der niedrigste Stand seit Dezember 2000! Auch diese Zahl sagt nicht viel über die Realität aus. Das Büro für Arbeitskräftestatistiken berücksichtigt nur Menschen, die in den letzten vier Wochen aktiv nach Arbeit suchten. Immerhin erfasst die Behörde in einer weiteren Zahl neben den offiziell Arbeitssuchenden auch die Unterbeschäftigten und die Entmutigten, die sich zwar nicht regelmäßig, aber mindestens einmal im Jahr bei den Behörden blicken lassen. Auch hier kann der Präsident punkten: Zwischen Januar und Dezember 2017 sank deren Zahl von 10,1 auf acht Prozent. Vielleicht das beste Argument für den Republikaner: 2017 waren mehr als zwei Millionen Amerikaner weniger auf Lebensmittelmarken angewiesen als 2016 – der niedrigste Stand seit 2010.

Auch der Anstieg der Wirtschaftsleistung kann sich sehen lassen. Die letzten zwei Quartale 2017 stieg das Bruttoinlandsprodukt um drei Prozent (EU: 2,3 Prozent) – so viel wie seit 2014 nicht mehr. Selbst die *Süddeutsche Zeitung* gestand ein, dass Trumps Wirtschaftsbilanz «gar nicht so übel» sei. Unerwähnt bleibt im deutschen Mainstream, dass die guten Zahlen trotz – oder sogar wegen? – des Ausstiegs aus hochgelobten Mega-Freihandelsverträgen zustande kam. Das transatlantische Abkommen TTIP liegt dank ihm auf Eis, Verträge mit Kanada und Mexiko werden neu verhandelt, und die transpazifische Partnerschaft TPP muss ohne die USA auskommen.

Zwischen San Diego und Tijuana werden bereits Prototypen der Grenzmauer getestet.

Selbst die ansonsten globalistisch orientierte Wall Street feiert den national orientierten Präsidenten: Anfang Januar durchschmetterte der Aktienindex Dow Jones zum ersten Mal die Marke von 25.000 Punkten – ein Anstieg um sagenhafte 36 Prozent seit Anfang November 2016. Wie das Umfrageinstitut Gallup 2016 bestätigte, spielt Amerikas Mittelschicht jedoch an der Börse eine immer kleiner werdende Rolle. Der Höhenflug dürfte zumindest vorerst nur den Reichen und Superreichen zugutekommen.

Die freuen sich auch über die gigantische Steuerreform, die am 20. Dezember 2017 den Senat pasierte. Die Unternehmenssteuer sinkt nun von 36 auf 21 Prozent – angeblich, damit Unternehmen wieder in den USA produzieren lassen. 2,6 Billionen Dollar un versteuertes Firmenvermögen – 14 Prozent der



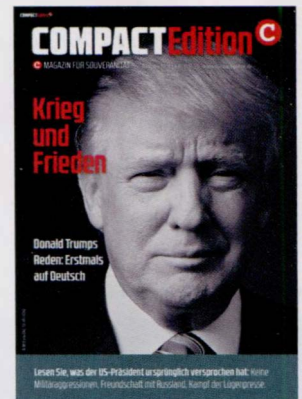
US-Wirtschaft – sind derzeit im Ausland geparkt. Ob der Plan aufgeht und die Steuerreform wirklich ein «wunderschönes Weihnachtsgeschenk» (Trump) für die Amerikaner sein wird, bleibt abzuwarten. Die totale Automatisierung lauert, und überparteiliche Denkfabriken kritisieren, dass Otto-Normal-Amis draufzahlen würden. Während die Steuerentlastungen für Unternehmen dauerhaft sind, laufen Vorteile für Privatpersonen, zum Beispiel höhere Kinderfreibeträge, ab 2025 wieder aus. Eine im Steuergesetz versteckte Maßnahme dürfte die Wähler jedoch begeistern: Die von den Demokraten eingeführte Geldstrafe für US-Bürger, die sich weigern, eine Krankenversicherung abzuschließen, wird wieder abgeschafft.

Refugees not welcome

«Wir werden eine große Mauer bauen», kündigte Trump im Wahlkampf an, «und Mexiko wird die Mauer bezahlen». Errichtet werden soll das gute Stück nach wie vor. Die Rechnung müsste jedoch der Steuerzahler tragen. Wie das *Wall Street Journal* am 5. Januar berichtete, bittet die Administration den Kongress um rund 18 Milliarden Dollar, um bis 2027 mehr als 700 Meilen neuer Befestigungen entlang der südwestlichen Grenze der USA zu errichten. Von dem Geld sollen neben der Mauer und moderner Überwachungstechnik auch 5.000 neue Grenzschilder und 2.500 Kontrolleure bezahlt werden. Seit November werden zwischen San Diego (Kalifornien) und Tijuana (Mexiko) bereits verschiedene Prototypen der Mauer getestet.

Die Zahl der Grenzübertritte ging bereits einen Tag nach Trumps Amtsantritt drastisch zurück. Der US-Heimatschutzbehörde zufolge wurden in seinem

Diese Prototypen der geplanten Grenzmauer zu Mexiko stehen seit Oktober im kalifornischen San Diego. Foto: picture alliance / ZUMAPRESS.com



Erstmals auf Deutsch: Trumps Reden. Foto: COMPACT

America First!



Schock für die Globalisten: Am 1. Juni 2017 verkündete Trump den Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen – und löste somit ein weiteres Wahlkampfversprechen ein. Er werde erst dann wieder zu Gesprächen bereit sein, wenn die seitens der Obama-Regierung akzeptierten Forderungen der CO₂-Reduktion verhandelbar wären. «Ich wurde von den Bewohnern Pittsburghs [Stahlstadt] gewählt», so Trump, «nicht von den Parisern.» Darüber hinaus musste selbst die durchaus Trump-kritische *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 3. Juni 2017 zugeben: «Doch dem Ziel, die Klimaerwärmung zu bremsen, dient er [der Vertrag] kaum. Das lässt Zweifel aufkommen, ob die aufzuwendenden Mittel zu rechtfertigen sind.»

Merkel bei der Klimakonferenz 2015 in Paris. Foto: Presidencia de la República Mexicana, CC BY 2.0, Wikimedia Commons

ersten Amtsjahr 40 Prozent weniger illegale Einwanderer aufgegriffen, als in Obamas letztem. Seit Mai 2017 steigt die Zahl allerdings wieder, wobei vor allem unbegleitete Kinder oder Familien aufgegriffen werden. Als Abschreckung erwägt die Regierung daher, Familien fortan bis zum Abschiebungsbescheid getrennt zu inhaftieren. Rückführungen von Illegalen, die bereits in den USA sesshaft waren, nahmen unter der neuen Administration sensationell zu: Allein zwischen der Amtseinführung und dem 30. September 2017 wurden 61.094 Menschen abgeschoben – ein Anstieg um 27 Prozent im Vergleich zu 2016.

Vorwürfe, Trump liege mit dem Kreml im Bett, führten zu seiner brisantesten Entscheidung.

Kurz nach dem Einzug ins Weiße Haus verbot der Präsident per Exekutivbefehl Einreisen aus Irak, Iran, Libyen, Somalia, Sudan, Syrien und Jemen. Da die Order von liberalen Richtern jedoch mehrfach aufgehoben wurde, ersetzte Trump sie im März 2017 durch eine «verwässerte, politisch korrekte Version» (O-Ton Trump). Dem US-Außenministerium zufolge sank die Anzahl dauerhafter Aufenthaltsgenehmigungen für Bewohner muslimischer Länder 2017 dennoch um 13 Prozent, die zeitlich begrenzter Visa sogar um 21 Prozent. Insgesamt kamen zwischen Januar und November 2017 satte 94 Prozent weniger muslimische Flüchtlinge ins Land! Seit 2007 war die Ziffer im Schnitt kontinuierlich um 16 Prozent jährlich gewachsen. Noch 2016 wurde 45.000 Muslimen Asyl gewährt. 2017 standen diesen nur 11.000 gegenüber, von denen die Hälfte auf den Januar und Februar, also Obamas letzte Mona-

te, entfielen. Das Versprechen, christliche Flüchtlinge bevorzugt zu behandeln, scheint jedoch vergessen. Auch ihre Zahl sank.

Im Visier des Tiefen Staates

Die außenpolitische Bilanz ist gemischt. Fakt ist, dass der Propagandaflügel des militärisch-industriellen Komplexes die Russenkeule stets im Anschlag hat. Die ständigen Vorwürfe der Massenmedien, er liege mit Putin im Bett, haben zu seiner vielleicht brisantesten Entscheidung geführt: Mit der Unterschrift unter ein Sanktionsgesetz gegen Russland und den Iran verschaffte sich Trump im Sommer etwas Luft von seinen Feinden – der Preis war seine Souveränität im Umgang mit Moskau. Eine Lockerung der Sanktionen ist nur noch mit einer Veto-sicheren Mehrheit des Kongresses möglich, die derzeit ausgeschlossen ist.

Die Nationale Sicherheitsstrategie für 2018 bezeichnet Russland als eine «revisionistische Macht, die Technologie, Propaganda und Nötigung» anwende, um eine Welt zu formen, die «im Gegensatz zu amerikanischen Werten und Interessen» stehe. Das klingt eher nach Kaltem Krieg als nach der Entspannung, die der Milliardär im Wahlkampf versprach. Andererseits ist Papier geduldig. Der Oberbefehlshaber heißt Donald Trump, und Gerüchten zufolge schlossen er und Putin am Rande des Asien-Pazifik-Gipfels in Vietnam einen Pakt, sich nicht anzugreifen, selbst wenn der Tiefe Staat bunte Revolutionen anzetteln oder Terrorangriffe unter falscher Flagge starten sollte (siehe COMPACT-Spezial Nr. 16: *USA gegen China* – jetzt am Kiosk!).

Immerhin gelang es Trump, den Vormarsch der russischen Allianz in Syrien weniger von US-Kräften sabotieren zu lassen, als es unter Obama der Fall gewesen war. Der Islamische Staat ist heute allem Anschein nach am Ende, jedenfalls im Nahen Osten. Auf der Gegenseite ließ Trump den Jemen in einer Woche häufiger bombardieren als sein Amtsvorgänger in einem ganzen Jahr – und unterstützt damit den saudischen Imperialismus, den Förderer aller Terroristen. Trotz dessen und der kriegesischen Rhetorik gegen Nordkorea haben viele Beobachter noch immer Hoffnung in den Mann. Wenn der Geschäftsführer von Apple statt iPhones fortan Teppiche herstellen wollte, so lautet eine Lesart, dann ginge das auch nicht von heute auf morgen. Washington stellt keine iPhones her. Washingtons Geschäft ist der Krieg. ■

Sexist war eines der beliebtesten Totschlagargumente gegen Trump während des Präsidentschaftswahlkampfes. Rund um die Amtseinführung sollten dann rosa Wollmützen zum Symbol eins – allerdings nie richtig in Gang gekommenen – Frauenprotestes gegen den Staatschef werden. Foto: Lorie Shaul, CC BY-SA 2.0, Wikimedia Commons





«Populismus ist keine Ideologie, sondern ein Stil»

— Alain de Benoist im Gespräch mit Sven Reuth

Kein Denker hat die europäische Neue Rechte so stark beeinflusst wie Alain de Benoist. Den einst für die Politik bestimmenden, vertikalen Gegensatz zwischen rechts und links sieht der französische Philosoph und Publizist inzwischen als obsolet an. Heute verläuft die Konfliktlinie horizontal: Unten gegen Oben, das Volk gegen die Eliten.

Herr de Benoist, 1985 erschien in Deutschland Ihre Aufsatzsammlung «Kulturrevolution von rechts», die als Schlüsseltext der Neuen Rechten gilt.

Das war vor mehr als 30 Jahren – und inzwischen habe ich mehr als 70 andere veröffentlicht. Ich weiß nicht, ob man es wirklich als Schlüsseltext bezeichnen kann. Es war eigentlich eher so etwas wie ein Zwischenbericht, eine Art Bilanz der Denkarbeit, die im Rahmen der Nouvelle Droite [der französischen Neuen Rechten] seit ihrer Gründung im Jahr 1968 geleistet worden war – das ist nun also von seinen Anfängen gesehen ein halbes Jahrhundert her. Der Begriff Nouvelle Droite war übrigens ein Medienetikett, das ich nie besonders geschätzt habe. Man sollte auch nicht vergessen, dass dieses Buch aus Texten besteht, die zuvor in Frankreich in weit verstreuten Quellen veröffentlicht und dann für ein deutsches Publikum zusammengestellt wurden.

Hat das Buch den Einfluss ausgeübt, den Sie sich gewünscht haben?

Möglicherweise, aber dieser Einfluss kann nur schwer gemessen werden. Sagen wir es so: Die Edition hat dem deutschen Leser den direkten Zugang zu einer Denkschule ermöglicht, die er zuvor nur aus den Aufsätzen Armin Mohlers, Caspar von Schrenck-Notzings sowie einiger anderer Autoren kannte. An direkten Übersetzungen ins Deutsche von mir gab es bis dahin nur die Anthologie *Aus rechter Sicht*, deren zweiter Band ein Jahr zuvor im Tübinger Grabert Verlag erschienen war.

«Kulturrevolution von rechts», vom Jungeuropa Verlag nun als Neuausgabe veröffentlicht, wurde von einem sehr spezifischen Standpunkt aus geschrieben: europäisch, nicht nationalistisch; heidnisch, nicht katholisch; antiliberal, nicht antikommunistisch; avant-

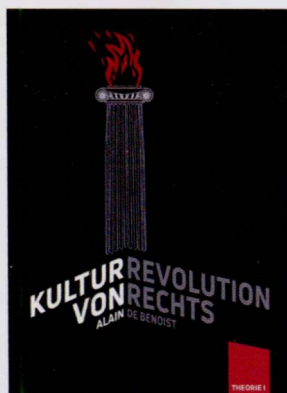
«Der Begriff Nouvelle Droite war ein Medienetikett.»

Alain de Benoist in seiner Wohnung in Paris. Foto: COMPACT



Die Trikolore ist heute das unumstrittene Symbol des französischen Patriotismus. Bis in den Ersten Weltkrieg hinein bevorzugten viele Konservative jedoch die weiße Fahne der royalistischen Legitimisten. Foto: Gauthier Bouchet, CC BY-SA 3.0, Wikimedia Commons

«Einem Lenin muss immer ein Marx vorausgegangen sein.»



Alain de Benoist, «Kulturrevolution von rechts», 200 Seiten, Jungeuropa-Verlag, 2017, 16,00 Euro. Foto: Jungeuropa-Verlag

gardistisch, nicht konservativ. Haben Sie Ihre Ansichten beibehalten?

Ihre Analyse ist nicht verkehrt, greift aber doch ein wenig zu kurz – schließlich gibt es viele Möglichkeiten, «europäisch», «antiliberal», «heidnisch» oder auch «konservativ» zu sein. Ich misstraue solchen Zuordnungen, da man nicht weiß, was mit ihnen genau transportiert wird. Jeder Begriff müsste ganz klar definiert werden, aber das ist nicht immer möglich. Vor allem kann man nicht ein Werk in wenigen Worten zusammenfassen, das immer darum bemüht war, über die gewohnten Begrifflichkeiten und ihre Dualität hinauszuwachsen. Ich musste mir sehr genau über meine Entwicklung bewusst werden, als ich vor einigen Jahren meine Autobiografie verfasste, die unter dem Titel *Mein Leben – Wege eines Denkens* vor vier Jahren in deutscher Übersetzung erschien. In vielen Punkten hat sich mein Denken natürlich verändert und unterliegt verschiedenen Einflüssen, zumal ich auch neue Autoren entdeckte, die ich vor 30 Jahren noch nicht kannte. Das erscheint mir sowohl normal als auch notwendig zu sein, denn das Schreiben wäre eine Strafe, wenn man immer die gleichen Sachen wiederholen würde.

Kulturelle Hegemonie

Sie beziehen sich in dem Buch auf den italienischen Marxisten Antonio Gramsci und seine Theorie der kulturellen Hegemonie. Ist das tatsächlich der Schlüssel zur politischen Macht?

Gramsci hatte richtig erkannt, dass die Eroberung der kulturellen Hegemonie in der Tat ein gutes Mittel ist, um die Macht zu erlangen. Aber die «organischen Intellektuellen», die Gramsci propagierte, haben nur selten die nötigen Eigenschaften für die

politische Aktion. Die Französische Revolution wäre ganz sicher nicht möglich gewesen ohne den stillen Einfluss, den die Philosophen der Aufklärung nahmen, die dann allerdings auch zu den Opfern des Umbruchs gehörten. Einem Lenin muss immer ein Marx vorausgegangen sein, aber die beiden sind nicht austauschbar. Ich selbst bin ein Intellektueller und überhaupt kein Politiker. Ich verstehe den Intellektuellen als eine Person, die versucht, den Sinn des historischen Moments, in dem wir leben, zu verstehen und ihn verständlich zu machen – und der außerdem die theoretischen Instrumente und Begriffe liefert, die einem die Analyse dessen, was kommt, ermöglichen. Ich verwende den Ausdruck «kulturelle Hegemonie» nicht als Synonym für ein vereinheitlichtes Denken, sondern – ähnlich wie Gramsci oder Ernesto Laclau – als die Gesamtheit der bestimmenden Werte des «Zeitgeistes». Ich bewege mich hier in einem durch und durch pluralistischen Rahmen. Von dieser Warte aus erscheint es mir offensichtlich, dass die geistige Vorherrschaft derzeit auf dem Individualismus, der Religion der Menschenrechte, dem Axiom vom Vorrang des Eigeninteresses, der Regression aller Werte für den Profit der Marktgesellschaft als letztem Wert und der ständigen Ausweitung des kapitalistischen «Gestells» [nach Martin Heidegger der Unterbau des menschlichen Daseins] fußt.

Kommen wir zu aktuellen Fragen. Zunächst einmal: Welche politische oder geistige Strömung gefällt Ihnen derzeit am besten?

Ich habe mich noch nie nur einer einzigen Geisteshaltung zugerechnet, aber es gibt natürlich einige, die ich mehr schätze als andere. Ich habe beispielsweise viel Sympathie für den «Konservatismus von

links» – man kann ihn auch als «emanzipatorischen Konservatismus» bezeichnen –, den man im Werk von Pierre-Joseph Proudhon, George Orwell, Hannah Arendt, Simone Weil, Edward P. Thompson, Moishe Postone, Christopher Lasch, Jean-Claude Michéa, Michel Onfray, Michel Freitag oder Maxime Ouellet findet. Aber ich interessiere mich natürlich auch für andere Strömungen, von den Kommunitaristen über die Verfechter eines integralen Föderalismus bis hin zu den Vertretern eines staatsbürgerlichen Republikanismus oder der Werttheorie.

Letztes Jahr wurde der 100. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution ausführlich gewürdigt, im Mai jährt sich der Geburtstag von Karl Marx zum 200. Mal. Kann man sich heutzutage noch auf die Ideen des Kommunismus berufen?

Die Bezeichnung «Kommunismus» hat eine Geschichte, die uns nur davon abhalten kann, sie zu benutzen. In gewisser Weise ist das eine Schande, denn die Vorstellung eines Gemeinsamen ist aus meiner Sicht untrennbar mit dem Politischen verbunden. Die primäre Aufgabe der Politik besteht sogar darin, dieses Gemeinsame erst hervorzubringen und es dann zu organisieren. Zu dem Thema zu sagen wäre aber ebenfalls noch, dass aus meiner Sicht der sowjetische Kommunismus hauptsächlich ein Staatskapitalismus war und dass das Werk von Marx einerseits zwar reich an Fehlern ist, andererseits aber auch eine Kritik am Kapital enthält, die relevanter ist denn je. Ich denke hier an seine Werttheorie, seine Überlegungen zur Verdinglichung aller sozialen Beziehungen, seine Theorien des Warenfetischs sowie der Tendenz zur unbegrenzten kapitalistischen Akkumulation und vieles mehr.

«Europa der 100 Fahnen»

Sie haben sich in der Vergangenheit häufig für ein «Europa der 100 Fahnen» ausgesprochen, das schon der Bretoner Yann Fouéré in seinem gleichnamigen Buch aus dem Jahr 1968 beschwor. Wie bewerten Sie die derzeitige Situation in Katalonien?

Die Formel vom «Europa der 100 Fahnen» ermöglichte es, die Bedeutung der Regionen zu unterstreichen und das jakobinische Staatsverständnis zu kritisieren. Im Allgemeinen habe ich die regionalistischen und autonomistischen Bewegungen immer unterstützt. Aber ich verwechselte Autonomiebewegungen nicht mit Sezessionismus, beide Bewegungen unterscheiden sich weniger in ihrem Maß als vielmehr in ihrer Natur. Den Sezessionismus kann man als eine Übertragung des Individualismus auf eine kollektive Ebene interpretieren. Und, darüber hinaus: Welche Bedeutung soll der Begriff der Unabhängigkeit überhaupt noch in einer Epoche haben, in der selbst die sogenannten großen Staaten

weite Teile ihrer Souveränität verloren haben? Und, was Katalonien betrifft – das bis vor einigen Monaten noch über ein relativ hohes Maß an Autonomie verfügte –, bin ich der Auffassung, dass das Prinzip gelten sollte, nach dem jedes Volk selbst über seine Zukunft zu entscheiden hat. Aber ich bin mir gar nicht sicher, ob es überhaupt im Interesse der Katalanen wäre, sich von Spanien abzuspalten. Im Fall der Krim unterstütze ich allerdings voll und ganz deren Heimkehr zum russischen Vaterland. Wichtig ist für mich auch die Unterscheidung zwischen der Nation und dem Nationalstaat.

«Jedes Volk hat selbst über seine Zukunft zu entscheiden.»

In Frankreich ist gerade Ihr neues Buch über Populismus erschienen. Welche Hauptthese vertreten Sie darin?

Es handelt sich um den Versuch einer wirklich grundlegenden Analyse des Phänomens aus politikwissenschaftlicher Sicht, während der Begriff heute zu einem Gummiwort geworden ist, das vorwiegend mit einer herabsetzenden Intention benutzt wird und das eigentlich nichts mehr bezeichnet. Ich wiederum glaube, dass man eine relativ präzise Definition liefern kann: Es handelt sich um eine neue Art der

... Alain de Benoist (*1943) gilt als führender Kopf der Neuen Rechten. Er studierte unter anderem Verfassungsrecht, Philosophie, Soziologie und Geschichte an der Pariser Sorbonne und war 1968 Mitbegründer des Theoriezirkels Le Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européenne (GRECE). Außerdem gibt er seit 1973 die Zeitschrift «Éléments» heraus und ist Verfasser zahlreicher Bücher, darunter in deutscher Sprache «Schöne vernetzte Welt – Eine Antwort auf die Globalisierung» (2003), «Abschied vom Wachstum. Für eine Kultur des Maßhaltens» (2009) sowie seine Biografie «Mein Leben. Wege eines Denkens» (2014).

Bayerns legendärer Ministerpräsident Franz Josef Strauß (1915–1988) beherrschte den Populismus perfekt. Foto: picture-alliance / dpa



Auf Gramscis Spuren



Ende der 1970er Jahre ver setzte ein französischer Theoriezirkel ganz Europa in Aufregung und sorgte auch östlich des Rheins für gehörige Aufregung. Im *Figaro Magazine*, der wöchentlich erscheinenden Beilage der wichtigsten konservativen Zeitung des Landes, konnte sich regelmäßig ein junger Meisterdenker namens Alain de Benoist an ein Millionenpublikum wenden. Sein Thinktank GRECE hatte bereits Tausende von Anhängern erreicht – unter anderem Olivier Giscard d'Estaing, den Bruder des damaligen französischen Präsidenten –, er selbst 1978 den großen Essay-Preis der Académie française für sein Buch *Vu de droite* («Aus rechter Sicht») erhalten. Die anscheinende Nähe eines bekennenden Rechten zur politischen Macht löste damals eine regelrechte Hysterie aus, bis ein japanischer Journalist de Benoist fragte, ob er nun Präsident werden wolle. Dies ging nun freilich völlig an dessen Intentionen vorbei, denn in Anlehnung an den kommunistischen Theoretiker Antonio Gramsci hatte er die These entwickelt, dass man die Linken und Liberalen nur dann in Bedrängnis bringen könne, wenn man sie auf ihrem vermeintlich eigenen Feld der Kultur schlagen könnte.

Antonio Gramsci. Foto: CCO, Wikimedia

Der tschechische Politiker Tomio Okamura, Gründer der Partei Freiheit und direkte Demokratie (SPD), mit Marine Le Pen und Geert Wilders 2017 auf einem Kongress der Euro-Rechten in Prag. Foto: picture alliance / Michal Krumphanzl/CTK/dpa

sozialen Artikulation, die vom Volk ausgeht und die sich den herrschenden – politischen, ökonomischen und medialen – Eliten, die als vom Volk getrennte und nur ihrem Eigeninteresse dienende Oligarchie angesehen werden, auf eine kontrahegemoniale Art und Weise widersetzt.

«Le Pen wie Macron stellten sich außerhalb des Links-Rechts-Schemas.»

Der Aufstieg der populistischen Bewegungen, den wir heute in ganz Europa beobachten können, vollzieht sich dabei vor allem auf Kosten des alten Parteiensystems, das noch entlang des Rechts-Links-Schemas sortiert war.

Jenseits von rechts und links

Demnach ist der Populismus als eine eigenständige Ideologie zu betrachten, die sich nicht in die herkömmlichen politischen Kategorien «rechts» und «links» einordnen lässt?

Der Populismus ersetzt die Achse, die der Rechts-Links-Spaltung entspricht, nun zunehmend durch eine Achse, die den globalisierten Eliten die Opfer der Globalisierung entgegensetzt. Letztere sind insbesondere die sich auflösende Arbeiter- und Mittelklasse wie auch die Völker, die ihre Kultur und Lebensweise bewahren und ihren Gesellschaften die sozialen Pathologien ersparen möchten, die die Masseneinwanderung hervorruft. Wegen dieser unterschiedlichen Motivlagen gibt es auch ver-

schiedene Formen des Populismus. Eines ist aber gleich: Es geht um «Unten» gegen «Oben». Deswegen gibt es auch keine populistische Ideologie, aber sehr wohl einen populistischen Stil.

Florian Philippot, bis vor kurzem noch ein führender Politiker des Front National (FN), kritisiert den Euro und die EU genauso scharf wie sein linker Kontrahent Jean-Luc Mélenchon. Dem FN gegenüber sind Sie immer skeptisch geblieben, aber wäre Philippot nicht der «Mann der Stunde», der den Rechts-Links-Gegensatz überwindet?

Der FN ist ja in einen identitären und einen souveränistischen Flügel gespalten. Florian Philippot gehörte dem Letzteren an – und wirtschaftspolitisch vertrat er linke Positionen. Seiner neuen Bewegung Les Patriotes sage ich allerdings keine große Zukunft voraus. Während der Präsidentschaftskampagne enttäuschte Marine Le Pen viele seiner Anhänger, und das ist auch ein Grund für die derzeitige Krise der Partei, die in mancher Hinsicht wie eine Bewegung der Vergangenheit erscheint. Die Stichwahl im Mai vergangenen Jahres war aber deshalb so bedeutsam, weil sich beide Kandidaten – die Populistin Marine Le Pen und der Anti-Populist Emmanuel Macron – außerhalb des Rechts-Links-Schemas stellten. Ich finde die derzeitige Gesamtentwicklung spannend, denn die Wahl Macrons ist Teil der Herausbildung einer neuen politischen Landschaft, die noch in den Kinderschuhen steckt. In diesem Punkt befinden wir uns noch in einem zu frühen Stadium, um sagen zu können, was am Ende daraus werden wird.

Herr de Benoist, ich bedanke mich für das Gespräch. ■



Dossier

Seite 42-49

Wie kriminell sind die Rocker?

Nutten, Koks und Bambule – den Motorradclubs eilt in Deutschland ein schlechter Ruf voraus. Doch sind die Rocker samt und sonders Gangster auf zwei Rädern? COMPACT hat sich die Szene angeschaut und lässt dabei auch einen führenden Bandido zu Wort kommen. Ein Report zu einem heiklen Thema.

Born to be wild

... von Lukas Obermayr

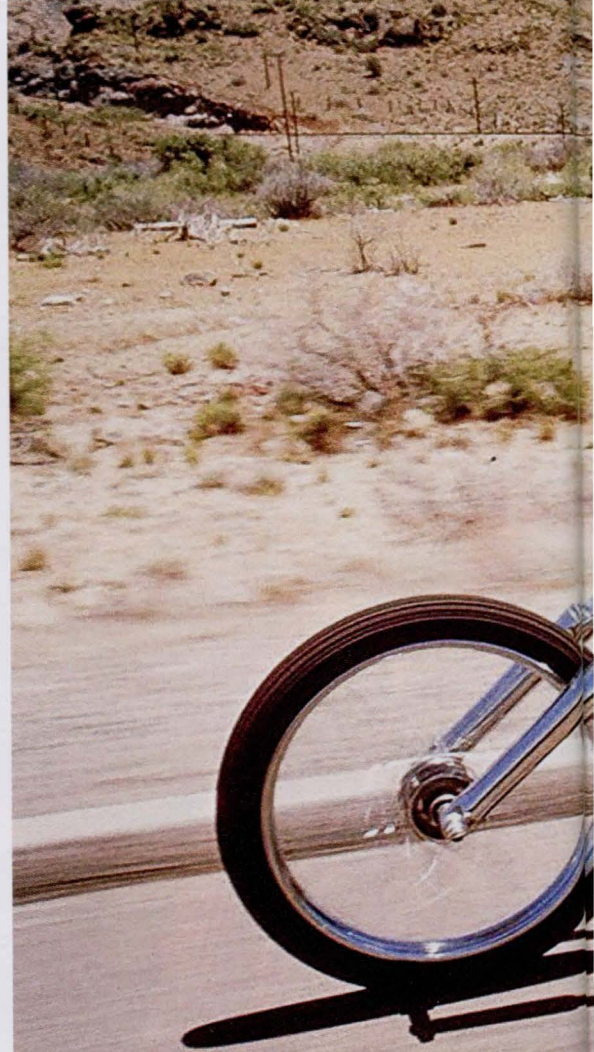
Motorradclubs wie die Hells Angels und Bandidos werden zumeist mit Organisierter Kriminalität in einem Atemzug genannt. Außer Frage steht, dass es im Milieu der Rocker zu schweren Straftaten gekommen ist. Ein Großteil der Betroffenen fühlt sich allerdings zu Unrecht in Mithaftung genommen und stigmatisiert.

Aus den «Brothers in Arms» wurden Brüder auf Rädern.

1969 fungierten Hells Angels als Ordner beim Auftritt der Rolling Stones auf dem Festival Altamont Free Concert. Ein Clubmitglied erstach dabei den Zuschauer Meredith Hunter, was später als Notwehr eingestuft wurde. Foto: picture alliance / AP

Es gab Zeiten, da galten Rocker selbst in besseren Kreisen als gesellschaftsfähig. In den 1980er Jahren fuhren Mitglieder des Road Eagles MC mit ihren schweren Maschinen bei einer Party der Fürstin Gloria von Thurn und Taxis ein und tummelten sich am Büffet zwischen gediegenen Herren im Smoking und feinen Damen in mondänen Abendkleidern. Auch die ersten Gassenhauer der Spider Murphy Gang («Skandal im Sperrbezirk») entstanden im Umfeld der harten Jungs, hatte sich die Band doch ihren Proberaum im Clubhaus der Motorradvereinigung angemietet. Der Gründer und damalige Präsident der Road Eagles, der heute den Bandidos angehört, bewachte seinerzeit nicht nur das Filmset der Bavaria-Studios, sondern stand für manche Szene sogar als Komparse vor der Kamera.

Es war der Nimbus von Freiheit und Abenteuer, der die Kuttenträger damals umwehte. Die Rockerwelle war aus Amerika herübergeschwappt – die einen wollten so ihre Freiheit leben, andere ihre Zusammengehörigkeit zum Ausdruck bringen und manche auch beides. In den USA nahm die Entwicklung sehr früh ihren Lauf, doch auch in Westdeutschland ging es schon in den 1960ern los: Es entstand eine



Szene, in der individuelle Freebiker und lose organisierte Motorradfreunde, aber zunehmend auch Leute in institutionalisierten Vereinen den Fahrtwind im Gesicht genossen. Den Grundstein für das Rockermilieu legten dabei in Deutschland stationierte amerikanische Soldaten, zum Beispiel im Falle des Iron Horses MC, der 1966 in einer kleinen Kneipe in Fürth gegründet wurde. Nicht wenige Clubs zählten Angehörige der US Army zu ihren Gründervätern, was nicht zuletzt Niederschlag in ihrer inneren Rangordnung fand. Aus den «Brothers in Arms» wurden Brüder auf Rädern.

Peter Fonda auf der Harley

Eine prägende Wirkung für die Rebellen auf zwei Rädern hatte der Film *The Wild One* (1953) mit Marlon Brando, vor allem aber *Easy Rider* (1969) mit Peter Fonda und Jack Nicholson. Das Roadmovie gilt bis heute als Inbegriff individueller Freiheit und unkonventioneller Lebensentwürfe und verkörperte für zahlreiche Biker das Gefühl von Unangepasstheit und Abenteuer. Der Soundtrack «Born to be wild» der Band Steppenwolf avancierte zu einer Art Hymne der Szene. Hauptdarsteller Peter Fonda war es auch, der Anfang der 1990er noch einmal für Filmaufnahmen auf die Harley des damaligen Münchner Road-Eagles-Präsidenten stieg. Diese wurde von den Bavaria-Filmstudios für 40.000 D-Mark versichert, was aus Sicht des Eigentümers wegen der zweifelhaften Fahrkünste des US-Schauspielers durchaus angemessen war.





Viele bekanntere Clubs, die teilweise noch heute in der deutschen Rockerlandschaft vertreten sind, wurden in Folge des Kultstreifens *Easy Rider* gegründet – der Cavemen MC sogar schon im Jahr des Kinostarts 1969. 1972 wurde in Mannheim der Gremium MC ins Leben gerufen, ein Jahr später folgte der Lobo MC, hinzu kamen der Born To Be Wild und der Road Eagle MC. 1984 entstand aus einem Zusammenschluss mehrerer Clubs der Trust MC, und auch drei der sogenannten Big Four der internationalen Szene – Hells Angels, Bandidos, Outlaws und Pagans – waren schon bald mit ihren Ablegern in Deutschland vertreten. Im November 1999 schlossen sich Teile des 1968 gegründeten Bones MC den deutschen Hells Angels an, und im selben Jahr wechselten neben einigen Road Eagles und den Mitgliedern des Destroyers MC München auch der seit Ende der 1970er Jahre in Deutschland existente Ghost rider's MC zum Bandidos MC. Diese «gelben» Ghost rider's sind nicht zu verwechseln mit den 1973 gegründeten «schwarzen» Ghost-Riders. Letztere gingen 2001 im Outlaws MC auf.

Der nordische Rockerkrieg

Fragt man Rocker heute, warum sie sich eine Kute anziehen, hört man mitunter, dass sie als bewusste Individualisten auf ihren Bikes gesellschaftlichen Zwängen entfliehen wollen. Doch viele MC-Members sind alles andere als Individualisten, sondern suchen ganz gezielt nach einer Gemeinschaft, die im Grunde nach den Regeln männerbündlerischer

Prinzipien funktioniert, wie sie schon seit Jahrhunderten existieren. Ungeachtet vieler karitativer Veranstaltungen der Motorradfreunde, über die in den Medien kaum berichtet wird, sind Rocker aber natürlich keine Pfadfindervereinigung und hatten in ihren Reihen immer auch Zeitgenossen, die in kriminellen Zusammenhängen auftauchten und Streitigkeiten untereinander handfest austrugen, in manchen Fällen auch unter Einsatz von Waffen. Dies darf keinesfalls verharmlost werden, allerdings fällt auf, dass bei Rockern nie von «Einzelfällen» die Rede ist, sondern sie unter Pauschalverdacht gestellt werden.

Spätestens seit der sogenannten Operation Monitor (siehe Infobox Seite 44) hat sich das Bild über Rocker in der Öffentlichkeit stark gewandelt. Der damalige Chef des dänischen Geheimdienstes absolvierte Mitte der 1990er Jahre in den USA einen Lehrgang beim amerikanischen FBI zur Bekämpfung von Motorradclubs und äußerte nach seiner Rückkehr gegenüber der Presse: «Wir müssen die Medien auf jede nur mögliche Art nutzen, um ihnen [den Rockern] das legale [sic!] Geschäft, wenn immer möglich, zu zerstören. Die einzige Zeit, in der die US-Behörden Erfolg hatten, diese Motorradclubs zu zerstören, war, als sie miteinander im Krieg waren.»

Mithilfe eines schwerstkriminellen V-Mannes und polizeitaktischer Maßnahmen beziehungsweise Untätigkeiten ließ man damals in Dänemark einen Konflikt zwischen den Hells Angels und den Bandidos eskalieren, woraufhin ein Gesetz verabschiedet

In dem Film «Easy Rider» (1969) geht es eigentlich um das Lebensgefühl der Hippies. Doch das Roadmovie wurde auch zum Kultstreifen für Biker – und rettete den Motorradhersteller Harley Davidson vor dem Bankrott. Foto: Columbia TriStar

«Die US-Behörden hatten Erfolg, als die MCs miteinander im Krieg waren.» Dänischer Geheimdienstchef

Fragwürdige Operation Monitor

Die Operation Monitor ist eine Ende der 1990er Jahre ins Leben gerufene gemeinsame Strategie von EU-Mitgliedstaaten, Europol und Interpol gegen Motorradclubs. Man wolle sich «ein Bild über die Rauschgiftverbrechen (...) machen, die mit den kriminellen Motorradbanden (Outlaw Motorcycle Gangs, OMCGs) in Verbindung gebracht werden können», heißt es dazu in einem internen Bericht. Laut einem Artikel auf *heise.de* aus dem Jahr 2012 hat die Operation Einfluss auf das Vorgehen deutscher Behörden gehabt. Kritisiert wird in dem Beitrag unter anderem der dazugehörige Fragenkatalog. «Angesichts dieser Fragen und der Tatsache, dass nur dreieinhalb der insgesamt 13 Seiten der beiden Fragebögen Rauschgiftdelikte betreffen, stellt sich die Frage, ob es bei der Operation Monitor wirklich um die Bekämpfung von Rauschgiftkriminalität geht oder nicht eher um die Anlage einer Bürgerdatenbank mit Schwerpunkt Rocker», so *heise.de*. Der Autor kommt zu dem Schluss, dass «Handeln auf dürrer oder nicht korrekt erhobener Datenbasis bei Europol Methode» haben könnte. Dies führe auch «zu der Frage, wie Vorgehen und Existenz von Europol überhaupt demokratisch zu legitimieren» seien, da «keine unabhängige Institution ihre Operationen und Berichte systematisch und wissenschaftlich zu überprüfen scheint».



wurde, das der Polizei erweiterte und tief in die Bürgerrechte einschneidende Befugnisse ermöglichte. Vier Journalisten der Zeitung *Ekstra Bladet* und des Senders TV2 recherchierten den Fall des «großen nordischen Rockerkrieges», wie es in den Medien hieß, und deckten am Ende den größten Polizei- und Justizskandal der dänischen Geschichte auf.

Mitinitiator der Operation Monitor war Jürgen Storbeck vom Bundeskriminalamt (BKA), der 1992 nach Den Haag ging, um Europol aufzubauen und erster Direktor der europäischen Polizeibehörde wurde. Unter ihm wurde dort ein spezielles Datenbanksystem aus sogenannten Arbeitsdateien zu Analyse Zwecken entwickelt. Dabei handelt es sich um Dateien zu bestimmten Kriminalitätsgebieten oder Personengruppen, zu dem Europol den EU-Mitgliedstaaten oder auch assoziierten Drittstaaten eine operative Unterstützung bieten will. Sie enthalten persönliche Angaben, Fakten sowie Recherche- und Analyseergebnisse. Sie sind das einzige legale Werkzeug dieser Art auf EU-Ebene.

Gezielte Kriminalisierung?

Auf der Herbsttagung des BKA im Oktober 2010, kurz nachdem das erste deutsche Strategiepapier zum Umgang mit Rockergruppierungen fertiggestellt worden war, forderte der damalige Hamburger Innensenator Heino Vahldieck (CDU) Medienvertreter angeblich nicht nur dazu auf, Rocker in ihrer Berichterstattung fortan als Schwerverbrecher darzustellen, sondern plädierte auch für die Einführung der Vorratsdatenspeicherung, der «Überwachung der kryptischen Kommunikation» sowie die Umkehr der Beweislast im Falle von Motorradclubs. In dem Papier ist explizit von einer «konsequenten» und «proaktiven» Medienarbeit die Rede. Der Ber-

liner Oberstaatsanwalt Sjors Kamstra deutete zudem in der Vereinszeitschrift des Bundes Deutscher Kriminalbeamter an, MC-Mitglieder durch ständige Kontrollen schikanieren zu wollen, um Verurteilungen wegen Beleidigung oder Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu provozieren. Wörtlich erklärte Kamstra laut einem Bericht von *Stern Online* von 2014: «Ständige Kontrollen werden – wie durchaus beabsichtigt – als Schikane empfunden.»

Unter zwei Prozent der OK-Verfahren gehen auf das Konto der Rocker.

Doch bedarf es im Falle der Rocker überhaupt einer staatlich organisierten «Beschaffungskriminalität»? Nicht unbeachtet sollte eine Tatsache bleiben, die gerne unterschlagen wird: Laut den jährlichen BKA-Berichten lag in der Zeit von 2010 bis 2015 der Anteil der Verfahren im Bereich der Organisierten Kriminalität (OK), der gegen Angehörige von Clubs wie den Bandidos eingeleitet wurde, stets bei unter zwei Prozent. Und bis zum heutigen Tag wurde kein Chapter des Clubs oder auch nur ein Mitglied in Deutschland wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilt. Verbote mit OK-Bezug – und zwar wegen der Nähe von Mitgliedern zu diesem kriminellen Milieu – gab es im Falle des Bandidos MC 2010 in Neumünster (Schleswig-Holstein) und 2012 in Aachen (NRW). Selbstverständlich muss der Rechtsstaat mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen Kriminalität vorgehen. Er darf dabei aber nicht übers Ziel hinausschießen – schon gar nicht mit V-Leuten. ■

Bild oben: Der erste deutsche Motorradclub wurde bereits 1903 in Stuttgart gegründet. Er ging später im ADAC auf. Foto: picture alliance / KUNZ / Augenblick

— Lukas Obermayr (*1984) ist freier Journalist und recherchiert für COMPACT in der Rocker-Szene. Der Familienvater ist selbst begeisterter Motorradfahrer und eingefleischter Heavy-Metal-Fan.

«Wir sind keine kriminelle Vereinigung»

— Bandidos-Pressesprecher Michael im Interview

Sind Rocker Gangster auf Motorrädern – oder werden Verfehlungen Einzelner der Gesamtheit angelastet? Und wie bewertet man in der Szene diverse V-Mann-Skandale? COMPACT hat sich im Clubhaus des Chapters Herne-East mit einem hochrangigen Vertreter der Bandidos unterhalten.

Michael, warum wird man Mitglied eines Rockerclubs?

Die meisten Leute haben ein Motorrad, mit dem sie gerne durch die Gegend fahren, natürlich auch zu Biker-Treffen. Da lernen sie dann Leute aus Clubs kennen und stellen fest: Die machen ja das Gleiche wie ich und lieben auch diesen Lifestyle, nur etwas intensiver. So kommt man auf den Geschmack, sich selbst einem Motorradclub anzuschließen.

Man könnte sich auch mit zwei, drei Freunden zusammentun und dann losfahren...

Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Wir sprechen hier über eine spezielle Kultur, die in den 1960er Jahren in den USA entstanden ist und dann nach Europa kam, größtenteils durch US-Soldaten, die hier stationiert waren, Motorräder hatten und dann Clubs aufgemacht haben. Deswegen ist es, zumindest bei den Bandidos, auch Pflicht, eine Harley Davidson zu fahren. Das ist eine Tradition aus Gründungszeiten.

Ihrer Darstellung steht allerdings die weit verbreitete Ansicht entgegen, die Clubs seien nur ein Deckmantel, um kriminellen Aktivitäten nachzugehen.

Jahrzehntelang haben Motorradclubs keinen interessiert. Erst in den letzten zehn Jahren sind sie in den Fokus der Öffentlichkeit geraten. Dahinter steckt meiner Meinung nach eine systematische Kriminalisierungsstrategie durch Politik und Polizei.

Wie begründen Sie diesen Vorwurf?

Jedermann kann mittlerweile im geleakten Strategiepapier zur Bekämpfung der Rockerkriminalität nachlesen, wie die Polizeiführung möchte, dass Rockerclubs in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden sollen, nämlich negativ, und wie Journalisten dafür sensibilisiert werden sollen. Das nennt man dann «proaktive Medienarbeit». Ich sage dazu: Die Behörden verkaufen ihre Meinung an die Presse. Leider drucken viele Zeitungen das ungeprüft ab.

«Die Behörden verkaufen ihre Meinung an die Presse.»

*Bandidos-Pressesprecher Michael (links) und sein Club-Bruder Manu vom Chapter Herne-East.
Foto: Daniell Pföhrringer*



«Für den Normalbürger sind Rocker nun mal Außenseiter.»

Der Mexikaner mit Sombrero, Machete und Revolver darf von den Bandidos nicht mehr öffentlich gezeigt werden. Foto: picture alliance / dpa

Im Visier von Europol

Warum sollte die Polizei eine Bevölkerungsgruppe bewusst kriminalisieren wollen?

Die ganze Geschichte geht zurück auf ein Projekt von Europol in den 1990er Jahren, das dazu dienen sollte, die Polizeibehörden der einzelnen EU-Länder besser zu vernetzen. Es gab damals verschiedene Probleme wegen der Inkompatibilität der Computerprogramme. Also hat man eine Operation namens Monitor gestartet, um alles zusammenzufassen. Bei Rockerclubs konnte man das Modell gut durchexerzieren. Das sind geschlossene Gruppen, man kann relativ einfach definieren, wer dazugehört. Daraus ist dann 2010 das zuvor erwähnte Strategiepapier entstanden – mit all seinen negativen Folgen für unser heutiges Bild in der Öffentlichkeit.

Aber es geht doch um konkrete Straftaten. Das BKA weist darauf hin, dass es im Rockermilieu gehäuft zu Gewaltkriminalität, zu Verstößen gegen das Betäubungsmittel- und das Waffengesetz gekommen ist. Solche Vorfälle können Sie kaum abstreiten.

Das streite ich auch gar nicht ab. Es gab viele solcher Vorfälle, auch bei den Bandidos – sicherlich zu viele. Allerdings ist kein einziges unserer rund 60 Chapter in Deutschland verboten worden, weil man eine kriminelle Organisation nachgewiesen hat. Zwei Chapter, nämlich in Neumünster und in Aachen, wurden nach dem Vereinsrecht verboten – und da müssen noch nicht einmal Urteile ergangen sein. Ermittlungen reichen aus. Das finde ich bedenklich.

Aber nochmal: Natürlich haben einzelne Mitglieder Straftaten begangen, und es steht außer Frage, dass die sich dafür vor Gericht verantworten und die Konsequenzen tragen müssen. Deswegen kann man die Bandidos aber – auch juristisch – nicht zu einer kriminellen Vereinigung erklären.

Warum werden Mitglieder, die mit dem Gesetz in Konflikt gekommen sind, nicht konsequent ausgeschlossen?

Es ist leichter, aus unserem Motorradclub rauszufliegen, als aus einer politischen Partei. Es mussten auch schon viele gehen, weil sie gegen unsere Satzung verstoßen haben. In der steht unter anderem, dass kein Mitglied den Club und seine Strukturen für kriminelle Geschäfte nutzen darf. Wenn das passiert, schließt einen das Chapter sofort aus.

Wettrennen in Kalifornien

Man darf die Struktur nicht nutzen, aber unabhängig davon kann man einem schon mal was durchgehen lassen?

Es ist nicht unsere Aufgabe, die Leute zu bestrafen. Dafür ist der Rechtsstaat zuständig. Und es ist auch ein Märchen, dass wir den Rechtsstaat nicht anerkennen würden, auch wenn das von der Politik und leider auch der Polizei gebetsmühlenartig gestreut wird. Wir nehmen ja nicht das Gesetz in die Hand. Das ist Sache der Justiz, die die Leute zu verurteilen hat.

Was bedeuten dann aber der 1%-Aufnäher und die Selbstbezeichnung als Outlaw?

Das bedeutet auf jeden Fall nicht, dass wir uns selbst als Kriminelle kennzeichnen, wie man das oft liest. Der 1%-er-Patch geht auf eine Geschichte aus dem Jahr 1947 zurück. Damals kam es auf einer Motorradveranstaltung in Hollister in Kalifornien zu Ausschreitungen einzelner Teilnehmer, die auch betrunken Rennen gefahren sind. Der Motorradfahrer-Dachverband hat dann gesagt: Nicht alle Biker sind so, sondern nur ein Prozent davon. Seitdem tragen Rocker diesen Aufnäher. Das heißt aber nicht, dass wir betrunken Motorrad-Wettrennen fahren, sondern das ist eine ironische Replik auf Pauschalverurteilungen. Outlaw ist nicht im Sinne eines Gesetzlosen zu verstehen, der die Staatsgewalt nicht anerkennt, sondern bedeutet «Außenseiter». Und das sind Rocker nun mal für den Normalbürger, weil sie in ihren Augen ein bisschen seltsam aussehen und außergewöhnliche Motorräder fahren.

Im Januar 2017 wurde das Vereinsgesetz vom Bundestag verschärft. Seitdem dürfen Motorradclubs bundesweit ihre Abzeichen nicht mehr auf den Kutten tragen, wenn einer ihrer Ableger verboten ist. Das betrifft auch die Bandidos. Wie bewerten Sie diese Maßnahme?





Für uns ist das eine unzulässige Form der «Sippenhaft». Daher strengen Bandidos, Hells Angels und Gremium eine Verfassungsbeschwerde an. Ich habe die Anhörung im Bundestag im Dezember 2016 verfolgt. Damals bewerteten drei der sechs Experten, davon zwei Juristen, etwa der renommierte Verfassungsrechtler Ulrich Battis, die Gesetzesnovelle negativ. Darum hat sich die Politik aber nicht geschert. Ich bin daher zu der Ansicht gelangt, dass die Politik meistens ihr Programm stur durchzieht, ohne Expertenansichten zu berücksichtigen – und das nicht nur in diesem Fall. Derzeit mögen nur etwa 3.500 Mitglieder von Motorradclubs von der Verschärfung des Vereinsgesetzes betroffen sein, aber morgen kann es auch ganz andere Gruppen treffen.

«Schnelles Helles» gefällig?

Sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Bayern gibt es handfeste Skandale um den Einsatz von V-Leuten der Landeskriminalämter bei den Bandidos (siehe COMPACT 1/2018). Sind das Einzelfälle?

Ich glaube, dass das nur die Spitze des Eisbergs ist. Es gibt ja weitere Fälle, in denen Polizeibehörden gegen Gesetze verstoßen haben, um MCs Straftaten anzuhängen. Weil man das Charter der Hells Angels in Bonn verbieten wollte, haben Polizeibeamte einen Motorradclub namens «Schnelles Helles» gegründet. Der hatte ein rot-weißes Rückenabzeichen und verwendete die gleiche Schrift wie die Hells Angels. Dann hat man darauf gewartet, dass die Hells Angels vorbeikommen, um ihnen irgendwelche Repressalien anzudrohen – allerdings vergeblich. Ein anderes Beispiel: Beim Satudah MC hat ein V-Mann andere Mitglieder angestiftet, Waffen zu kaufen – und die wurden dann bei einer Razzia gefunden. Es ist unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten sehr bedenklich, was da abgeht.

Sind für Sie V-Mann-Einsätze ein legitimes Mittel des Rechtsstaates?

Es leuchtet mir durchaus ein, dass V-Leute sinnvolle Beiträge zur Aufdeckung von Straftaten leisten können. Aber wenn das gemacht wird, dann muss es nach bestimmten Regeln erfolgen. Ich habe allerdings meine Zweifel, dass es da vernünftige Regelungen gibt. V-Männer verstoßen oft selbst gegen Gesetze, animieren zu Straftaten oder erfinden irgendwelche Geschichten – weil es eben nicht genug gibt, was sie sonst berichten könnten. Nicht selten sind das übrigens Leute, die vorher schon straffällig geworden sind. Und die sind dann auf einmal selbst ein Instrument der Exekutive. Ein Unding! Wenn in solchen Einsätzen alles sauber lief, würde ich sagen: Ok, das kann ich akzeptieren. Es läuft aber nicht sauber ab, es ist alles ganz schmutzig.

Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen führt derzeit im Auftrag der EU die Studie «Rockerkriminalität» durch. Sie standen den Wissenschaftlern kürzlich Rede und Antwort. Was versprechen Sie sich davon?

Ich war bei dem Auftraggeber natürlich erst mal skeptisch und habe immer noch Bedenken, ob dieser Einfluss auf das Forschungsergebnis nimmt. Auf der anderen Seite setze ich meine Hoffnung in die Freiheit und Unabhängigkeit der Wissenschaft. Die grundsätzliche Frage lautet: Gibt es überhaupt ein Phänomen «Rockerkriminalität» – oder gibt es «nur» Kriminalität von Rockern? Das eine unterstellt, alle Rocker seien kriminell, das andere besagt: Ja, es gibt auch kriminelle Rocker.

Und was meinen Sie?

Es gibt kriminelle Rocker, aber es gibt keine Rockerkriminalität.

Ich danke Ihnen für das Gespräch. ■

Auf die Finger hauen

In COMPACT 1/2018 berichteten wir über V-Mann-Skandale bei den Bandidos in Bayern und Schleswig-Holstein. Das Bandidos-Verbot in Neumünster (2010) steht offenbar im Zusammenhang mit der Tätigkeit eines V-Mannes. Ein Untersuchungsausschuss des Landtags beschäftigt sich mit der Affäre.

Bandidos-Pressesprecher Michael sagte uns dazu: «Man müsste als normal denkender Bürger davon ausgehen, dass das Verbot gekippt wird. Ich bin aufgrund der Erfahrung der letzten Jahre allerdings skeptisch. Gut, da mussten jetzt ein paar Leute in der Polizeiführung zurücktreten, aber es wurde ja bisher keiner verurteilt. Die bekommen ihre volle Besoldung und können weiter Däumchen drehen. Wo sind denn die Konsequenzen? Solchen Leuten muss man doch eigentlich richtig auf die Finger hauen.»

Die Bandidos wurden 1966 von dem Vietnam-Veteranen Donald Eugene Chambers (1930–1999) in Texas gegründet. Foto: bandidosmc.com

«Es läuft nicht sauber ab, es ist alles ganz schmutzig.»

Michael (52) ist Pressesprecher der Bandidos im deutschsprachigen Raum und Secretary der Föderation West-Central des Clubs. Seit 25 Jahren ist er in der Szene unterwegs und war 1999 Gründungsmitglied der Bandidos in Deutschland. – Das Gespräch führte Daniell Pföhringer.

Die osmanische Mobilmachung

— von Marc Dassen

Muskulös, martialisch und mit missionarischem Eifer sind die Mitglieder des Boxclubs Osmanen Germania hierzulande unterwegs. Im Auftrag der türkischen Regierungspartei AKP wirken sie als Erdogans Fünfte Kolonne.



Osmanen-Vizechef Selcuk Sahin. Der gebürtige Türke steht ab März 2018 vor Gericht. Es geht unter anderem um versuchten Mord, Zwangsprostitution, Zuhälterei sowie Waffen- und Drogendelikte.
Foto: Screenshot ZDF

Die Osmanen sollen 20.000 Euro bekommen haben, um Schusswaffen zu kaufen.

Der Skandal war gigantisch, als der Satiriker Jan Böhmermann in seiner Sendung *Neo Magazin Royale* am 31. März 2016 ein sogenanntes Schmähdgedicht über den türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan vortrug. Der «Boss vom Bosphorus», wie der AKP-Politiker bereits zuvor in der NDR-Sendung *Extra 3* bezeichnet wurde, erstattete persönlich Anzeige gegen den Komiker. Als «Böhmermann-Affäre» ging die Posse in die Mediengeschichte ein, zog mehrere Gerichtsverfahren nach sich und beherrschte wochenlang die Schlagzeilen. Während manche Zuschauer sich darüber köstlich amüsierten, forderten Erdogan-Fans Vergeltung. In einem umtriebigen Macho-Verein fand die türkische Regierung passende Handlanger: Der Chef der Osmanen Germania, Mehmet Bagci, soll laut Erkenntnissen deutscher Ermittlungsbehörden höchstpersönlich den geheimen Auftrag erhalten haben, «eine Bestrafungsaktion bei einem Kritiker des türkischen Staatspräsidenten durchzuführen». Gemeint war der freche Böhmermann.

Die türkischen Nationalisten hatten den Komiker bereits im Fadenkreuz, observierten jeden seiner Schritte. Den Befehl gab laut Staatsschutz ein Mann namens Ilkay Arin, Vorsitzender des AKP-nahen Lobbyverbandes Union der Europäisch-Türkischen Demokraten (UETD). Böhmermann wurde nach Bekanntwerden der Pläne sofort unter Polizeischutz gestellt, Bagci laut *Bild* Anfang Dezember 2017 von einem Sondereinsatzkommando verhaftet.

Wohltäter, Sozialarbeiter, Vorbilder

COMPACT riss dem angeblichen Boxclub um die Anführer Mehmet Bagci und Selcuk Sahin bereits in der April-Ausgabe des letzten Jahres («Kalifat BRD») die Maske vom Gesicht. Man wolle perspektivlose Jugendliche, vor allem die türkischen Brüder der eigenen «Königsrasse», von der Straße holen, ihnen Arbeit besorgen, sie von Drogen und Kriminalität fernhalten, lautete die Erklärung der beiden Muskelprotze. Kaum verkniefen konnten sie sich bei der Äußerung solcher Sätze ein hämisches Grinsen. Die Beiden lediglich Sozialarbeiter für bedürftige Jugendliche? Schafe im Wolfspelz?

Nichts könnte der Wahrheit ferner sein, wie Burkhard Freier, Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz in NRW im Gespräch mit den Reportern des ZDF im Dezember 2015 deutlich machte: «Wir sehen da keinen sozialen Ansatz, auch keinen Ansatz, um Jugendlichen zu helfen.» Stattdessen sei glasklar, dass es sich um «eine Organisation» handle, «die dieselben Verhaltensweisen und Handlungsweisen hat, wie übliche Rockergruppen, also Gewalt, Waffenbesitz, Türsteherszene, Rotlichtmilieu». Die zweifellos großen Bemühungen des Clubs um Jugendliche sind nicht aus reiner Nächstenliebe gespeist, sondern haben «einzig und allein den Sinn, Nachwuchs zu gewinnen für die eigentliche Organisation». Nicht einmal die Bezeichnung «Boxclub» sei zu rechtfertigen, meint die niedersächsische Landesregierung, die in einem Bericht erklärte: «Eine besondere Affinität zum Boxsport konnte bisher nicht beobachtet werden.»

Tatsächlich fokussieren sich die Aktivitäten der Gruppe vor allem auf «Türkei-kritische Organisationen» beziehungsweise «kurdische oder kurdisch-nah Organisationen», so Freier. Er warnt: «Wenn es dann zu Auseinandersetzungen kommt, dann scheuen sie auch nicht die Gewalt.» Längst geht es nicht mehr allein um die Vormacht im Milieu, um Revierkämpfe, Disco-Türen und Drogenumschlagplätze, sondern auch um Politik. Die Präsidentin des Landes-

kriminalamtes Hessen, Sabine Thureau, hat insbesondere bei den Osmanen den Eindruck, dass «diese Rockergruppierung sehr stark zunehmend türkisch-nationalistisch geprägt ist». Die direkten Verbindungen der «osmanischen Einheit», wie man sich in einem eigens angefertigten Werbevideo bezeichnet, zu führenden AKP-Politikern sind offensichtlich.

Erdogans Soldaten

Wie Recherchen von *Frontal21* und den *Stuttgarter Nachrichten* beweisen, haben aktuelle Ermittlungen deutscher Dienste den engen Kontakt zwischen den Osmanen und staatlichen Stellen in der Türkei ans Licht gebracht. Ein abgehörtes Telefonat weist demnach darauf hin, dass Osmanen-Chef Bagci engen Kontakt zum türkischen Geheimdienst MIT pflegt. Die Ermittler geben einen Teil des Gespräches wieder, in dem es heißt, Bagci sei in die Türkei gereist, «um den türkischen Staat um finanzielle Hilfe zu bitten». Diese Tatsache solle «aber geheim bleiben». Weiter soll Bagci dem Verbindungsmann wörtlich erklärt haben: «Niemand wird uns von unserer Sache abbringen. Wir sind bereit, für unsere Sache zu sterben und zu töten.» Von welcher Sache da genau die Rede ist? Um Wohltätigkeitsarbeit wird es wohl nicht gehen.

Der Erdogan-Vertraute Metin Külünk traf sich mehrfach mit den Osmanen-Chefs Sahin und Bagci, um – wie Verfassungsschutz-Chef Freier betont – die Unterstützung der AKP für die Osmanen auch öffentlich deutlich zu machen. Külünk selbst gilt als Strategie der AKP und rief in Deutschland bereits zu Gewalttaten gegen Kurden auf. Man solle «mit Stöcken auf deren Köpfe schlagen», diese Übergriffe filmen und die Videos an den türkischen Staat schicken, damit sie «als Zeichen dafür genutzt werden» können, «was mit denen passiert, die sich gegen die Politik Erdogans erheben», zitiert ihn das ZDF.

Die Osmanen kommandieren ihre Mitglieder regelmäßig als Sicherheitspersonal für politische Veranstaltungen von Erdogan-Gewährsleuten wie etwa der UETD in Deutschland ab. Bei Demonstrationen AKP-treuer Verbände geraten die türkischen Nationalisten immer wieder mit kurdischen Aktivisten aneinander. Wo es knallt, sind die Osmanen nicht weit. Die neueste Erkenntnis der Ermittler: Die rockerähnliche Truppe soll durch die Verbindungen zu Külünk und der UETD «20.000 Euro» bekommen haben, «um dafür Schusswaffen zu kaufen». Die Geldübergabe habe im Juni 2016 in Berlin-Schöneberg, Potsdamer Straße 158, stattgefunden. Bagci und Külünk hätten sich persönlich getroffen, gaben observierende Beamte zu Protokoll.

«Wir sind bereit, für unsere Sache zu sterben und zu töten.»

Osmanen-Chef Bagci

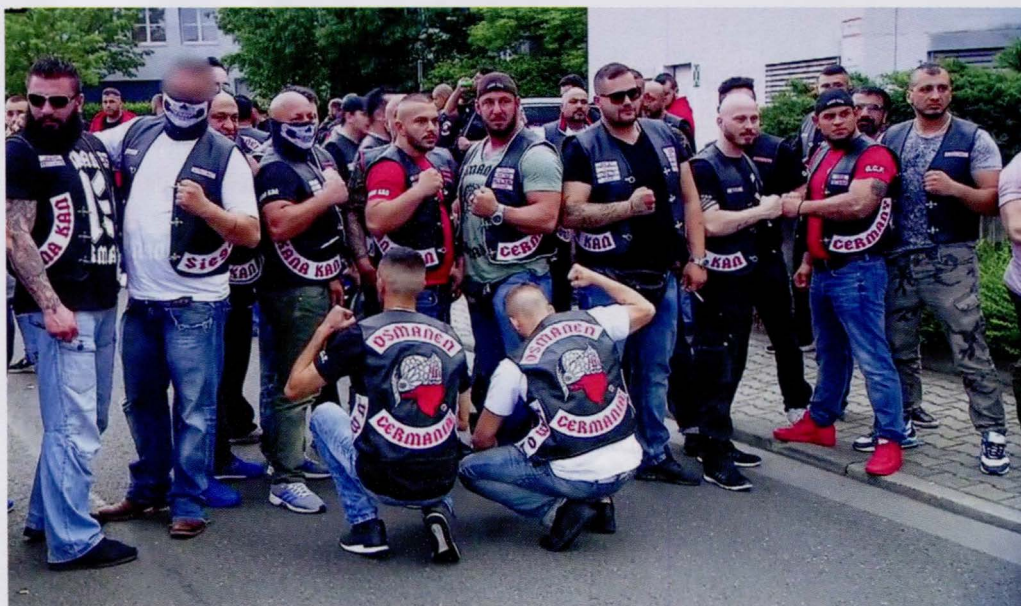
Eine frühere Waffenlieferung wurde bereits im Mai 2016 von der hessischen Polizei abgefangen. Es handelte sich damals um eine semi-automatische Maschinenpistole des tschechischen Typs «Skorpion». Der willkommenen Geldregen wird die Militarisierung der osmanischen Schlägertruppe sicherlich erleichtern. Erdogan hat sich mit seiner türkischen Straßengang jedenfalls ein nützliches Werkzeug geschaffen, das als Druckmittel gegen die deutsche Regierung benutzt werden kann. Damit hätte der Sultan aus Ankara schon zwei: Der Asyl-Deal mit der Bundeskanzlerin läuft auch nur nach Erdogans Spielregeln – und nur so lange, wie das Geld aus Berlin sprudelt. ■

Herrschaft der Angst



«Drohungen kommen jede Woche, fast jeden Tag. Ein Redakteur, der regelmäßig über Prozesse gegen Anhänger der Osmanen Germania berichtet, erhält seit Monaten Briefe und Anrufe. »Zeitung, morgen bist du tot«, ist mit krakeliger Schrift auf einem Zettel notiert, der an seinem Auto befestigt ist. Selbst in seinem Ferienhaus hören die Drohungen nicht auf. Der Journalist berichtet, wie die Anrufe ablaufen: »Sie sagen Sätze wie: Misch dich nicht ein, du stellst zu viele Fragen.« Das ist kein Einzelfall. (...) Wie schwierig die juristische Aufarbeitung des Bandenkriegs ist, hat ein großer Prozess vor dem Landgericht in diesem Jahr gezeigt (...). Beim Verhandlungsbeginn im vergangenen Februar waren 84 Anhänger der rivalisierenden Gruppen im Gerichtssaal, es kam zu Provokationen. Bei Kontrollen wurde ein 20,5 Zentimeter langes Küchenmesser gefunden. (...) »Anhänger des Boxclubs Osmanen Germania mussten gewaltsam aus dem Saal gebracht werden«, berichtet der Gerichtssprecher Johannes Fridrich. Vor dem Gerichtssaal kam es danach zu Schlägereien.« (*stuttgarter-zeitung.de*, 29.9.2017)

Osmanenfaust. Foto: Screenshot ZDF



Osmanische Drohgebärden: Der angebliche Boxclub soll 2.500 Mitglieder in Deutschland haben. Foto: Screenshot ZDF

Szene **Shop**.COM



AKTUELLEN
KATALOG
KOSTENLOS
ANFORDERN!



BIKER • LIFESTYLE • TATTOO • WORKWEAR



Moslems, Möpse und Motoren

von Oliver Flesch

Arabische Scheichs kaufen sich immer stärker in die Formel 1 ein – und gleichzeitig hat auch die Sexismus-Hysterie den Rennsport erreicht. Werden bald Boxenluder und scharfe Kurven verboten?

Der Geruch von Öl und Gummi liegt auf der Autodromo Nazionale di Monza in der Luft. Die Sonne brennt. Testosteron trieft aus allen Poren auf die altehrwürdige Formel-1-Rennstrecke. Letzte Check-Ups, bevor es an den Start geht. Fahrer und Mechaniker sind konzentriert bei der Sache. Doch dann da, aus dem Schatten kommend: eine langbeinige Gazelle, sehr blond, sehr braun, sehr schmal, ihre hochtalentierten Brüste – da bekommen die Hügel von Monza direkt eine neue Bedeutung – und ihr knackiger Po wackeln im Gleichtakt. Einem Mechaniker fällt der Schraubenschlüssel aus der Hand.

Keck trägt sie ihr Schild mit der Nummer 9 vor sich her, zwinkert dem Mechaniker zu. Solche Reaktionen ist sie gewohnt, sie ist eine der Göttinnen der Formel 1, ein «Grid Girl» – auf Deutsch, ein wenig abwertend, «Boxenluder» genannt. In Japan, wo sie «erfunden» wurden, werden diese Mädels fast wie Heilige verehrt. Sie lächelt und hebt ihr Schild mit der Nummer hoch über den Kopf ...

Grid Girls gehören seit den 1960er Jahren zur Formel 1, wie der Rock zum Roll. Ohne die «Race-Queens», «Pit-Babes», «Umbrella- oder Pad-

dock-Girls», wie sich auch genannt werden, wären Autorennen eine Homoparty (nicht zu verwechseln mit Homöopathie). Doch genau zu diesem Boxen-Aus für die holde Weiblichkeit könnte es in unserer Schönen Neuen Welt bald kommen.

Alles Nuetten?

Der Mainstream schweigt weitestgehend, doch die Fachpresse überschlägt sich: «Sexismus? Neue F1-Bosse überdenken Grid Girls», titelt das *Motorsport-Magazin*, die *Speedweek* spricht bereits von einem «Grid-Girls-Aus» und die Systemhuren von MSN fragen scheinheilig: «Debatte um Formel-1-Grid-Girls: Augenschmaus oder nützig?»

Wie konnte es dazu kommen? Nun, die Formel 1 hat neue Eigentümer. Liberty Media nennen sich die Rotznasen. «Liberty» – «Freiheit» also – ausgerechnet! Ross Brawn, der neue Sportchef, spielt mit dem Gedanken, die Grid Girls in Frührente zu schicken. Der britischen BBC sagte er: «Die Art und Weise, wie die Frau für Werbung eingesetzt wird, das ist ein heikles Thema. Wir schauen uns das derzeit sehr gründlich an. Viele Leute sagen, Grid-Girls ge-

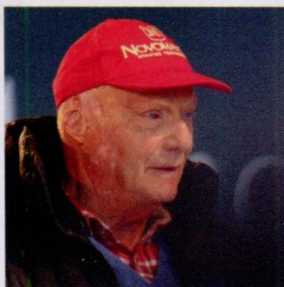
Boxenluder gehören seit über 50 Jahren zur Formel 1. Als erstes Grid Girl gilt die Japanerin Ogawa Schizuyo alias Ogawa Rosa. Heute werden Blondinen bevorzugt.

Foto: picture alliance / HOCH ZWEI

«Sexismus? Neue F1-Bosse überdenken Grid Girls», «Motorsport-Magazin»



WM-Austragungsort Qatar: Boxenluder mit Burka? Nichts ist unmöglich, meinte einst ein großer Automobilhersteller. Foto: SeraphP / Shutterstock.com



«Haben einen Vogel.» Der dreimalige Weltmeister Niki Lauda fuhr zwischen 1971 und 1985 Formel-1-Rennen. Foto: AngMokio, CC BY-SA 4.0, Wikimedia Commons

Oliver Flesch begann seine Laufbahn in den 1990er Jahren als Gesellschaftsreporter bei «Bild». Er schrieb ein paar Promi-Biografien (unter anderem über Harald Schmidt und Gunter Gabriel), von denen es «Let The Good Times Roll» auf die «Spiegel»-Bestsellerliste schaffte. – Mitarbeit: Christian Fromme.

hören zur Tradition. Andere finden, das Konzept sei vielleicht ein wenig verstaubt. Also kümmern wir uns um das Thema.»

Das halten Menschen, deren Hirne noch nicht verstaubt sind, für überflüssig. «Die Emanzipation der Frauen ist vollkommen richtig, um genau zu sein, sind sie dabei, uns zu überholen. Wieso sollen sie nicht mehr da stehen dürfen?», fragt zum Beispiel Formel-1-Legende Niki Lauda. Und er stichelt bei *Sport und Talk aus dem Hangar-7* in Richtung Liberty Media weiter: «Haben die einen Vogel?»

Auch Ferrari-Teamchef Maurizio Arrivabene wähnt sich längst in einem Irrenhaus: «Die Damen sind seit vielen Jahren fester Bestandteil der Formel 1, und ich schätze, Ross Brawn hätte Komplexeres und Wichtigeres, um das er sich kümmern müsste.» Red-Bull-Rennchef Dr. Helmut Marko ergänzt im selben Talk: «Ich kann mir das einfach nicht vorstellen. Der ganze amerikanische Spitzensport lebt doch von den Cheerleadern, die treten vor dem Wettkampf auf, in der Pause und auch danach. Ich sehe keinen Grund, wieso man das in der Formel 1 nicht machen sollte. Ich glaube, die Formel 1 hat wirklich andere Sorgen.»

Untervögelt?

Die Frage ist, was soll dieser vorausseilende Gehorsam der neuen Eigner? Wer macht da Druck? Die Tanztruppe Elend beim Jahrestreffen der Trockenpflaumen? «Auslöser sind immer wieder mal aufkommende Sexismus-Vorwürfe», fabuliert das *Motorsport-Magazin*. Ah ja? In der seit Jahren laufenden Sexismusdebatte waren die scharfen Num-

merngirls nie ein relevantes Thema. Das spricht gegen Druck aus den Reihen der untervögelten Feministinnen – die ja auch überhaupt keine Berührungspunkte zur Formel 1 haben. Wer könnte also sonst dahinterstecken? Na, wer wohl?

Vor anderthalb Jahren war Qatar Sports Investments ganz dicht dran, sich die Mehrheitsbeteiligung über die Formel 1 zu sichern. Die Muselmanen sind also bereits im Spiel, und dass Liberty Media die Grid Girls in Frage stellt, wird wohl ein weiterer Kniefall vor einer todesverliebten Wüstenreligion sein. So wie neulich, als in Moskau die Spiele zur Fußballweltmeisterschaft im Sommer 2018 ausgelost wurden und die heiße Moderatorin bereits im Vorfeld versprach, sich züchtig zu kleiden, damit sich kein muslimisches Land aus der Liveübertragung ausklinkt. Da hätte man sich ein Zeichen von Putin gewünscht. Eine Oben-Ohne-Moderation, DAS wär's gewesen!

«Die Art und Weise, wie die Frau für Werbung eingesetzt wird, das ist ein heikles Thema.» Ross Brawn

Es gab übrigens bereits Versuche, ohne Mädels über die Runden zu kommen. In Monaco wackelten Grid Boys mit ihren Ärschen, und in Österreich wurden die Boxenluder durch Kinder ersetzt. Was die in dem nicht ganz ungefährlichen Formel-1-Umfeld zu suchen haben, wird das Geheimnis der Veranstalter bleiben. Die gute Nachricht: Die Versuche schlu-

gen fehl. Vor allem die Fahrer bleiben ihren Lüdnern treu. Sebastian Vettel sagte nach dem Monaco-Experiment: «Das Auto zu parken und auf den Hintern von einem George oder Dave zu gucken, hat mir nicht gefallen.»

Die Qatarisierung des Sports

Unübersehbar gewinnt die mittlerweile schon ganz offen ausgeübte Islamisierung der westlichen Hemisphäre auch und gerade im prestigeträchtigen Sportgeschäft an Schärfe: Ob Formel 1, Fußball oder auch Beachvolleyball der Damen – bei Letzterem liefert der Sportartikelprimus Nike ja mittlerweile schon die sogenannten Burkinis, ohne rot anzulaufen.

Das Herausnehmen des Kreuzes aus dem Wappen von Real Madrid (für den arabischen Raum) oder eine Barbie-Puppe nach dem Vorbild der muslimischen Olympiateilnehmerin Ibtihaj Muhammad sind Menetekel einer Unterwanderung durch eine dem Abendland feindlich gesinnte Ideologie, die alles verneint und ablehnt, was Spaß und Freude bringt.

«Haben die einen Vogel?»

Niki Lauda zum Boxenluder-Ausschluss

Mit ihren Petrodollars nehmen solvente Länder wie Qatar, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate mehr und mehr Einfluss auf unsere ganz anders ausgerichteten Länder und Gesellschaften. Nehmen wir nur mal die Fußballweltmeisterschaft 2022 in Qatar. Was soll das? Seit wann spielen Geier in der Wüste Fußball? Eskimos spielen ja auch nicht Brennball auf Eisschollen!

Da längst bewiesen ist, dass die WM-Vergabe an Qatar durch Bestechung möglich gemacht wurde, fragt man sich natürlich: Wieso wird die WM diesem Unrechtsstaat nicht wieder weggenommen? Um die Mordshitze im qatarischen Sommer zu vermeiden, wird die Weltmeisterschaft 2022 im Winter ausgetragen... Das gab's noch nie, ich bitte Euch! Aber gut, Public Viewing ist ja seit der islamischen Invasion in Deutschland eh nicht mehr möglich. Wäre ich ein Verschwörungstheoretiker, würde ich sagen: Eben. Drum.

Was können wir tun?

Der große Wurf wird uns kurzfristig nicht gelingen. Dafür fehlt uns die Macht. Aber stete Tropfen können auch zu einem Wasserfall werden, der den islamischen Ungeist aus dem Sport spült. Seitdem Nike Sport-Burkinis herstellt, boykottiere ich die US-Marke, die ich früher ziemlich cool fand. Als

mein Enkelsohn neulich ein Fußballtrikot von Real Madrid haben wollte, kaufte ich ihm eines vom FC Barcelona.

Mein «Wahrer Mann des Tages» war in meinem Blog neulich eine Frau, Anna Muzychuk. Die Schachweltmeisterin lehnte die Teilnahme an der WM in Saudi-Arabien ab, weil sie keinen Schleier tragen wollte. Die 27-Jährige stammt aus der Ukraine. Die Menschen aus Osteuropa sind ja schon lange die besseren Europäer. Sie sagt: «In ein paar Tagen werde ich meine beiden Weltmeistertitel verlieren. Ich will nicht nach den Regeln von jemand anderem spielen, keine Abaya [islamisches Überkleid] tragen oder nicht alleine nach draußen gehen dürfen oder mich generell wie eine Kreatur zweiter Klasse fühlen». Bravo, kann ich da nur sagen!

Außer ihr durften auch sieben Schachprofis aus Israel nicht einreisen, auch Spieler aus Qatar und Iran sollten zunächst kein Visum bekommen. Später lenkte Saudi-Arabien ein, die meisten zunächst Ausgesperrten verzichteten aber freiwillig auf ihre Teilnahme.

So, jetzt aber die alles entscheidende Frage: Warum zur Hölle lassen wir das alles zu? Warum immer und grundsätzlich Extrawürste für die erwiesenermaßen rückständigste, unterdrückterischste und tödlichste «Religion» der Welt? Wieso ordnen wir uns einer faschistischen Ideologie unter, die seit ihrem Bestehen zum Fortschritt der Menschheit nichts beigetragen hat? Offen gesagt: Ich weiß es nicht. Aber wenn ich darauf nicht bald eine schlüssige Antwort bekomme, werde ich doch noch zum Verschwörungstheoretiker... ■

So kaufte Qatar die WM

«Man hat immer gehäht, dass Qatar das größte Fußball-Ereignis der Welt gekauft haben könnte. Erstmals wird nun vor einem US-Gericht das Emirat schwer belastet. Der Argentinier Alejandro Burzaco (53) sagt beim Korruptions-Prozess der FIFA in New York unter Eid aus: Drei Exekutivmitglieder sollen mindestens eine Million Dollar (825.000 Euro) Bestechungsgeld als Gegenleistung für ihre Stimmen von Qatar kassiert haben. (...) Burzaco: «Gron dona sagte mir, dass Leoz erst für Japan und dann für Südkorea gestimmt hat. Während einer Pause zogen Grondona und Teixeira Leoz beiseite, um ihn aufzurütteln, fragten: "Was zum Teufel machst Du? Bist Du derjenige, der nicht für Qatar votiert?" Bei der nächsten Abstimmung unterstützte Leoz Qatar.» (Bild Online, 15.11.2017)

Mit den Großen Preisen von Bahrain seit 2004 und Abu Dhabi seit 2017 trägt die Formel 1 zwei Rennen in islamischen Ländern aus. Auf die sonst üblichen Sektduschen für den Sieger verzichten die Veranstalter. Foto: Pixabay, CCO



Aufstand der Heuchler

von Liselotte Millauer

Die #MeToo-Kampagne gegen sexuelle Belästigung breitet sich aus wie ein Flächenbrand: Filmstars wie Kevin Spacey und Dustin Hoffman, TV-Moderatoren und Politiker – jeder muss damit rechnen, in den Medien mit heruntergelassener Hose präsentiert zu werden.

Kevin Spacey hatte einem 16-Jährigen in die Hose gefasst.

Die Genderlobbyistin Tarana Burke (links) führte das Schlagwort MeToo bereits 2006 im Netzwerk MySpace ein. Foto: picture alliance / ZUMAPRESS.com

Als gäbe es nicht schon genug Kriege... Als würde ein gewisser Twitter-Fan uns nicht mit Angriffen auf seinen «Little Rocket Man» in Nordkorea in die Gefahr einer Nuklearkatastrophe stürzen... Nein, nun ist auch noch ein Konflikt von unabsehbaren, mittlerweile historischen Ausmaßen ausgebrochen, und dies ausgerechnet zwischen den beiden mächtigsten Parteien, die seit Adam und Eva die Welt regieren: den Frauen und den Männern.

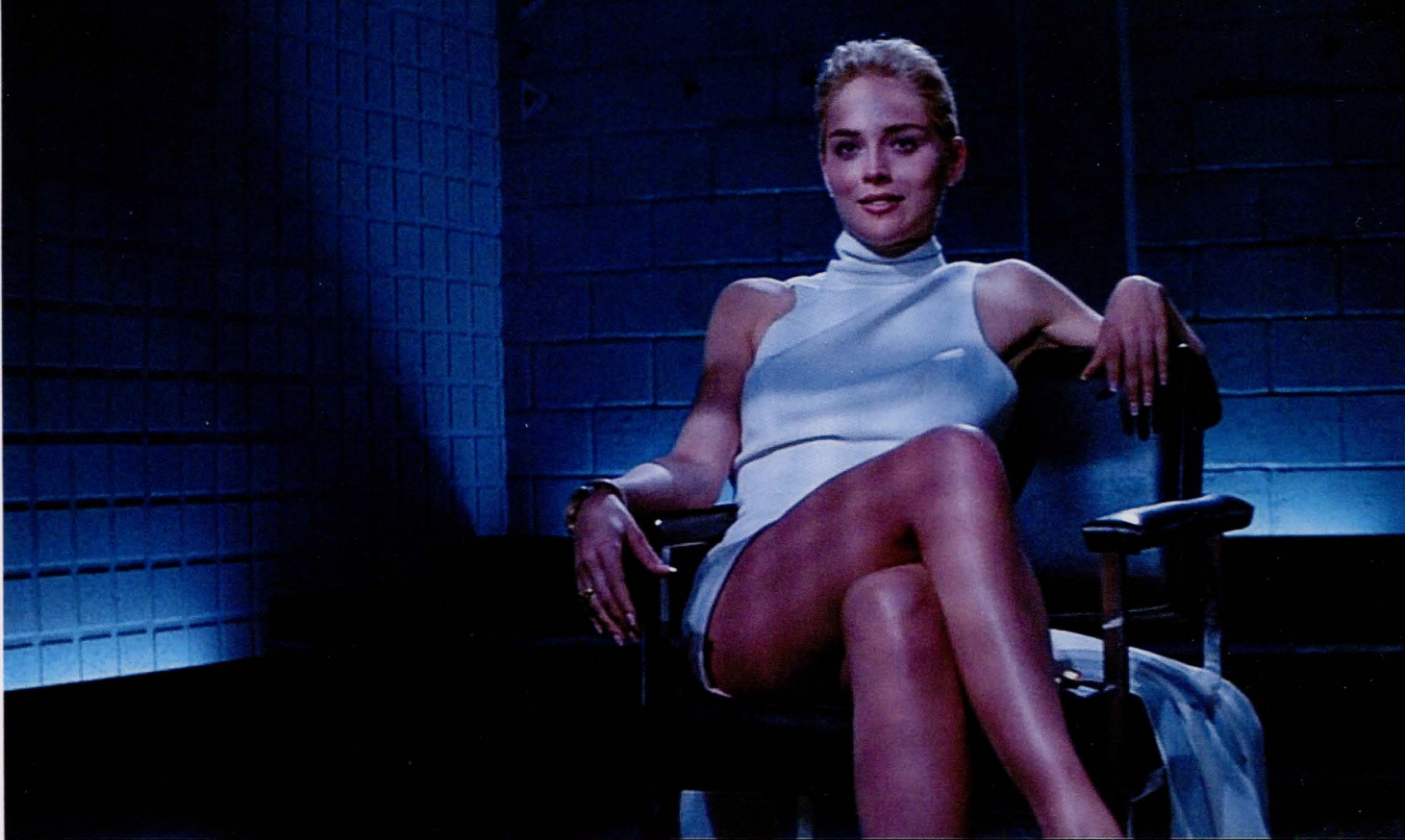
Sex sells

Der Funke, mit dem die *New York Times* (NYT) den König der Besetzungscouch, Harvey Weinstein, zu Fall brachte, hat ein Flammenmeer gezeugt, vergleichbar mit den rasenden Feuern in Kalifornien, die kein Ende zu nehmen scheinen. Zum Jahresende verlieh das renommierte *Time*-Magazin seinen begehrten Titel «Person des Jahres» nicht US-Präsident Donald Trump, wie dieser natürlich erwartet hatte, sondern den Frauen, die ihn zu Fall bringen möchten:

Den Erfinderinnen von #MeToo, die die seit Urzeiten üblichen Sexavancen der Männer, die von lästigen Flirts bis hin zu kriminellen Attacken wie Vergewaltigung reichen, ein für alle Mal beenden wollen. Bereits eine Woche nach dem Start von #MeToo über die sozialen Medien am 15. Oktober reagierten Frauen in 85 Ländern. Belästigte in den abgelegensten Dörfern erreichte der Weckruf der heroischen Aktivistinnen genauso wie jene, die in den Zentren von Ruhm und Macht Opfer unsittlichen Verhaltens wurden. Mittlerweile wachen wir hier in den USA jeden Morgen mit einem weiteren Kandidaten für die «MeToo»-Guillotine auf: «Was, der auch?» Die Kampagne droht mittlerweile, nicht nur die Täter selbst zur Strecke zu bringen, sondern weite Teile des amerikanischen Lebens lahmzulegen. In Film und Fernsehen, Politik, Wissenschaft, Big Business und Sport rollen die Köpfe... Und da die süffisanten Details ein lüsternes Lesepublikum finden, machen selbst Leuchtfeuer des Journalismus wie die NYT, *Los Angeles Times* und *Washington Post* mit diesen Softporno- und Kamasutra-Geschichten Auflage.

Entgeistert erfahren wir, wer alles vor nichtsahnenden Untergebenen die Hosen fallen ließ, wer Girls lüstern zwischen die Beine fasste, wer sein kostbarstes Teil vorderen entsetzten Augen genüss-





lich rieb und sie zur oralen Fortsetzung einlud, ver-
süßt mit der verlockenden Andeutung einer schö-
nen Karriere. Klare Ansage: Wollen Sie, verdammt
nochmal, ein Star werden oder in einem billigen
Zimmer in Hollywood enden? «Schließ die Augen
und denk an England», ermunterten früher die bri-
tischen Mütter ihre Töchter am Hochzeitstag. Dar-
aus wurde (nicht erst) heutzutage: «Schließ die Au-
gen und denk an die Karriere.»

Das Kartenhaus stürzt ein

Die meisten Köpfe der #MeToo-Inquisition rollen
in Hollywood. Superstars aus Film und Fernsehen,
Regisseure und mächtige Agenten – selbst solche,
die immer das große Geld brachten – werden fallen-
gelassen wie heiße Kartoffeln. Moral siegt über Mo-
ney. Im Dezember war der mittlerweile 80-jährige
Dustin Hoffman dran, der sich laut *Variety* einst im
Mai vor minderjährigen Girls entblößt und sie zu Sex
überredet hatte. Und davor, als erster Schock, war
Kevin Spacey medial hingerichtet worden: Zur Über-
raschung seiner Millionen Fans hatte er nicht Damen,
sondern jungen Herren in die Hosen gefasst, zum
Beispiel vor 16 Jahren in einer Hotelbar. Nicht nur,
dass Netflix sofort seine Hauptrolle in der Megase-
rie *House of Cards* neu besetzte. Spacey verlor auch
den Oscar-verdächtigen Auftritt im Film *All the Mo-
ney in the World*, wo er den Milliardär J. Paul Get-
ty spielte, der sich weigert, das Lösegeld für seinen
von den Roten Brigaden entführten Enkel zu zahlen.
Der Blockbuster sollte am 22. Dezember starten, als
er zwei Wochen vorher gecancelt wurde, um Space-
ys Rolle blitzartig mit Christopher Plummer neu dreh-
en zu lassen. Eine Meisterleistung von Regisseur
Ridley Scott, belohnt mit einer Nominierung für den
Golden Globe für ihn selbst und den Ersatzmann...

Mit Spacey weiteten die #MeToo-Skalp-
jäger ihren Angriff auf die homosexuelle Szene aus. So
wurde auch Bryan Singer, der allmächtige Regisseur
der *X-Men*-Filme, von 20th Century Fox gefeuert,
unter anderem wegen der angeblichen Vergewal-
tigung eines 17-Jährigen auf einer Luxusyacht. Und
drei der mächtigsten Agenten der großen PR-Agen-
turen Philip Morris und Creative Artists Agency wur-
den von jungen Männern, denen sie Karrierehilfen
für Oralsex angeboten hatten, ans Messer geliefert.

Es geht auch andersrum

Was zu der Frage führt: Gibt es nicht auch Män-
ner, die unsittlich von Frauen belästigt wurden? Aber
klar. Die prominente demokratische Bewerberin aus
Kansas für einen Sitz im Repräsentantenhaus, An-
drea Ramsey, trat Mitte Dezember zurück, nach-
dem ein Angestellter ihrer früheren Firma ausge-
sagt hatte, er sei entlassen worden, weil er sich
für ihr Sex-Angebot nicht interessiert hatte. Ram-
sey war die erste Frau, die #MeToo zum Opfer fiel –
und wird bestimmt nicht die letzte sein. Laut einer
Umfrage des Pew Research Center haben sieben
Prozent der befragten Männer sexuelle Belästigung
durch Frauen erlebt.

Die feinsten Adressen wetteifern beim Absä-
beln ihrer führenden Köpfe: Etwa die Fernsehse-
nder CBS und NBC, die die altgedienten, von einem
Millionen-Publikum angebeteten Stars ihrer Mor-
genshows in die Wüste schickten, Charlie Rose und
Matt Lauer. Lauer, der mit einem Knopf unter seinem
Schreibtisch die Tür schließen konnte, wenn er, oft
nackt im Office herumlaufend, Girls mit Sex-Spiel-
zeug erfreuen wollte, verlor über Nacht die 25 Mil-
lionen Dollar, die ihm NBC bisher bezahlt hatte.

*Sexistisch? Als eiskalte Schön-
heit verführte Sharon Stone in
«Basic Instinct» nicht nur Michael
Douglas, sondern auch Millionen
Zuschauer. Foto: Studio Canal*

Nutznieser
der #MeToo-
Kampagne sind
die Promi-Anwälte
– Honorar: 1.000
Dollar pro Stunde!

– Liselotte Millauer arbeitet als
Amerikakorrespondentin für
deutsche Zeitungen und lebt in
Los Angeles. In COMPACT 5/2015
schrieb sie über die Politiker-Dy-
nastien Bush und Clinton.

Sophia Thomalla lästert über #MeToo



«So hangelte man sich von Thema zu Thema. Bis Thomalla die Lunte entzündete: Die Runde sollte über die #metoo-Kampagne [sic], in der Männer und Frauen weltweit sexuelle Gewalt anprangern, diskutieren. Die Aktion sei übertrieben, meinte die Schauspielerin. Sie mache Frauen zu Opfern. Autsch! Ob sie sich über Frauen lustig machen wolle, die sexuelle Gewalt erfahren hätten, konterte Maischberger. (...) "Wir leben nicht mehr im Mittelalter", sagte sie. Frauen könnten nein sagen. Immerhin hätten viele, die jetzt aufschreien, vorher Karriere gemacht, konterte Thomalla.» (Das Portal T-Online am 14.12.2017 über die Talkshow von Sandra Maischberger am Vorabend)

Sophia Thomalla. Foto: Michael Schilling, CC BY-SA 3.0, Wikimedia Commons

Kevin Spacey alias Frank Underwood in «House of Cards». Foto: Netflix

Firmenvorstände, hier CEO genannt, kippten gleichermaßen, so bei Amazon und Uber. TV-Star-Koch Mario Batali, Chef und kreative Seele des Animation-Studios Pixar, das gerade zusammen mit Disney den Riesenerfolg *Coco* in die Kinos gebracht hat, ging «für ein paar Monate in Urlaub».

Und das sind nur die Anfänge der Folgen des «großen Erwachens» durch #MeToo, das wie ein Virus um sich greift, manchmal Schuldige trifft – und oft auch Unschuldige. Die Besetzungscouch in den Filmstudios ist jedenfalls auf dem Müll gelandet. Halleluja! Und die Masters of the Universe, die sie gnadenlos benutzten, können nun gemeinsam in einem Rehabilitations-Center oder Kloster untertauchen und sich von Psychiatern und Mönchen ihre Sünden erklären lassen. Ihr Geld fließt an die strahlenden Nutznießer der #MeToo-Kampagne, prominente Anwälte (1.000 Dollar pro Stunde!) wie den Weinstein-Verteidiger Bert Fields. Sie dürften in Kürze auch Donald Trump als Klienten begrüßen: 16 von ihm (angeblich) belästigte Beauties haben sich unter Führung von weiblichen Senatoren und Abgeordneten im Kongress zusammengeschlossen, um seinen Rücktritt zu fordern.

Doch was ist mit denen, die zu Unrecht als Sexbolde angeschwärzt wurden und deren «Belästigung» nichts weiter war als ein etwas zu weit gegangener Flirt, eine unbedachte Berührung sowie nett gemeinte, wenn auch nervende Komplimente? Reicht das aus, um eine Karriere und damit oft ein Leben zu zerstören? Etliche der Beschuldigten sind heute eh alte Knacker, die mit Sex nichts mehr am Hut haben, und ihre Vergehen kann man als Jugendsünden abbuchen.

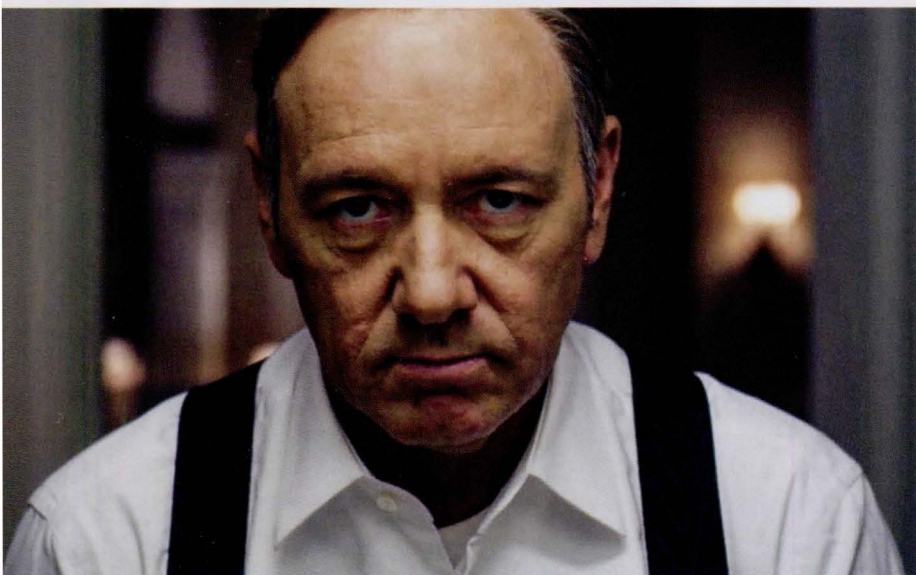
Die #MeToo-Bewegung hat ein Janusgesicht: Sie bringt einerseits den Segen öffentlicher Aufdeckung und damit quasi das Ende inakzeptabler

Praktiken – und andererseits öffnet sie das Tor für falsche Beschuldigungen, für späte Rache nach schiefgelaufenen Affären und für die intrigante Ausschaltung von politischen und anderen Konkurrenten. Die falschen Tränen, die manch ältere Mädchen jetzt auf Pressekonferenzen über jahrzehntealte, eher peinliche als kriminelle Attacken vergießen, demonstrieren weibliche Schwäche – und gerade nicht den «Mut hervorzukommen». Come on, Girls: Vergießt keine Krokodilstränen. Wie sagte schon Angela Lansbury: «Wir Frauen probieren alle Tricks, um den Männern zu gefallen. Da können wir uns doch nicht wundern, wenn sie sexy reagieren...»

Come on, Girls: Vergießt keine Krokodilstränen.

Yeah, das ist wahr. Man geht nicht hin und vernichtet einen Mann, nur weil er sich vor langer Zeit mal danebenbenommen hat. Denn: Wollen wir Männer wie den US-Vizepräsidenten Mike Pence, der erklärte, er würde nie mit einer anderen Frau als der seinen auch nur zum Essen gehen? Wollen wir erreichen, dass kein Mann mehr wagt, mit uns zu flirten? Dass die prickelnde Chemie zwischen den Geschlechtern einer moralischen Langeweile Platz macht? Ein bisschen ist man doch auch selbst verantwortlich – auch da, wo man etwas tat oder gestattete, was man hinterher bereute. Und haben wir Frauen nicht gelernt, uns selbst zu verteidigen? Schon ein bestimmtes «Thanks, but no thanks» – mit einem Lächeln – tut Wunder bei der Abschreckung. No, Sir! Und wenn einer nervt und nicht aufgibt oder tätlich wird? Ich bin Kickboxer! Ein Tritt in die schwache Stelle, ein Punch auf das Lästermaul – das macht aus dem Opfer den Sieger. Also auf ins Fitnessstudio! ■

Anzeige



»Politik« ändert nichts mehr,
verläßt das Hamsterrad!

Es gibt

Neue Wege

Unabhängige Dörfer, in denen wir
gesunde, kraftvolle Gemeinschaften
schaffen können. Für unsere Kinder
und unsere Heimat!

Die Vision als Heftform: Neue Wege, 110 S, 8,- EUR
Neue_Wege@freenet.de, Tel: 034602/404970

Künder der deutschen Tragödie

– von Daniell Pföhringer

Vor 25 Jahren – und damit lange vor Thilo Sarrazin – schlug der Schriftsteller Botho Strauß eine tiefe Schneise in das Dickicht bundesrepublikanischer Gewissheiten. Dass sich ausgerechnet der auf deutschen Bühnen meistgespielte Dramatiker zu einem unverkrampften Rechtssein bekannte, war für das Establishment ein echter Schock.

«Das Echo war gewaltig», so der Soziologe Stefan Breuer nach der Veröffentlichung des Essays «Anschwellender Bocksgesang» in der *Spiegel*-Ausgabe vom 8. Februar 1993. «Durch alle größeren Tages- und Wochenzeitungen ging ein Rumoren, als habe der Antichrist sein Haupt erhoben, die Sturmglocken wurden geläutet, die Waffenkammern geöffnet und die schwersten Geschütze in Stellung gebracht.» Besonders oft sei dabei der Vorwurf zu lesen gewesen, der Autor «betreibe eine Reaktualisierung von Positionen der Konservativen Revolution und reihe sich damit ein in jene Bestrebungen, die eine Abkehr Deutschlands vom Westen auf ihre Fahnen geschrieben» hätten.

«Als habe der Antichrist sein Haupt erhoben.»

Stefan Breuer über Strauß

Tatsächlich fiel der Beitrag in eine Zeit, in der die Debatte um die künftige Ausrichtung des wiedervereinigten Deutschlands noch nicht abgeschlossen war. Außenpolitisch sprachen sich viele Ex-DDR-Bürger für Neutralität aus, innenpolitisch wurde die Lage vor allem von den Brandanschlägen auf Asylbewerberunterkünfte in Mölln und Solingen und dem sogenannten Asylkompromiss geprägt, mit dem Bonn die Zuwanderungswelle der frühen 1990er Jahre zum Abebben bringen wollte. In der Bundesrepublik tobte damals ein «Kulturkampf, bei dem es weniger um tatsächliche Konfliktlinien ging, eher um die Imagination einer allmächtigen Rechten durch die Linke», resümierte der Historiker Karlheinz Weißmann 20 Jahre später in der Zeitschrift *Sezession*. Der Text von Botho Strauß sei von weiten Teilen der selbsternannten Eliten als «Vorzeichen» einer Renaissance konservativen Denkens gedeutet worden, «auch weil er veröffentlicht wurde, als die tonangebenden Kreise aus einer Depression auftauchten», die der unerwartete Zusammenbruch des Ostblocks hinterlassen hatte. Gänzlich falsch lagen Bedenkenträger damit nicht – und wie sich herausstellen sollte, hatte Strauß mit seinem Essay ein Fenster geöffnet und den reichlich vermieteten Debattenraum gut



durchgelüftet. Der «Anschwellende Bocksgesang» markierte eine erste Zäsur im öffentlichen Diskurs, von dem die Neue Rechte, die AfD und außerparlamentarische Gruppen noch heute profitieren.

Wider den Ökonomismus

Dabei war Strauß' Zwischenruf alles andere als platter Agitprop, sondern ein sehr anspruchsvoller Text, verrätselt, metaphernreich, sprachlich mitunter verspielt und für ein Publikum mit entsprechendem Bildungshintergrund geschrieben. Der «Bocksgesang» im Titel verwies auf das Tragödien-theater in der griechischen Antike, das in Form eines Kultspiels für den Gott Dionysos und dessen

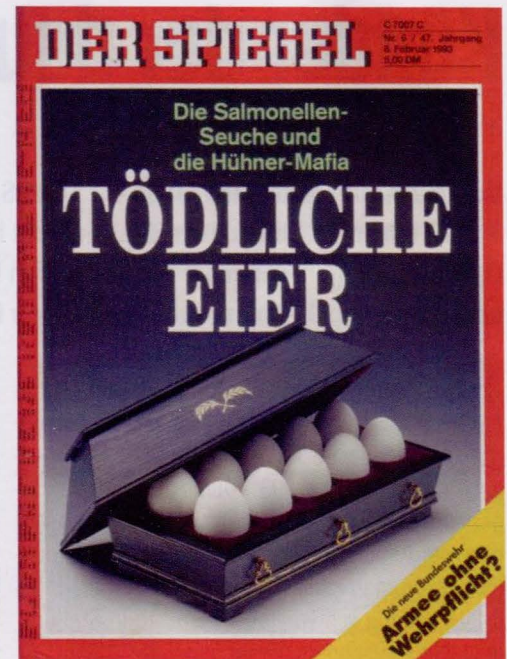
Holla, die Waldfee: Das Gemälde «Nymphen und Satyr» (1873) des französischen Malers William-Adolphe Bouguereau (1825–1905). Die Tragödie der griechischen Antike war ein «Bocksgesang» zu Ehren des Gottes Dionysos, in dessen Gefolge sich die Satyrn, mythische Mischwesen, befanden. Botho Strauß nahm darauf mit dem Titel seines Essays Bezug. Foto: Public domain, Wikimedia Commons



Bild links: Dörte Lyssewski als Freya Genetrix und Robert Hunger-Bühler als John Porto. Die Wiener Uraufführung von Strauß' «Das blinde Geschehen» im Jahr 2011.

Foto: picture alliance / dpa

Bild rechts: Eine Erwähnung auf dem Titel war dem «Spiegel» der «Bocksgesang»-Essays 1993 nicht wert. Foto: Der Spiegel



«Der Reaktionär lässt, was niemals war, geschehen sein...» Botho Strauß

Gefolge, die Satyrn mit ihren Bocksfüßen und -hörnern, dargeboten wurde. Strauß hatte also den Anspruch, eine «anschwellende», also zunehmende, Tragik zu beschreiben, allerdings keine altertümliche, sondern jene der Gegenwart, genauer gesagt: der deutschen Gegenwart.

Sein Essay war eine furiose Philippika gegen Liberalismus und Materialismus. Strauß erkannte die Wechselbeziehung von geistiger und ethisch-moralischer Verwahrlosung in der Wohlstandsgesellschaft und der Verachtung gegenüber der eigenen Kultur, Geschichte und Tradition. «Sind wenige reich, so herrscht Korruption und Anmaßung. Ist es das Volk insgesamt, so korrodiert die Substanz. Jedenfalls schützt Wohlhaben nicht vor der Demontage des Systems, dem es sich verdankt», schrieb er. Manchen dämmere es inzwischen, «dass Gesellschaften, bei denen der Ökonomismus nicht im Zentrum aller Antriebe steht, aufgrund ihrer geregelten, glaubensgestützten Bedürfnisbeschränkung im Konfliktfall eine beachtliche Stärke oder gar Überlegenheit zeigen werden».

Hellsichtig sah der Autor schon damals Auseinandersetzungen heraufziehen, «die sich nicht mehr ökonomisch befrieden lassen; bei denen es eine nachteilige Rolle spielen könnte, dass der reiche Westeuropäer sozusagen auch sittlich über seine Verhältnisse gelebt hat, da hier das ‚Machbare‘ am wenigsten an eine Grenze stieß». Wie man dies bewerte, sei gleichgültig, «es wird schwer zu bekämpfen sein: dass die alten Dinge nicht einfach überlebt und tot sind, dass der Mensch, der einzelne wie der Volkszugehörige, nicht einfach nur von heute ist. Zwischen den Kräften des Hergebrachten und denen des ständigen Fortbringens, Abservierens und Auslöschens wird es Krieg geben».

Strauß mahnte: «Wir warnen etwas zu selbstgefällig vor den nationalistischen Strömungen in den osteuropäischen und mittelasiatischen Neu-Staaten. Dass jemand in Tadschikistan [damals war dort gerade ein Bürgerkrieg ausgebrochen] es als politischen Auftrag begreift, seine Sprache zu erhalten wie wir unsere Gewässer, das verstehen wir nicht mehr. Dass ein Volk sein Sittengesetz gegen andere behaupten will und dafür bereit ist, Blutopfer zu bringen, das verstehen wir nicht mehr und halten es in unserer liberal-libertären Selbstbezogenheit für falsch und verwerflich.» Und er empfahl: «Zuweilen sollte man prüfen, was an der eigenen Toleranz echt und selbständig ist und was sich davon dem verklemmten deutschen Selbsthass verdankt, der die Fremden willkommen heißt, damit hier, in seinem verhassten Vaterland, sich die Verhältnisse endlich zu jener berühmten (‚faschistoiden‘) Kennlichkeit entpuppen, wie es einst (und heimlich wohl bleibend) in der Verbrecher-Dialektik des linken Terrors hieß.»

«Düsterer Gegenaufklärer»

Unter den Bedingungen der Mediengesellschaft werde aus der «dumpfen Masse» die «dumpfe aufgeklärte Masse»: «Das Regime der telekratischen Öffentlichkeit ist die unblutigste Gewaltherrschaft und zugleich der umfassendste Totalitarismus der Geschichte. Es braucht keine Köpfe rollen zu lassen, es macht sie überflüssig.» Der «Mut zur Sezession, zur Abkehr vom Mainstream» werde so zur vornehmen Pflicht eines versprengten Häufleins von «inspirierten Nichteinverstandenen» – und die konnten für Strauß nicht im linksliberalen Establishment beheimatet sein. «Rechts zu sein, nicht aus billiger Überzeugung, aus gemeinen Absichten, sondern von ganzem Wesen, das ist, die Übermacht einer Erinnerung

zu erleben, die den Menschen ergreift, weniger den Staatsbürger, die ihn vereinsamt und erschüttert inmitten der modernen, aufgeklärten Verhältnisse, in denen er sein gewöhnliches Leben führt», so der Schriftsteller. Anders als Linke malten sich Rechte keine «Heilsgeschichte» aus, kein «künftiges Weltreich», keine Utopie, sondern suchten «den Wiederanschluss an die lange Zeit».

Das Justemilieu reagierte auf Strauß' Essay aufgeschreckt, teils auch mit billigem Spott. Der Literaturkritiker Michael Maar attestierte dem wortgewandten Autor allen Ernstes «Unfähigkeit zum Stil», der Historiker Gustav Seibt sprach von der «Panikreaktion» eines Modernisierungsverlierers. SPD-Vordenker Peter Glotz sah dringenden Handlungsbedarf: «Wie – zum Teufel – sorgt man dafür, dass die ‚Versprengten‘ auch wirklich versprengt bleiben? (...) Botho Strauß ist ein gefährlicher Wirrkopf.» Und der damalige Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, warnte, der Dramatiker Strauß gehöre wie der Historiker Ernst Nolte zu einer «intellektuellen Gesellschaft, auf die sich aktive Rechtsradikale in mancher Hinsicht berufen können».

«Botho Strauß ist ein gefährlicher Wirrkopf.» Peter Glotz

Die Empörung des Establishments steigerte sich um ein Vielfaches, als der «Anschwellende Bocksgesang» ein Jahr nach der Veröffentlichung im *Spiegel* in dem von Heimo Schwilk und Ulrich Schacht herausgegebenen Sammelband *Die selbstbewusste Nation* auftauchte – für die Literaturwissenschaftlerin Gabriele Kämper nicht weniger als das «Manifest einer neuen Rechten der 90er Jahre». Der Band, zu dem auch andere namhafte Per-

sönlichkeiten wie der CSU-Politiker Peter Gauweiler, der Schriftsteller Rüdiger Safranski, die Kanzlerwitwe Brigitte Seebacher-Brandt und der Filmemacher Hans-Jürgen Syberberg Aufsätze beisteuerten, markierte den «Frontwechsel» des ehemaligen Achtundsechzigers Botho Strauß, so Stephan Sattler in seiner Buchkritik für den *Focus*, während Christian Graf von Krockow den Schriftsteller in seinem Buch *Von deutschen Mythen* (1995) als düsteren Gegenauklärer präsentierte, der die Fackel eines elitären deutschen Traditionsbewusstseins hochhalte.

Haltung zeigen!

Der Historiker Rainer Zitelmann bemerkte in seinem Aufsatz «Position und Begriff. Über eine neue demokratische Rechte», der ebenfalls in *Die selbstbewusste Nation* erschien: «Überraschend an Botho Strauß' Essay „Anschwellender Bocksgesang“ war, dass die Standortbezeichnung „rechts“ nicht mit einem negativen, sondern mit einem eindeutig positiven Beiklang Verwendung fand.» Die «Selbstverortung als „Rechter“» gehe dabei «nicht mit dem üblichen defensiven Absicherungsgerede einher».

Vor gut fünf Jahren veröffentlichte der zurückgezogen in der Uckermark lebende Schriftsteller – wiederum im *Spiegel* – mit «Der Plurimi-Faktor» eine Gegenwarts kritik, die fast nahtlos an den «Anschwellenden Bocksgesang» anschloss. Aus dem Rechten war inzwischen ein bekennender «Reaktionär» geworden, ein «Phantast» und «Erfinder», der sich vom Konservativen, den er abfällig einen «Krämer des angeblich Bewährten» nannte, deutlich unterscheide. «Der Reaktionär lässt, was niemals war, geschehen sein. Er verkärt als der echte Epiker das Gewesene, um es jederzeitlich zu machen», so Strauß. In diesem Sinne ist der Kündler der deutschen Tragödie aktueller denn je. ■

Abgesang auf die Liberalen

«Liberal sein ist nur für eine Minderheit von freien Geistern gut. „Für alle“ wird daraus schnell Freiheit zu billigstem Preis.»

«Wir drängen den Gläubigen und Andersgläubigen neben uns unentwegt unsere Freiheiten auf, denken aber nicht daran, auch nur das Geringsste von ihrer sittlichen Freiheitsbeschränkung nachahmenswert zu finden oder auf uns abfärben zu lassen. Das Abfärben soll nur einseitig geschehen. Dabei täte etwas mehr Familie, etwas väterliche Stärke einem Erziehungsverhalten gut, dessen Schwächen allenthalben von staatlich geförderten Hilfen kostspielig kompensiert werden.»

«Man will mir weismachen: Parzival, Tristan, Lancelot – die Helden, die Werke berührten lediglich die heterosexuelle Konvention. Dahinter verberge sich durchweg schwule Leidenschaft. (...) Die Werke haben dazu nur den Kopf geschüttelt.» Botho Strauß, *Lichter des Toren. Der Idiot und seine Zeit*, Diederichs Verlag, München, 2013.

Ein deutscher Mythos: Das Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald. Foto: BeneFoto, CC BY-SA 4.0, Wikimedia Commons

Anzeige



**KAPITAL
SICHERN.DE**

ECHTE WERTE

- Gold und Silber als Münzen und Barren
- Strategische Metalle & Seltene Erden
- Einzigartiger Goldsparplan
- LV - Kündigung
- Beratung

www.KapitalSichern.de
Info@KapitalSichern.de
Telefon 07955 476583



Kabul liegt an der Seine

_ von Frederick Binswanger

Nach Paris, der Liebe wegen? Ein Urlaubsort für Feinschmecker und Weinliebhaber, Kunstkenner und Flaneure? Das war einmal. Die Metropole ist bis in ihr historisches Zentrum hinein überschwemmt von Arabern, Afrikanern und Asiaten. Die einst lebenslustigen Franzosen bekommen es mit der Angst.

Weißer Frauen
senkten den Blick
und liefen so
schnell wie mög-
lich an den Jugend-
lichen vorbei.

*Freiluftgebet in einem Banlieue:
Die 19 Moscheen von Paris reichen
wohl nicht mehr aus. Offiziell leben
in der Stadt 80.000 Moslems, doch
Schätzungen gehen von bis zu
500.000 aus. Foto: picture alliance
/ abaca*

Im Sommer war ich in Paris unterwegs, um mich mit Bekannten einer katholischen Verbindung zu treffen. Wir besuchten die üblichen Sehenswürdigkeiten, und ich hatte zwei Tage und zwei Nächte eingeplant, um die sogenannte Stadt der Liebe so richtig zu genießen. Höhepunkt war für mich der Besuch der Basilika Sacré-Cœur auf dem Montmartre, die man gut vom Stadtzentrum aus sehen kann, wenn man etwas erhöht steht. Frankreich liegt ja quasi nur auf der anderen Seite des Rheins, sodass ich schon öfter im Land unterwegs gewesen war, ohne jemals die berühmte Metropole selbst zu besuchen. Mein erstes Mal also.

Ehrlicherweise muss ich sagen, dass diese Stadt genauso gut in Kamerun oder Kongo liegen könnte. Wer nachmittags im Sommer abseits der Touristenattraktionen und Regierungsstraßen unterwegs ist, kann zu keinem anderen Schluss kommen. Die absurd kitschigen Postkarten, die an den Zeitungsläden und Souvenir-Shops angeboten werden, preisen häufig das Paris der 1950er- und -60er-Jahre an: Hübsche französische Damen mit Hut und Sommerkleid, die durch die prachtvollen Alleen spazie-

ren und in Cafés arabischen Mokka schlürfen, dabei Zigaretten rauchen und in der Nacht erotischen Erlebnissen frönen. Dieses Paris, wo Pärchen ihren romantischen Urlaub verbringen und unter dem Eiffelturm Zärtlichkeiten austauschen! – Vintage...

Dieses Paris existiert nicht mehr. Als wir unterhalb des Eiffelturms standen, gingen dort gerade Spürhunde der Polizei hinauf, und links wie rechts wachten Soldaten der Militärpolizei. Die Masse der Touristen stammte aus Asien, schoss schnell Fotos und verkrümelte sich dann wieder. Es war zwar durchaus noch reges touristisches Treiben zu beobachten, jedoch kaum in der Ausgelassenheit, wie man sich das vielleicht vorgestellt hat. Die Anschläge der Islamisten haben den Menschen die Ruhe genommen.

Im Basar von Saint-Denis

Mein gebrochenes Französisch brachte mich einigen Passanten näher, die mir erzählten, dass sie, je nachdem, wo sie wohnen, kaum schlafen könnten. Ständig seien Polizeisirenen und sogar Schüsse zu hören – so ein älterer Verkäufer, den ich in Saint-Denis traf.

Hochzeitsboutiquen säumten die Straßen, in denen islamische Hochzeitskleidung feilgeboten wurden und Kopftuchfrauen in großen Gruppen einkaufen gingen. Arabische und lateinische Buchstaben wechselten sich ab, und nur durch meine einheimischen Begleiter fanden wir den Weg zu einem guten Café, das fantastischen Kaffee auf-tischte. Auffällig war, dass sich dort nur Männer befanden und wir als weiße Europäer deutlich in der Minderheit waren. Die meisten Gäste stammten aus dem Maghreb und unterhielten sich in Englisch, Französisch und anderen mir fremden Sprachen Afrikas und Asiens. Das Gefühl, hier fremd zu sein, ließ mich nicht mehr los. Positiv gewendet könnte man sagen, ich fühlte mich wie Indiana Jones auf Abenteuer im Morgenland. Afghanen erkannte ich als ehemaliger Soldat sofort unter den vielen Arabern und Afrikanern. Junge, asiatisch wirkende Männer, deren Aussehen dem der Mongolen etwas ähnelt, waren ein häufiger Anblick vor den Internetcafés und Handyshops, wo sie wahlweise angelehnt oder hockend anzutreffen waren: Uiguren, Tadschiken und Hazara. Weiße Franzosen oder Europäer hingegen waren zu den meisten Tageszeiten eine Seltenheit, die man mit der Lupe suchen musste. Es hätte auch ein Basar in Kabul sein können. Ich bin ein recht großer und sportlicher Mann, fühl-





te mich aber dennoch von den am Straßenrand herumlungenden Gruppen afrikanischer Jugendlicher eingeschüchtert. Bis zu zehn Mann standen dort im Kreis, rauchend, trinkend und manchmal den Frauen hinterherstarrend, die, ohne den Kopf zu heben, so schnell wie möglich vorbeirannten.

Razzia in Popincourt

Unser Hotel war nicht weit vom Triumphbogen entfernt, sodass ich eigentlich nichts von diesen Ecken in Paris hätte mitbekommen müssen. Aber es reicht schon, wenn man das unmittelbare Stadtzentrum verlässt. Man muss nicht nach Saint-Denis gehen, um sich wie in Nordafrika zu fühlen. Allein auf dem Weg zur Basilika wollte mir ein halbes Dutzend Straßenhändler Uhren, Schmuck oder Spielzeug andrehen. Viele schüttelten mir sogar die Hand und kamen mir so nahe, dass ich instinktiv auf Abstand ging und mir der Gedanke durch den Kopf schoss, dass die Hände, die gerade an meiner Jacke langgegangen waren, wohl nach der Geldbörse gesucht hatten. «Hello, speak English?» war der Beginn von Ärger, als meine französischen Begleiter und ich uns kurz vor der Basilika von rumänischen oder albanischen Roma umringt sahen, die nicht von uns ablassen wollten. Auf dem Vorplatz wimmelte es nur so von Bettlern und Straßenverkäufern, deren Herkunft alles Mögliche, nur nicht europäisch war. Es brauchte die schroffe Art meiner einheimischen Begleiter, die mit Flüchen und Beleidigungen die Bettler verjagten, ehe wir in Frieden in der Ba-

silika einkehren konnten. Auf meine Nachfrage, seit wann es denn so schlimm sei, antworteten sie mir mit einem Schulterzucken: Sie hatten sich schon daran gewöhnt.

Die zweite Nacht in Paris, die wir in einer Bar verbrachten, endete mit einer Razzia im Restaurant gegenüber. Beamte der Meldebehörde fuhren kurz nach 22 Uhr vor und nahmen die halbe Belegschaft zur Aufnahme der Personalien fest. Bis in die frühen Morgenstunden dröhnten im Arrondissement Popincourt, in dem sich auch der Club Bataclan befindet, die Polizeisirenen. Sogar bis in die Metro wurde man von mit FAMAS-Sturmgewehren bewaffneten Soldaten der Armee begleitet, die nuschelnd über verdächtigen Personen Ausschau hielten, die sich wohl ebenfalls mit uns im Zug befanden. Wir stiegen aus, bevor ich erleben konnte, wie die ganze Geschichte ausging. Mein Begleiter Clement zeigte mir dann auf dem Weg zum Hotel seinen Teleskopschlagstock und lächelte, ehe er mir sagte, dass ich mich schon daran gewöhnen würde, wenn ich hier länger bliebe. Dabei will ich mich gar nicht an solche Zustände gewöhnen!

Das Ghetto im Ghetto

Je nachdem, welches Viertel wir durchliefen, bot sich mir ein anderes Bild von Menschen und Kulturen. Asiatische Viertel mit Chinesen und Vietnamesen, die ganze Straßenzüge beherrschen, dane-

Seit den Anschlägen vom Januar 2015 herrscht in Paris wie in ganz Frankreich offiziell Ausnahmezustand. Foto: picture alliance / AA

Die Stadt ist mehr Babylon als Paris.

Frederick Binswanger ist ein katholischer Verbindungsstudent und schreibt ansonsten für den Blog «younggerman.com».

Frankreichs Zukunft

Frankreich hat derzeit knapp 67 Millionen Einwohner, davon rund 13,1 Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte, also etwa jeder Fünfte. Obwohl die Zuwanderung in den letzten Jahren weit hinter den deutschen Zahlen zurückblieb, wird sich die Bevölkerungsstruktur aufgrund der höheren Geburtenrate der Eingebürgerten und Ausländer stark verändern. Ab 2040 werden mehr als 50 Prozent der Neugeborenen aus außereuropäischen Familien stammen. Ende des 21. Jahrhunderts wird in einem Land mit dann 78 Millionen Einwohnern dieser Bevölkerungsanteil die Mehrheit bilden.

ben Halal-Fleischereien, Moscheen und pakistanische Lebensmittelgeschäfte, eingeklemmt zwischen schwarzafrikanischen Textilwäschereien. Es standen Plastikstühle auf dem Bordstein, und das Leben der zumeist dunkelhäutigen Einwohner spielte sich direkt auf der Straße ab, inklusive Stricken, Wäschewaschen und Kaffeetrinken. Einen Straßenzug weiter lebten plötzlich nur weiße Europäer, Franzosen, Briten und Spanier, die in Barocksiedlungen wie die Elben in ihren magischen Wäldern hausten. Kleine rechteckige Kameras machten deutlich, dass diese Hauseingänge nicht unbewacht waren. Quasi ein Ghetto mitten im Ghetto. Soldaten und Polizei waren überall – die Uniformierten waren ein Querschnitt aller Hautfarben und Religionen. In Deutschland macht man sich keinen Begriff davon, wie hochgradig militarisiert und «multikulturalisiert» unser Nachbarland ist. Immer wieder vernahm ich im Vorbeigehen aus Polizeiautos das Knistern von Funkgeräten, und über uns kreiste am Nachmittag ein Militärhubschrauber, während eine lange Kette mehrerer Mannschaftswagen über die Kreuzung raste. Das Jaulen der Sirenen war unser ständiger Begleiter, und Bettler standen, saßen oder schliefen überall an den Bahnhöfen und auf Parkbänken. Wie hier eine romantische Stimmung aufkommen, wo hier noch das Paris der Verliebten sein sollte, war mir schleierhaft.

Am letzten Abend sagte ich Clement, dass ich nicht glauben kann, was mit Paris geschehen war. Für mich ein absoluter Kulturschock: Das war mehr Babylon als Paris! Und wir wissen doch, was mit dem Turm zu Babel geschehen ist: Im ersten Buch Mose wird beschrieben, wie der Herr die Sprachen der Bewohner von Babel verwirrte, sie zerstreute, und sie dadurch vom Turmbau ablassen mussten. Dasselbe zum Scheitern verurteilte Projekt dürfen wir heute mit unseren eigenen Augen beobachten. Clement schüttelte über meinen Pessimismus den Kopf und antwortete mit Jakobus 1:6: «Wer bittet, soll aber im Glauben bitten und nicht zweifeln; denn wer zweifelt, gleicht einer Meereswoge, die vom Wind hin und her getrieben wird.»

Meine Begleiter konnten die Roma nur mit Flüchen und Beleidigungen verjagen.

Am Bahnhof nahm ich Clement in den Arm und verabschiedete mich von meinen französischen Begleitern, in deren Gesichtern sich Hoffnung und Verzweiflung abwechselten. ■

Anzeige

Ihr Profi mit für Privat-, Dienst- und Seniorenzüge! Unsere Leistungen:

- Qualitätsumzüge bundes- und europaweit
- Wohnungsberäumung und Renovierung
- Möbel- und Küchenmontage mit Vorplanung
- Entsorgungen / Haushaltsauflösungen
- Renovierungsarbeiten, Packservice u. Außenlift
- Versteigerung von verwertbaren Möbelstücken (öffentlich bestellter u. vereidigter Auktionator)



Sensible Seniorenzüge sind bei uns in besten Händen! Sie sind nicht allein! Wir stellen die Anträge bei Pflege- und Krankenkassen für Umzüge in barrierefreies Wohnen — durch uns als Volservice!

+++ www.fachumzug.de +++ speditionebert@fachumzug.de +++ 0800 / 482 02 30 +++

Halle · Leipzig · Magdeburg · Erfurt · Greifswald · Eilenburg · Wolfen · Naumburg
visdp: Entsorgungs- und Umzugsspedition Ebert GmbH, Pestalozzistr. 29, 06128 Halle / S.

Hartlages BRD-Sprech _ Neger

Bei der jüngsten Aktualisierung meiner Textverarbeitung hat Microsoft wohl stillschweigend einige meiner Einstellungen verändert.

Soeben jedenfalls habe ich diesen Artikel mit der Überschrift «Neger» begonnen und muss feststellen, dass Word diesen Titel mit einer gestrichelten Linie markiert hat. Auf einen Rechtsklick hin empfiehlt mir Microsoft: «Sie sollten den Ausdruck ersetzen.»

Sagenhaft! Die Fürsorge der IT-Giganten umfasst jetzt auch die Hilfe zur Selbstzensur, und das sogar bei Ausdrücken, die nicht den geringsten beleidigenden Gehalt haben.

Zumindest die Älteren unter den Lesern werden sich daran erinnern, dass das Wort «Neger» noch vor rund dreißig Jahren als völlig wertneutral galt. «Schwarzer» sagte man als sensibler Mensch damals nicht, um keine Vorurteile zu schüren, denn schwarz ist keine positiv besetzte Farbe – bei «Schwarz» denkt man an schwarze Kassen, Schwarzfahrer, Schwarzarbeiter, schwarze Magie, schwarze Messen, den Schwarzen Freitag, schwarze Stunden, schwarze Seelen, kurzum, an Dinge, die anrüchig oder böse sind.

«Nigger? Neger wolltet Ihr wohl sagen, Mr. Cutter!» Karl May

Unter anderem deshalb sagte man «Neger». Das Wort geht auf das lateinische «niger» zurück, das nichts Anderes als «schwarz» bedeutet. Wer sich besonders freundlich – heute würden wir sagen: politisch korrekt – ausdrücken wollte, sprach von einem «Farbigen», und wer es nicht lassen konnte, einen solchen Menschen zu beleidigen, musste sich schon das amerikanische «Nigger» ausleihen, weil die deutsche Sprache einen rassistisch abwertenden Ausdruck für Neger schlicht nicht kannte. Wer dies nicht glauben möchte, kann bei Karl May in *Old Surehand I* nachlesen, wie der Ich-Erzähler seine Empörung über eine rassistische Entgleisung in die Worte fasst: «Nigger? Neger wolltet Ihr wohl sagen, Mr. Cutter!»

Zu alt? Nehmen wir den antirassistischen Hollywoodfilm *Rate, wer zum Essen kommt* aus dem Jahr 1969 mit Sidney Poitier, in dem Schwarze ganz selbstverständlich «Neger» genannt werden. Oder man lese bei Pippi Langstrumpf nach – ach nein, das geht ja nicht mehr: Die Zensur hat Lindgrens



«Negerkönig» durch einen «Südseekönig» ersetzt, und wenn man in einigen Jahren auch Karl May und Sidney Poitier durch Neuausgaben beziehungsweise neue Synchronisierungen aktualisiert haben wird und frühere Versionen nur noch im Untergrund erhältlich sind, wird niemand mehr wissen, dass eine Zensur überhaupt stattgefunden hat. Niemand wird beweisen können, dass die Stigmatisierung des Wortes «Neger» auf einen Willkürakt pseudo-intellektueller Ideologen zurückgeht – ich selbst bin in den 1990er Jahren erstmals in der *Zeit* darauf gestoßen, bezeichnenderweise also just in dem Blatt, das man mit einigem Recht das ideologische Zentralorgan der BRD nennen kann.

Warum tun diese Leute das? Können sie kein Deutsch? O doch, durchaus. Macht es ihnen vielleicht Spaß, ihre Mitbürger über irgendwelche Stöckchen springen zu lassen? Das kommt der Sache schon näher, trifft aber nicht ihren Kern:

Gängige Ausdrücke zu stigmatisieren heißt, einen Geßlerhut aufzupflanzen, der zu grüßen ist, heißt, Stolperfäden zu spannen, vor denen man sich in Acht nehmen muss. Ein «falsches» Wort setzt den Betroffenen dem Verdacht der ideologischen Nonkonformität aus. Wie sonst hätte es ihm unterlaufen können, zum Beispiel «Neger» zu sagen? Diese Geßlerhut- und Stolperfallenfunktion erfüllen Sprachregelungen freilich nur, solange sie neu und daher noch nicht von jedermann verinnerlicht sind; weswegen fortlaufend für Nachschub an frischen Geßlerhüten gesorgt wird. ■

Der Sänger Roberto Blanco wurde von Bayerns Innenminister Joachim Herrmann 2015 als «wunderbarer Neger» gelobt – und hatte damit auch kein Problem.

Foto: Sigismund von Dobschütz, CC BY 3.0, Wikimedia Commons



Manfred Kleine-Hartlage ist Publizist und Diplom-Sozialwissenschaftler. Die Serie ist an sein Buch «Die Sprache der BRD» angelehnt. Verlag Antaios, 240 Seiten, gebunden, 22,00 Euro.

Profitieren Sie von unserem Spezial-Abo!

Hintergrundwissen für Wahrheitshungrige



*inkl. MwSt. und Porto. Preis gültig bei Versand innerhalb Deutschlands.

4 Spezial-Ausgaben pro Jahr zum Vertiefen und Nachschlagen!

COMPACT-Spezial: Vier Mal im Jahr widmen sich unsere Sonderhefte einem Thema, das Deutschland und die Welt bewegt. Gut recherchiert, hintergründig und augenöffnend.

Zur Wissensvertiefung, als Argumentationshilfe, zum Nachschlagen und Sammeln. COMPACT räumt auf mit den Propagandalügen des Systems! Bitte beachten Sie: COMPACT-Spezial ist nicht im Lieferumfang eines Abonnements des monatlichen COMPACT-Magazins enthalten – bitte schließen Sie dafür ein Spezial-Abo ab.

COMPACT-Abonnenten

- zahlen kein Porto!
- bekommen das Spezial, bevor es am Kiosk erhältlich ist, vierteljährlich in einer Versandtasche bequem nach Haus!

www.mut-zum-abo.de

Sellners Revolution _ Am Kahlenberg

Ist Österreich gerettet? Ich weiß es nicht, aber seitdem die Regierung am Kahlenberg – genau dort, wo 1683 die Türken entscheidend geschlagen wurden – ihr Programm verkündet hat, fühlt sich das Land ein wenig anders an. Sogar das rote Wien wirkt wie verwandelt. Die rot-weiß-roten Fahnen scheinen stolzer im Wind zu wehen, und die Melange, die ich gerade im Café Prückel trinke, schmeckt besser als sonst. Ein wenig feierlich darf einem schon zumute sein.

Mit Österreich dreht das erste westliche Land in Richtung Osteuropa ab. Auch wenn die blau-schwarze Regierung in der sozialen Frage uneins ist und sich hier gegenseitig in der Waage halten wird: Im alles entscheidenden Thema herrscht Klarheit. Ein kleiner, aber entscheidender Satz im neuen Regierungsprogramm zeigt das: «Erfolgreiche Integration hängt zudem wesentlich von der Anzahl der zu integrierenden Personen und deren Qualifikationen ab.»

Das hier klar die «Anzahl» angesprochen wird, ist ein entscheidender Durchbruch. Dies bezeugt, dass es Kapazitätsgrenzen für Integration gibt. Der absurde Wunderglaube der Multikultis, man könne beliebig viele Fremde beliebig rasch ins Land holen und mit ein bisschen «Kumbaya» und Straßenfest flugs zu Einheimischen machen, ist passé. Dieser Satz bedeutet erstens einen Stopp der illegalen Einwanderung, zweitens eine Begrenzung der Zuwanderung an sich und in letzter Konsequenz eine Remigration der Illegalen.

Während Angela Merkel mit Scheinasylannten Selfies macht, planen Kanzler Sebastian Kurz und Vize Hans-Christian Strache, jedem Asylwerber Smartphone und Bargeld abzunehmen. Eine zentrale Datenbank inklusive Altersfeststellung soll das Abtauchen in die Illegalität verhindern. Zudem bekräftigt FPÖ-Nachwuchstalant Johann Gudenus: Eine «Integration» der Asylwerber in den Arbeitsmarkt wird gar nicht erst angestrebt. Selbst wenn einige von ihnen echte Flüchtlinge sind und ein temporäres Aufenthaltsrecht erhalten: Asyl ist nicht gleich Einwanderung. Sie werden nach einer Frist wieder gehen müssen.

Die Forderungen der FPÖ nach Unterbringung der Asylwerber in Zentren außerhalb der Stadt sowie nach gesetzlichen Ausgangssperren zeigen, dass die Partei ihr Profil auch nach der Wahl behält. Das tut sie auch in Punkto Islamisierung. Das Burkaverbot war hoffentlich erst der Anfang – ebenso wie die erste kleine Auswanderungsserie von Islamisten, die darauf folgte.

Bis jetzt geht auch Kurz, der die ÖVP auf einen «Strache-Kurs» brachte, bei diesen Entscheidungen mit. Die FPÖ musste sich diese Harmonie mit einigen wirtschaftlichen Zugeständnissen, wie etwa dem Ja zu CETA, teuer erkaufen. Doch hier gilt es, die Prioritäten im Auge zu behalten. Alle wirtschaftspolitischen Entscheidungen sind reversibel, das heißt, sie gelten nicht für immer und können vom Volkswillen später geändert werden. Doch der Bevölkerungsaustausch, den die bisherigen Regierungen betrieben haben, wäre irreversibel, das heißt, er könnte vom Volk nicht mehr umgekehrt werden, weil er dieses Volk abschaffen würde.

Die rot-weiß-roten Fahnen wehen stolzer im Wind..

Und die Rettung ebendieses Volks, seiner Substanz und Identität, seiner Geschichte und seiner Zukunft – das ist der wahre Wählerauftrag an die neue Kahlenberg-Koalition. Nachdem mit der FPÖ die parlamentarische Opposition in die Regierung eingezogen ist, bleibt umso wichtiger, dass die Identitäre Bewegung (IB) als außerparlamentarische, unabhängige Kraft auf der Straße weiter präsent ist. Wir sind die Anwälte dieses Wählerauftrags. Wir vertreten die Hoffnungen, die Millionen Österreicher auf diese Regierung setzen. Die Kahlenberg-Koalition bekommt einen Vertrauensvorschuss, aber wir stehen bereit, sie jederzeit an diesen Auftrag zu erinnern. ■



_ Martin Sellner ist Vordenker der Identitären Bewegung Österreich (IBÖ). Vor Kurzem erschien sein Buch «Identitär! Geschichte eines Aufbruchs» (16 Euro, Verlag Antaios).

In der Schlacht am Kahlenberg zerstückelte ein deutsch-polnisches Heer am 12. September 1683 die Zweite Wiener Türkenbelagerung.
Foto: picture alliance / akg-images



Die Schöne des Monats _ Catherine Deneuve



Sie war über Jahrzehnte «die» französische Frau schlechthin – ein Sexsymbol voller Geheimnisse, voll kontrollierter Laszivität. Millionen Männer waren ihr verfallen und wünschten sich an die Stelle von Roger Vadim und Marcello Mastroianni, ihren Ehemännern. «Sie ist so schön, dass ein Film, in dem sie spielt, auch ohne Geschichte auskommt», schwärmte Kultregisseur Francois Truffaut. Ob als gefesselte Dame in *Belle de Jour*, als Widerstandskämpferin in *Die letzte Metro* oder als lesbische Vampirin in *Begierde*: Wir wollten sie haben, auch wenn wir wussten, dass sie unerreichbar war – und sie wusste, dass wir es wussten, und lockte uns – dennoch? deswegen? – immer weiter: das ewige Spiel von Eva und Adam, getrieben von Millionen Jahre alter DNS.

Aus diesem selbstbewussten *Savoir-vivre* heraus rebelliert Catherine Deneuve jetzt gegen die seit Monaten anhaltende neue Prüderie, die sich als Protest gegen Sexismus tarnt: die #MeToo-Kampagne. Damit ist die inzwischen 74-jährige Pariserin keineswegs allein. Rund 100 Frauen – vor allem Schauspielerinnen, Wissenschaftlerinnen und Journalistinnen – unterzeichneten einen Mitte Januar veröffentlichten Gastbeitrag der Schriftstellerin Catherine Millet in der Zeitung *Le Monde*.

Hass auf Männer

Dessen Inhalt ist nicht weniger als eine offene Kampfansage: «Als Frauen erkennen wir uns nicht in diesem Feminismus, der über die Anprangerung von Machtmissbrauch hinaus das Gesicht eines Hasses auf Männer und die Sexualität annimmt», heißt es. Es gebe «eine Freiheit, jemandem lästig zu werden, die für die sexuelle Freiheit unerlässlich ist». Zugleich warnten die Unterzeichnerinnen vor einem «Klima einer totalitären Gesellschaft».

Im Establishment löste der Beitrag umgehend Schnappatmung aus – insbesondere wegen der prominenten Unterzeichnerin. Es sei «schade, dass unsere große Catherine Deneuve sich diesem bestürzenden Text anschließt», twitterte die gescheiterte Präsidentschaftsbewerberin Ségolène Royal.

Dabei steht Deneuve keineswegs am Rande, wenn es um Frauenrechte geht. So engagiert sie sich seit Jahren gegen die Genitalverstümmelung von Frauen und Mädchen. 1971 unterzeichnete sie das «Manifest der 343» der Feministin Simone de Beauvoir, einem Bekenntnis zum Schwangerschaftsabbruch. (fb) ■

Catherine Deneuve im 1967 gedrehten Film «Belle de Jour».
Foto: picture-alliance / Mary Evans Picture Library

Fragen verboten! Lesen Sie Antworten, solange Sie dies noch dürfen ...



■ Psst! Wurde das Massaker in Las Vegas vom 1. Oktober 2017 inszeniert? Werden unsere Meinungen in Zukunft nach ihrer »Toxizität« bewertet? Wurden die Mainstream-Medien von Nazis gegründet? Ist der neue französische Präsident eine Freimaurermarionette? Das sind nur einige der Fragen, denen Gerhard Wisnewski in seinem neuen Jahrbuch **verheimlicht – vertuscht – vergessen 2018** nachgeht.

Aber halt! Fragen ist doch verboten! 2017 versuchten Mainstream-Journalisten, Wisnewskierstmals das Fragen mithilfe von Gerichten zu untersagen. Ob kritische Journalisten morgen noch Fragen stellen dürfen, ist daher ungewiss. Lesen Sie also Antworten, solange Sie dies noch dürfen – in **verheimlicht – vertuscht – vergessen 2018**!

Wussten Sie zum Beispiel,

- dass Emmanuel Macron möglicherweise durch Wahlbetrug an die Macht kam?
- was Merkel und Mao Tse-tung alles gemeinsam haben?
- dass Ihr Rauchmelder sehr leicht zu einer Wanze ausgebaut werden kann?
- dass die meisten Autoabgase absolut harmlos sind?
- dass aus wirklichen Problemen selten öffentliche Skandale werden und öffentliche Skandale selten wirkliche Probleme behandeln?



Gerhard Wisnewski: **verheimlicht – vertuscht – vergessen 2018**
gebunden • 284 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 960500 • 14,95 €

Und was wird morgen sein? Wohin geht die Reise? Welche Trends lassen sich aus dem Jahr 2017 ableiten? Wie immer riskiert Wisnewski in seinem Schlusskapitel »Trends« auch einen Blick in die Zukunft. Lesen Sie dort, wie der Globus durch Angst regiert wird, wie mithilfe des Terrorismus die Welt gesteuert wird, wie die Erde in einen Hochsicherheitstrakt verwandelt wird, wie die Unverletzlichkeit unserer Privatsphäre immer weiter aufgelöst wird, wie Deutschland zunehmend zu einem rechtsfreien Raum wird – und anderes mehr.

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Pirincci ist zurück!

Geliebt, begehrt, verfemt: 15 Millionen verkaufte Bücher – zuletzt wegen seiner Liebe zu Deutschland aus dem Buchhandel komplett verbannt.



COMPACT-Pirincci ist ab 10. März 2018 bundesweit am Kiosk.

*Wer bis 10. Februar 2018 sein Exemplar bestellt, erhält ein Original-Autogramm des Autors als Dankeschön.

Bestellung unter shop@compact-mail.de · FAX 03327-569 86 17 · compact-shop.de